Parteimitgliedschaft in der digitalen Demokratie

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Grades einer Doktorin der Philosophie
an dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

Stine Ziegler

aus Rostock

2026

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
an der Philipps-Universität Marburg (Hochschulkennziffer 1180)
als Dissertation angenommen am: 15. Juli 2026

Tag der Disputation: 15. Juli 2026

Erstgutachterin
Prof. Dr. Isabelle Borucki (Philipps-Universität Marburg)

Zweitgutachter:
Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen)

licenced under CC BY 4.0 international

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis II

Abbildungsverzeichnis II

Abkürzungen III

Dank IV

1 Einleitung 1

2 Parteien und ihre Mitglieder 5
2.1 Funktionen von Parteien 5
2.2 Die Rolle der Parteimitglieder 7
2.3 Parteiorganisationen zwischen Stabilität und Innovation 11
2.4 Zwischenfazit I: Parteimitglieder bleiben relevant 14

3 Digitale Transformation 15
3.1 Digitale Konstellation und digitale Demokratie 15
3.2 Digitale Transformation in der Parteiumwelt 17
3.3 Digitale Transformation in Parteien 20
3.4 Zwischenfazit II: In der digitalen Demokratie verändert sich das Verständnis von Mitgliedschaft 24

4 Forschungslücken 25

5 Empirischer Zugang 27
5.1 Die COVID-19-Pandemie als externer Schock 27
5.2 Befragungsstudie „Party Members in the Digital Age“ (DigiPM) 28
5.2.1 Überblick 28
5.2.2 Datenerhebung 29
5.2.3 Wiederholungsbefragungen 31

6 Mitgliederperspektiven auf Parteien im digitalen Wandel 32
6.1 Konzeptionelle Grundlage: Warum die Pandemie (immer noch) wichtig ist (Publikation 1) 32
6.2 Die digitale Transformation von Parteimitgliedschaft während der Pandemie (Publikation 2) 35
6.3 Digitaler Mitgliederwahlkampf (Publikation 3) 39
6.4 Mitgliederperspektiven auf die Zukunft der Mitgliederpartei (Publikation 4) 42

7 Schlussfolgerungen und Ausblick 46
7.1 Lehren für die zukunftsfähige Mitgliederpartei 46
7.2 Perspektiven für weitere Forschung 49
7.3 Fazit 51

Quellenverzeichnis 52

Anhang 63

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht Einzelpublikationen der kumulativen Dissertation 4

Tabelle 2: DigiPM - Rekrutierung, Rücklauf und Panelmortalität 30

Tabelle 3: Logistische Regressionsmodelle zur Erklärung stabiler Partizipation während der Pandemie (aus Ziegler et al., 2024, S. 259) 38

Tabelle 4: Logistische Regressionsmodelle zur Erklärung der Beteiligung am Mitgliederwahlkampf (aus Ziegler, 2024, S. 830) 41

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Erhebungszeiträume und thematische Ausrichtung der Panel-Befragung 28

Abbildung 2: Konstruktive Interferenz zwischen langfristigen Umwelttrends und der Pandemie als externer Schock (aus Ziegler, 2026a, S. 10) 34

Abbildung 3: Gründe für den Rückzug aus der Parteiarbeit (aus Ziegler et al., 2024, S. 258) 36

Abbildung 4: Berichtete Wahrscheinlichkeit, dass sich Wahlkämpfer:innen am Social-Media-Wahlkampf beteiligen (aus Ziegler, 2024, S. 828) 40

Abbildung 5: Innerparteiliche Demokratie nach Parteien (aus Ziegler, 2026b, S. 14) 43

Abbildung 6: Einstellungen der Parteimitglieder zu neuen Formen der Parteiaffiliation (aus Ziegler, 2026b, S. 18) 44

Abkürzungen

AfD	Alternative für Deutschland
BE	Berlin
bspw.	beispielsweise
BSW	Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DigiPM	Befragungsstudie „Party Members in the Digital Age“
DNP	Digitally Networked Participation
FDP	Freie Demokratische Partei
IPD	innerparteiliche Demokratie
KI	Künstliche Intelligenz
MV	Mecklenburg-Vorpommern
PartG	Parteiengesetz
PT	Parteitag
RP	Rheinland-Pfalz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ST	Sachsen-Anhalt

Dank

Nun ist die fertig, die Dissertation. Im Rückblick erzählt sich der Weg fast gradlinig, dabei gab es sie, die unbefestigten Pfade, die steilen Anstiege und die Abkürzungen, die zu Umwegen wurden. Dass ich mich nicht verlaufen habe, verdanke ich Menschen, die als Streckenposten Weggefährt:innen, und Versorgungspunkte an meiner Seite waren.

Allen voran danke ich meiner Mentorin, Erstbetreuerin und Chefin Isabelle Borucki. Isabelle, du hast mir die Tür in die Wissenschaft geöffnet und mir immer das Gefühl gegeben, genau hierher zu gehören. Du hast mir Freiräume gegeben, damit ich mich selbst finden konnte und warst sofort zur Stelle, wenn ich deinen Rat gebraucht habe – egal, wie voll der Kalender war. Deine Überzeugung, den Wissenschaftsbetrieb aktiv offener und kollaborativer zu gestalten, inspiriert mich. Meinem Zweitbetreuer Andreas Blätte gebührt ebenfalls großer Dank. Andreas, du hast mich stets dazu ermutigt, über den Tellerrand meines Dissertationsthemas hinaus zu blicken und groß zu denken. In diesem Sinne hast du mir Projekte anvertraut, die mich geprägt und meinen Horizont erweitert haben. Danke für dein Vertrauen. Erst spät im Prozess bin ich mit meiner Promotion von der Universität Duisburg-Essen an die Philipps-Universität Marburg gewechselt und habe hier direkt breite Unterstützung erfahren. Ich danke meinem Disputationskommitee, Ursula Birsl, Dariuš Zifonun und Ingrid El Masry, für die Zeit und die guten und intensiven Gespräche bei der Verteidigung und darüber hinaus. Antje Röder danke ich für ihr schnelles und unkomplizierte Einspringen als zusätzliche Gutachterin, Ina Drescher-Bonny für ihre Hilfe bei allen administrativen Fragen zum Verfahren.

Viele wichtige Menschen sind mit mir ein Stück des Weges zur Promotion gegangen. Ich danke dem Team der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen. In meiner Arbeit stecken so viele eurer Ideen, Ratschläge und Hinweise. Besonders dankbar bin ich Sandra Plümer für ihren Zuspruch und ihre Klarheit in Zeiten, in denen mir die Arbeit am eigenen Projekt nicht leichtgefallen ist. Laura Bieder danke ich für den stetigen Austausch zu den schönen und schwierigen Aspekten des Promovierens, Dennis Schüle für seinen wohlwollend-kritischen Blick auf meine Arbeit. Den Gedanken, die Promotionen in den universitären Alltag zu integrieren habe ich mit nach Marburg genommen. Im *Kolloquium ohne Bosse* haben wir uns als Promovierende vernetzt und unterstützt – bis über die Ziellinie. Ich danke besonders Daniel Moodsdorf, der mir den Einstieg an der Universität Marburg leichtmachte und stets ein offenes Ohr für mich hat.

Um dieses Projekt abzuschließen, brauchte ich Rückhalt und Stärke. Ich bin dankbar für meine Freund:innen, die mir Mut machen weiterzugehen, die mich ablenken, wenn ich es brauche, die sich um mich sorgen und mit denen ich die großen und kleinen Meilensteine feiern darf. Ich danke meiner Mutter, die mir die besten Startbedingungen ermöglicht hat und zugleich immer darauf achtet, dass ich Ruhe finde, wenn das Leben chaotisch ist. Und ich danke meinem Vater, der mir einfach alles zutraut, woran ich selbst noch zweifele. Schließlich danke ich meinem Freund, Partner und Ehemann Max. Danke für deine Liebe und deine Zeit, dein Mitdenken und deine bedingungslose Unterstützung.

1 Einleitung

Es geht nicht ohne Digitalisierung,
aber es geht auch nicht ohne persönliche Kontakte.[1]

Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und spätestens durch die COVID-19-Pandemie, die über einen begrenzten Zeitraum die Verlagerung des der Parteiarbeit auf digitale Kanäle forcierte, ist die digitale Mitgliederpartizipation ein relevantes Instrument für politische Parteien (Vittori & Barberà, 2023; Ziegler, Borucki & Weissenbach, 2024). Dennoch ist die „digitale Partei"[2], die ihre Mitglieder stetig über direktdemokratische Verfahren einbindet, nicht zum Idealbild der Parteiorganisationen geworden (Mompó & Barberà, 2025; Raniolo, Tarditi & Vittori, 2021). Inwiefern digitale Instrumente in Parteien Einzug erhalten und wie sich dadurch die vorhandenen Beteiligungsstrukturen verändern, muss innerhalb der Organisationen ausgehandelt werden. Die digitale Transformation wird den Parteiorganisationen nicht „übergestülpt", sondern ist gestaltungsfähig.

Die vorliegende kumulative Dissertation untersucht, wie Parteimitglieder den digitalen Wandel ihrer Partei wahrnehmen, wie sie sich selbst daran beteiligen und welche Hürden sich im Zuge des Wandels zeigen. Die Arbeit nimmt somit eine Bottom-up-Perspektive auf Parteiorganisationen im digitalen Wandel ein und fragt: *Inwieweit werden digitale Parteireformen von der bestehenden Mitgliedschaft unterstützt und gefordert?* Indem der Fokus auf die Wahrnehmung der Mitglieder und ihr Handeln gelegt wird, ergänzt die Dissertation einen inzwischen reichhaltigen Literaturkorpus zu Parteiwandel aus der Perspektive der Parteiführungen bzw. des hauptamtlichen Parteiapparats (Butzlaff, 2024; Meloni & Lupato, 2022; Michels, 2021; Michels & Borucki, 2020; Oross & Tap, 2023; Raniolo et al., 2021; Vittori & Barberà, 2023).

Konkret verortet sich die Dissertation an der Schnittstelle von Partizipations-, Parteienwandel-, und Digitalisierungsforschung. Im Sinne der Partizipationsforschung generiert sie Erkenntnisse darüber, wie sich Parteimitglieder unter den Bedingungen einer sich digitalisierenden Gesellschaft in und außerhalb von Wahlkämpfen engagieren und geht dabei auch auf die ungleiche Beteiligung zwischen Mitgliedergruppen ein. Dabei bleibt diese Arbeit nicht auf der Individualebene, sondern rückt ebenfalls die Interaktion zwischen Parteiorganisationen und den vorhandenen

[1] Kommentar eines Mitglieds von Bündnis 90/die Grünen in der DigiPM-Befragung 2020
[2] Tatsächlich ist dieser Begriff in der Parteienforschung unscharf: Was Paolo Gerbaudo (2019) in seinem Buch *The Digital Party* als „digitale Partei" bezeichnet, beschreibt nur eine Spielart digitalisierter Parteiorganisationen. Differenzierter führt dies Marco Deseriis (2020) aus, indem er zwischen *Platform Party* (entspricht dem, was Gerbaudo als digitale Partei versteht) und *Networked Party* unterscheidet.

Routinen in den Fokus. Die Perspektive der Mitglieder ermöglicht einen Einblick in die Partizipationsstrukturen, die nicht nur die Art und Weise der Beteiligung bestimmen, sondern auch Hinweise auf die Verteilung der Machtstrukturen innerhalb der Parteiorganisation liefern. Damit erweitert die Dissertation die Erkenntnisse über die zentrale Einführung neuer, digitaler Partizipationsformen in etablierten Parteien (Gerl, Marschall & Wilker, 2016; Hanel & Marschall, 2012; Thuermer, 2019a, 2021).

In der Forschung zum Parteienwandel sind Parteimitglieder wegen ihres nur mittelbaren Einflusses auf strategische Entscheidungen bislang kaum als Agenten des Wandels in Erscheinung getreten. Durch die systematische Analyse der Einstellungen und Meinungen an der Basis bestehen nun Erkenntnisse darüber, inwiefern Parteimitglieder Reformen der Mitgliederintegration mittragen, sodass Konfliktpotenziale offenbar werden, die im Zuge weiterer Forschung untersucht werden sollten. Anknüpfend an die sozialwissenschaftliche Digitalisierungsforschung weist diese Arbeit technikdeterministische Sichtweisen zurück und betont die Gestaltungsfähigkeit digitaler Transformation. In der Arbeit zeigt sich, dass technologischer und organisationaler Wandel in enger Beziehung zueinanderstehen. Besonders bei der Interaktion von digitaler Transformation und Individualisierung wird deutlich: Digitale Partizipation in Parteien wird häufig in Zusammenhang mit mehr direkter Beteiligung diskutiert; dabei ist die Atomisierung der Mitgliedschaft nicht zwangsläufig. Digitale Instrumente können auch (digitale) Kollektivorganisationen in ihrer Arbeit fördern. Dieser Aspekt wird von Mitgliedern selbst immer wieder betont, wie das Eingangszitat exemplarisch zeigt.

Aufbau der Arbeit

Die Relevanz der Arbeit leitet sich aus der Rolle der Parteien als Schlüsselinstitutionen der repräsentativen Demokratie ab. Das Kapitel 2 *„Parteien und ihre Mitglieder“* geht daher zunächst genauer auf die Funktionen von Parteien als Vermittlungsinstanzen zwischen Staat und Gesellschaft ein (2.1) und beleuchtet die Rolle der Parteimitglieder für die Funktionserfüllung (2.2). Dargelegt wird, dass Mitglieder auch in professionalisierten Parteien relevant bleiben. Insofern stehen Parteien vor der Aufgabe, ihre Verbindung in die Gesellschaft über die Integration von Mitgliedern an sich wandelnde Bedingungen in der Parteiumwelt anzupassen, selbst wenn Wandel in komplexen Organisationen oft nur zögerlich vonstattengeht (2.3).

Mit dem Kapitel 3 *„Digitale Transformation“* wendet sich die Rahmenschrift dem digitalen Zeitalter und den damit einhergehenden tiefgreifenden Wandlungsprozessen, die alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens durchdringen, zu. Dabei werden *Digitalisierung* oder *digitale Transformation* nicht als unabhängige Einflussgrößen auf die Parteiorganisationen verstanden.

Digitalisierung steht vielmehr in einer Interaktionsbeziehung mit lang- und kurzfristigen Umweltbedingungen. Im Kern besteht diese Interaktionsbeziehung zwischen den Affordanzen digitaler Medien (3.1), einer sich wandelnden Partizipationserwartung seitens der (potenziellen) Mitglieder (3.2) und den Parteiorganisationen mit ihren Regeln und Normen (3.3), in deren Kombination sich die Aushandlung digitaler Praktiken innerhalb der Parteien bewegt (Berg & Hofmann, 2021; Berg, Rakowski & Thiel, 2020; Chadwick & Stromer-Galley, 2016).

Aus der Zusammenschau der Kapitel 2 und 3 ergibt sich die Forschungsagenda, die der kumulativen Dissertation zugrunde liegt. Das Kapitel 4 „*Forschungslücken*" identifiziert blinde Flecken der Parteien-, Partizipations- und Digitalisierungsforschung in Bezug auf den digitalen Wandel an der Parteibasis und lenkt den Blick auf das Selbstverständnis der Parteimitglieder sowie die innerparteilichen Machtverhältnisse. Beleuchtet werden diese Aspekte vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen. Kapitel 5 „*Empirischer Zugang*" zeigt auf, dass die erzwungene Digitalisierung zwar einerseits ein zeitlich begrenztes Experiment darstellte, zugleich aber den Fragen nach der gelungenen Mitgliederintegration auf analogen und digitalen Wegen neues Gewicht verlieh (5.1). Daraus ergibt sich die Begründung für die Anlage der empirischen Studie, die drei der vier Einzelbeiträge der Dissertation zugrunde liegt: Empirisch basiert die Arbeit auf einer vierwelligen Befragung von Mitgliedern der Parteien CDU, SPD, B'90/Die Grünen und DIE LINKE in den Jahren 2020 und 2021, also während der einschneidenden Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie (5.2).

Den Kern der kumulativen Dissertation bilden die vier Publikationen (siehe Tabelle 1), die in Kapitel 6 *„Mitgliederperspektiven auf Parteien im digitalen Wandel"* einzeln skizziert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. *Publikation 1* fungiert als konzeptionelle Grundlage für die weiteren Beiträge, indem sie ausführlich darlegt, warum die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen an der Parteibasis unter den exzeptionellen Bedingungen der Pandemie wichtig für die Parteienforschung ist. *Publikation* 2 analysiert die direkten Auswirkungen der Pandemie auf die Parteiarbeit der Mitglieder und zeigt, dass der Bruch der Beteiligungsroutinen zu einem starken Rückgang der Mitgliederaktivität geführt hat. Während sich der zweite Beitrag mit dem Mitgliederengagement außerhalb von Wahlkämpfen befasst, wendet sich *Publikation 3* explizit der Beteiligung an (digitalen) Wahlkämpfen zu. Darin zeigt sich eine hohe Bereitschaft der Wahlkämpfer:innen, sich nicht nur offline zu engagieren, sondern sich auch am Social-Media-Wahlkampf zu beteiligen. Zugleich zeigen die Analysen, dass digitaler Wahlkampf nicht als einfache oder niedrigschwellige Form der Beteiligung gesehen wird, sondern als Erweiterung des Offline-Engagements. Schlussendlich nimmt *Publikation 4* die Perspektive der Mitglieder auf die Parteiorganisation und -mitgliedschaft ein und fragt insbesondere nach der Unterstützung neuer Formen der Parteiaffiliation.

Abschließend werden in Kapitel 7 *„Schlussfolgerungen und Fazit“* aus der Zusammenschau der Einzelpublikationen Lehren für die zukunftsfähige Mitgliederpartei skizziert (7.1), in denen kondensiert dargelegt wird, dass die Mitgliedschaft einerseits sensibel auf Veränderungen der Partizipationsroutinen reagiert und disruptive Veränderungen die Stabilität an der Parteibasis gefährden. Andererseits zeigen sich Mitglieder dann anpassungsbereit, wenn sie durch die Übernahme von Ämtern oder durch den eigenen Aktivismus fest in den Parteistrukturen verankert sind. Zudem wird die Partei von den Mitgliedern als Kollektivorganisation verstanden; entsprechend ist die Sorge vor der Vereinzelung an der Parteibasis spürbar. Aus dieser Zusammenschau lassen sich Perspektiven für weiterführende Forschung ableiten (7.2). Die Arbeit schließt mit einem Fazit (7.3) zur Ausgestaltung von Parteimitgliedschaft in der digitalen Demokratie.

Tabelle 1: Übersicht Einzelpublikationen der kumulativen Dissertation

Bezeichnung[3]	**Bibliografische Angaben**	**Thema**	**Status**
Publikation 1	Ziegler, S. (2026a). Where is this going? The COVID-19 pandemic as a critical juncture for party digital democratic innovation. Teil eines größeren Buchprojekts zu demokratischen Innovationen in Parteien. → Herausgeberbegutachtung	Theoretischer Beitrag zum Zusammenhang von externem Schock und Umwelttrend in der Parteiwandelforschung am Beispiel Digitalisierung durch die COVID-19-Pandemie	Preprint (angehängt)
Publikation 2	Ziegler, S., Borucki, I., & Weissenbach, K. (2024). The digital transformation of party membership. How party members perceive online participation and adapt to it under pandemic circumstances. *Party Politics*, 31(2), 251–264. → Double-blind peer review	Empirischer Beitrag zu den unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie auf die Mitgliederpartizipation.	veröffentlicht
Publikation 3	Ziegler, S. (2024). Watching the digital grassroots grow: assessing party members' social media campaigning during the 2021 German Bundestag election. *Policy Studies*, 45(5), 818–838. → Double-blind peer review	Empirischer Beitrag zur Beteiligungsbereitschaft und tatsächlichen Beteiligung von Mitgliedern am Online-Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021.	veröffentlicht
Publikation 4	Ziegler, S. (2026b). Bottom-up perspectives on party organisation and membership. (im Review-Verfahren) → Double-blind peer review	Empirischer Beitrag zu den Einstellungen und Überzeugungen der Mitglieder in Bezug auf ihre Rolle in der Partei und mögliche Öffnungen für neue Formen der Mitgliedschaft.	Preprint (angehängt)

[3] Der Einfachheit halber wird die Bezeichnung „Publikation“ verwendet, obwohl zwei der vier Einzelbeiträge zum Zeitpunkt der Einreichung noch nicht veröffentlicht sind.

2 Parteien und ihre Mitglieder

2.1 Funktionen von Parteien

Parteien als Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie „sind durch die Bildung von Regierungen und die Organisation parlamentarischer Prozesse fest in der staatlichen Sphäre verankert“ (Detterbeck, 2011, S. 28). Staatliche Organe sind Parteien zwar nicht (Krüper, 2018), dennoch sorgen sie über die Erfüllung der ihnen zugeschriebenen Funktionen für die Legitimität des politischen Systems (Jun, 2013). Überlegungen zu Alternativen zu politischen Parteien kommen schlussendlich doch darauf zurück, dass bestimmte Funktionen ausschließlich von Parteien übernommen werden können (Dommett & Rye, 2018) und diese Funktionen sich „schlicht nicht folgenlos aus dem politischen System ‚herauskürzen‘ [lassen]“ (Brichzin & Siri, 2021, S. 2). Es herrscht also weitestgehende Einigkeit über die zentrale Rolle der Parteien im politischen System und dennoch gibt es Kontroversen darüber, welche Funktionen Parteien genau zu erfüllen haben (White, 2006). Die Funktionen der Parteien und deren Schwerpunktsetzung definieren sich anhand der zugrunde liegenden normativen Demokratietheorie (Katz, 2006), aber auch anhand von Differenzen zwischen Parteien, Unterschieden politischer Systeme und Regierungskulturen (von Beyme, 1997). Die enge Verknüpfung von Parteifunktionen und den gesellschaftlichen sowie politischen Bedingungen wird auch darin deutlich, dass sie häufig in Bezug auf sich wandelnde Parteitypologien diskutiert werden (siehe etwa Jun, 2013; Römmele, 2003; Sartori, 2005; Webb, 2000).

In der Parteienliteratur finden sich Funktionskataloge unterschiedlicher Abstraktion bzw. Ausdifferenzierung. Grundsätzlich lassen sich die Funktionen in solche auf der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene und Funktionen auf der gesellschaftlichen bzw. elektoralen Ebene einteilen (Jun, 2013). Eine Kernfunktion der erstgenannten Ebene ist die Rekrutierung politischen Personals, welche beinahe ausschließlich den Parteien zufällt (Webb, 2000). Ebenfalls zur parlamentarisch-gouvernementalen Ebene gehören Aufgaben in Zusammenhang mit der Regierungs- oder Oppositionsarbeit. Während einige Autor:innen darin vor allem die prozessuale Strukturierung dieser Tätigkeitsfelder verstehen und die inhaltliche Arbeit noch außen vorlassen (von Beyme, 1997; Jun, 2013; Webb, 2000), berücksichtigt Sartori (2005, S. 24) die Umsetzung politischer Inhalte im Regierungshandeln in der Funktion des „policy making“. Jun (2013) wiederum versteht die Bestimmung von politischen Inhalten als Scharnier zwischen der parlamentarisch-gouvernementalen und der gesellschaftlich-elektoralen Ebene.

Funktionen auf gesellschaftlich-elektoraler Ebene stehen in Bezug sowohl zu den eigenen Mitgliedern als auch zu den Wähler:innen, wobei in den Funktionsbeschreibungen beide Gruppen ineinander verschwimmen. Grundsätzlich lassen sich die Funktionen auf der genannten Ebene in zwei

Bereiche unterteilen: Der erste Funktionsbereich bezieht sich auf die Verarbeitung gesellschaftlicher Interessen, teils zweischrittig (Artikulation und Aggregation; von Beyme, 1997; Webb, 2000), teils ergänzt um weitere Mechaniken wie Interessenintegration und Konfliktlösung (Sartori, 2005), die die Verarbeitungsmechanismen innerhalb der Partei stärker hervorheben oder Interessenrepräsentation (Jun, 2013), die die Vermittlungsrolle der Parteien zwischen Staat und Gesellschaft betont.

Der zweite Funktionsbereich auf der gesellschaftlich-elektoralen Ebene behandelt die Aufgabe, Wähler:innen zu mobilisieren und als Mitglieder in die Parteiorganisation zu integrieren. Insbesondere in Wahlkämpfen kommen Parteien ihrer Funktion als zentrale Akteure des politischen Meinungsbildungsprozesses nach, indem sie ihre Positionen darlegen, um für die Wahl zu mobilisieren, Stimmen zu gewinnen und sich untereinander abzugrenzen (Sartori, 2005). Als „Plattformen für dauerhaftes politisches Engagement" (Jun, 2013, S. 122) ermöglichen Parteien Bürger:innen die Einflussnahme auf innerparteiliche Entscheidung durch den Parteibeitritt und den damit gewährten Partizipationsrechten. Interessen können dann artikuliert und aggregiert werden, wenn sie an die Parteien herangetragen werden.

Uneinigkeit herrscht darüber, inwiefern kommunikatives Handeln als eigene Funktion verstanden werden kann. Während Webb (2000) politische Kommunikation explizit als eine der Kernfunktionen beschreibt, liegt sie bei anderen Autor:innen transversal zu den anderen Elementen des Funktionskatalogs (Jun, 2013; Römmele, 2003; Sartori, 2005).

Dass sich Eigenschaften des Parteiensystems die den Parteien zugeschriebenen Funktionen prägen, zeigt sich bei der Betrachtung des deutschen Parteiengesetzes. Deutschland zeichnet sich durch eine ausgeprägte rechtliche Regulierung politischer Parteien aus (Müller & Sieberer, 2006), wobei das Parteiengesetz (PartG) zentrale Parteifunktionen expliziert[4] und die Integrationsfunktion von Parteien in besonderer Weise betont (von Beyme, 1997). Die festgeschriebenen Funktionen umfassen die folgenden Aspekte:

1. *Parteien nehmen Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung.*
2. *Sie fördern die Teilnahme von Bürgern am politischen Leben.*
3. *Parteien sollen zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranziehen.*
4. *Sie beteiligen sich an Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden durch Aufstellung von Bewerbern.*
5. *Sie nehmen auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss.*
6. *Parteien sorgen für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen.*

(Bundesministerium des Innern, n. d., basierend auf §1 Abs. 2 PartG)

[4] Inwiefern die Funktionen im Parteiengesetz im juristischen Sinne weniger verbindlich als deklaratorisch zu verstehen sind, diskutiert Krüper (2018).

Das enge Ineinandergreifen der Aufgaben auf der parlamentarisch-gouvernementalen und der gesellschaftlich-elektoralen Ebene zeigt sich im Parteiengesetz deutlich. Es liegt in der Verantwortung der Parteien, beide Ebenen adäquat zu bedienen und die damit verbundenen, teilweise widersprüchlichen Organisationsparadigmen miteinander zu vereinbaren: innerparteiliche Demokratie, die sich durch eine Pluralität an Interessen sowie innerparteiliche Aushandlungsprozesse kennzeichnet, erschwert die externe Kohäsion (Katz, 2006, S. 36), also das geschlossene und professionelle Bild nach außen (Bukow, 2013). Dem Organisationsparadigma der professionalisierten wahl- und wählerorientierten Partei steht das der Mitgliederpartei gegenüber. Beide Organisationsparadigmen koexistieren, was durch das Parteiengesetz „gefordert und gefördert" (Bukow, 2013, S. 158) und in den Parteien unterschiedlich austariert wird. „Im Gegensatz zu manchen anderen parlamentarischen Systemen ist es so in Deutschland schon rein rechtlich nicht möglich, Parteien als straff geführte hierarchische Organisationen zu gestalten" (Ringel & Siri, 2021, S. 25).

Die skizzierten Funktionskataloge und die Rückbindung an das deutsche Parteiengesetz legen dar, dass die Integration der Mitglieder in die Parteiorganisationen einen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der Parteien leistet. Damit ist noch nicht geklärt, welche konkrete Rolle den Mitgliedern zukommt und wie sich diese Rolle insbesondere unter den Bedingungen sinkender Parteibindung ausgestaltet.

2.2 Die Rolle der Parteimitglieder

In demokratischen Systemen sind politische Parteien immer auch als Teil der Gesellschaft (Reichart-Dreyer, 2020) zu verstehen. In Deutschland wird dies durch das Parteiengesetz expliziert, das Parteien als demokratisch organisierte und mitgliederbasierte politische Vereinigungen versteht. Zudem ist die demokratische Mitgliederorganisation nicht nur gesetzlich vorgeschrieben, sondern gehört auch zum Selbstverständnis der Parteien. Dies schlägt sich in Deutschland parteiübergreifend in den innerparteilichen Strukturen nieder (Bukow, 2013).

Parteimitglieder können als Seismografen für Stimmungen und Bedarfe in der Gesellschaft fungieren und sind gleichzeitig Multiplikator:innen für parteipolitische Anliegen bzw. „ambassadors to the community" (Scarrow, 1994, S. 47). Durch ihre auf Dauer angelegte Bindung stellen die Mitglieder die stärkste organisatorische Verbindung von der Parteiführung zu ihren jeweils relevanten Wähler:innensegmenten dar (Bukow, 2013, S. 31). Durch die Interessenartikulation und -integration durch Mitgliederpartizipation sowie durch die Rolle der Multiplikator:innen in der Gesellschaft tragen Mitglieder zur Funktionserfüllung, insbesondere auf der gesellschaftlich-elektoralen Ebene, bei. Über die Einbindung von Parteimitgliedern stellen Parteien Linkage her, er-

möglichen also eine zweiseitige Kommunikation zwischen der Gesellschaft und den demokratischen Institutionen (Poguntke, 2005, S. 44). In diesem Verständnis bedeutet der seit den 1990er Jahren anhaltende Mitgliederrückgang (Wiesendahl, Höhne & Cordes, 2018) einen Verlust des Ankers in die Gesellschaft, der bis heute nicht kompensiert werden konnte (van Biezen & Poguntke, 2014).

Vor diesem Hintergrund ist die Geschichte der Parteienforschung oft auch eine Geschichte des Abgesangs auf Parteien als Mitgliederorganisationen (van Biezen & Poguntke, 2014; Niedermayer, 2023; Spier, 2019; Whiteley, 2011; Wiesendahl, 2006; Wiesendahl et al., 2018). Tatsächlich haben die Parteien in westlichen Demokratien insgesamt an Rekrutierungsfähigkeit verloren: Die Zahl der Parteimitglieder in Deutschland ist seit 1990 um mehr als die Hälfte gesunken (Niedermayer, 2023, S. 377). Dass sich der Anteil der in Parteien organisierten Bürger:innen verringert, hat längst reale Auswirkungen auf die Besetzung von Ämtern[5], insbesondere in ostdeutschen Bundesländern, wo die Amtsdichte hoch, aber die Zahl der Mitglieder gering ist (Reichart-Dreyer, 2020, S. 220).

Bei genauerem Hinsehen ergibt sich allerdings ein differenzierterer Befund: In Deutschland sind es vor allem CDU und SPD, die stark vom Mitgliederschwund betroffen sind. Andere Parteien – insbesondere B‘90/Die Grünen und zuletzt DIE LINKE, die viele Jahre ebenfalls von Mitgliederrückgängen geprägt war – vergrößern ihre Mitgliederbasis. Auch die inzwischen fest im Parteiensystem etablierte AfD wächst. Die Mitgliederzuwächse bei den kleineren Parteien konnten über lange Zeit die Rückgänge der mitgliederstarken Parteien nicht kompensieren. Im Jahr 2024 zeigte sich erstmalig ein Anstieg der Rekrutierungsfähigkeit der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien insgesamt (Niedermayer, 2025, S. 7).[6] Bei der Betrachtung der Mitgliederzahlen ist auch zu beachten, dass die (ehemaligen) Großparteien CDU und SPD in den 1960er und 1970er-Jahren von einem außergewöhnlich starken Mitgliederwachstum profitiert haben. Der inkrementelle Wandel der politischen Kultur seit der Gründung der Bundesrepublik mündete in diesen Jahren in einem Anstieg der politischen Aktivität der Bürger:innen, die sich sowohl in dem aufkommenden Protestgeschehen der Neuen Sozialen Bewegungen zeigten (Gabriel, 2010, S. 170), als auch in Parteibeitritten. Hinzu kommt in dieser Zeit eine „stark polarisierenden Konkurrenzsituation zwischen dem sozialliberalen Regierungslager und dem oppositionellen Unionslager” (Wiesendahl, 2006, S. 32) rund um die vorgezogene Bundestagswahl von 1972. Dieser hohe Grad an Politisierung und die Eintrittswelle in Parteien ist demnach eine Ausnahmeerscheinung: „When summarizing the evolution of membership-based parties in parliamentary democracies, one of the most

[5] In der Regel finden sich zwar Kandidierende, doch durch die mangelnden Auswahl und die damit fehlende Konkurrenz zwischen Kandidierenden erschweren die innerparteiliche Erneuerung (Reichart-Dreyer, 2020)

[6] Für das Jahr 2025 liegen noch (Stand April 2026) keine Mitgliederzahlen aus den Parteien vor. Das starke Mitgliederwachstum bei der Linken (DIE LINKE, n. d.) kann aber ein Hinweis sein, dass die Rekrutierungsfähigkeit stabil bleibt oder sogar weiter anwächst.

striking facts is that democratic parties with large individual memberships have been the historical exception“ (Scarrow, 2015, S. 36). Der Mitgliederrückgang lässt sich zu einem erheblichen Teil durch das Versterben der damals eingetretenen Mitglieder erklären und weniger durch aktive Austritte unzufriedener Mitglieder (Niedermayer, 2019).

Trotzdem stellt das Nachwuchsproblem die politischen Parteien vor Herausforderungen. Der Mitgliederrückgang wird als Symptom für eine Entkoppelung der Parteien von den Bürger:innen gesehen und als Hinwendung zum Staat gedeutet, der die Parteien über die Parteienfinanzierung am Leben hält. Katz und Mair (1995) sprechen hier gar von einem Parteienkartell, in dem Parteien als parlamentarisch-gouvernementale Akteure selbst über die Ausgestaltung der Parteienfinanzierung entscheiden, sich ideologisch einander annähern und sich so gegen neu aufkommende Kräfte abschotten. Die Annahme, dass sich Parteien von ihren gesellschaftlichen Wurzeln ab und dem Staat zuwenden basiert auf empirischen Beobachtungen (Katz & Mair, 2009), allerdings finden aktuelle Analysen allenfalls Tendenzen einer „Kartellisierung“, aber keine kohärente Entwicklung: „[M]ainstream parties have not succeeded in realising two core goals of cartelisation - the restriction of voters' availability to competitors, and the consolidation of mainstream parties' electoral market share“ (Martin & Krouwel, 2026, S. 7).[7] Zudem sind die Grundannahmen der Kartellparteithese umstritten: In Bezug auf die Rolle der Mitglieder schreiben Katz und Mair (2009, S. 755): „One defining characteristic of a cartel party is organisational professionalisation, marked by the replacement of volunteers and activists by career politicians and experts“. Kitschelt (2000, S. 157–158) kritisiert das inkonsistente Bild der Mitglieder und Parteiaktivist:innen und legt dar, dass eine umfassende Abkehr vom Mitgliedschaftsprinzip nicht plausibel erscheint. Ähnlich argumentieren Martin und Krouwel (2026, S. 4) und erklären, dass die sichtbare Verankerung in der Zivilgesellschaft für das Vertrauen der Öffentlichkeit in Parteien unabdingbar ist.

Die bloßen Mitgliederzahlen haben einen primär symbolischen Wert für wahrgenommene gesellschaftliche Verankerung der Parteien. Sie werden zuweilen als Indikatoren für potenzielle Wahlerfolge herangezogen,[8] teils spielt auch die Diversität von Mitgliedern für die angenommene Unterstützung einer Partei aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen eine Rolle (Scarrow, 1994, S. 46). Die Symbolik einer Mitgliederbasis ist wichtig für die öffentliche Wahrnehmung, die Funktion der Mitgliedschaft bleibt aber nicht darauf beschränkt. Die Mitgliederbasis bleibt ein wichtiger (und vielschichtiger) Teil der Partieorganisation. Der oben dargestellte, im Parteiengesetz festgeschriebenen Funktionskatalog bindet die Parteien an ihre Rolle als gesellschaftlicher

[7] Außerdem gibt es keine Hinweise darauf, dass Regierungsparteien länger an der Macht blieben oder neue Parteien aus Regierungen systematisch herausgehalten würden (Martin & Krouwel, 2026, S. 10). Doch auch wenn Martin & Krouwel (2026) keine klassischen Parteikartelle ausmachen können, so bleiben in ihrem Analyseansatz die innerorganisatorischen Entwicklungen, etwa Professionalisierung, Umgehung der mittleren Parteieliten und die Zunahme plebiszitärer Formen der Mitgliederpartizipation in ihrer Analyse außen vor.

[8] Hooghe und Dassonneville (2014) können für belgische Parteien zeigen, dass sich aus den Mitgliederzahlen tatsächlich das Wahlergebnis recht präzise vorhersagen lässt.

Akteur, auch unter den Bedingungen sinkender Parteibindungen. Nicht zuletzt sieht die staatliche Finanzierung lediglich eine Teilfinanzierung vor, deren Höhe sich am Wahlerfolg, den Einnahmen durch Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie den eingeworbenen Spenden bemisst (§ 18, PartG). Das Parteiengesetz setzt also institutionelle Rahmenbedingungen, die den Tendenzen einer Kartellisierung von Parteien ein Stück weit entgegenwirken. Das lässt sich auch mit Blick auf die tatsächliche Zusammensetzung der Parteienbudgets konstatieren: Mitgliedsbeiträge und Beiträge von Mandatsträger:innen sind in den Bundestagparteien auf nahezu gleichem Niveau wie die Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung und übertreffen das Spendenvolumen deutlich (Deutscher Bundestag, 2025a).[9] Parteimitglieder sind für die Finanzierung der Parteien weiterhin unabdingbar, auch weil die Kopplung der Parteifinanzierung an anderweitige Einkommensquellen dies forciert.

Auf der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene werden politische Amts- und Mandatsträger primär aus den Parteimitgliedschaften rekrutiert.[10] Über innerparteiliche Karriereleitern (Sartori, 2005) werden Mitglieder politisch sozialisiert und für Ämter ausgewählt. Vor allem in der Fläche kann eine schwache Mitgliederbasis zu sichtbaren Problemen für einzelne Parteien führen: So hat die AfD bei der Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt im Juni 2024 120 ihrer gewonnenen Mandate nicht besetzen können, weil sie zu wenig Kandidierende aufgestellt hat[11] (mdr.de, 2024). Auch in anderen Bundesländern stellte sich dieses Problem bereits.

Zudem sind Mitglieder bis heute eine wichtige Ressource in Wahlkämpfen (van Haute & Gauja, 2015). Sie stehen als nahezu kostenlose Arbeitskräfte zur Verfügung und können so ohne großen Ressourceneinsatz die Wahlkampfbotschaften in die Fläche bringen (Brettschneider, 2021; Greiner, 2023). Des Weiteren aktivieren Mitglieder ihre privaten Netzwerke und sind so wichtige Kommunikationsknoten zwischen Parteiorganisation und Gesellschaft – in Wahlkämpfen und darüber hinaus. Dass diese Funktion im digitalen Zeitalter neues Gewicht erhält (Ziegler, 2024), wird im Kapitel 6.3 dargelegt.

Durch die verpflichtende demokratische Binnenorganisation fungieren Mitglieder als zentrale Akteure bei der Ausübung der Parteifunktionen Interessenartikulation, Aggregation und Konfliktlösung. Ihre organisatorische Einbettung in Entscheidungsprozesse macht Parteiaktivist:innen nicht nur zu Impulsgeber:innen, sondern sie wirken an der Aushandlung und Abwägung wider-

[9] Etwas anders gestaltet es sich bei kleineren Parteien, die zwar staatliche Finanzierung erhalten, aber keine Sitze im Bundestag erringen konnten. Hier ist der relative Anteil der staatlichen Finanzierung und auch die Anteil der Spenden in Bezug auf das Gesamtbudget deutlich höher (Deutscher Bundestag, 2025b).

[10] Die Wahlordnung der SPD (§12) lässt es tatsächlich zu, dass es bei Kommunal- und Landtagswahlen satzungsmäßige Ausnahmen geben darf (SPD, 2025, S. 57). Unter Anderem der SPD-Landesverband Sachsen hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht (SPD Landesparteitag Sachsen, 2019).

[11] 17 weitere unbesetzte Sitze fielen auf Einzelbewerber:innen und Wählergemeinschaften, die CDU konnte 6 Sitze nicht besetzen, bei SPD und FDP blieb jeweils ein Sitz unbesetzt (mdr.de, 2024).

streitender Interessen aktiv mit. Nach einer Phase, in der aufgrund von professionalisierten Wahlkämpfen und einer Anpassung an die wahrgenommenen Medienlogiken (Donges, 2020; Niedermayer, 2013) Mitgliederorganisationen immer weniger Relevanz zugeschrieben wurde, haben politische Parteien die Partizipationsmöglichkeiten zwischen 1990 und 2010 erweitert (Scarrow, 2019, S. 168–169). In Parteien, die stark vom Mitgliederrückgang betroffen sind, steigt somit der Einfluss des einzelnen Mitglieds.

Mehr Partizipation führt allerdings nicht automatisch zu einer demokratischeren Binnenorganisation: Insbesondere die vermehrte Hinwendung zu direktdemokratischen Beteiligungsverfahren (Brause & Poguntke, 2026) kann zwar einerseits der Mitgliedschaft wieder eine höhere Relevanz und Bedeutung verleihen, andererseits gehen diese Verfahren üblicherweise mit einer verstärktes Zentralisierung einher, indem die Parteiführung die Kontrolle über das Verfahren behält und andere innparteiliche Akteure, insbesondere die mittleren Parteieliten umgangen und in Folge marginalisiert werden (Faucher, 2015; Ignazi, 2020; Katz & Mair, 2009; Wolkenstein, 2020).

Auch unter Berücksichtigung der dargestellten Ambivalenzen in der Bedeutung von Mitgliedschaft für politische Parteien bleibt festzuhalten: Mitglieder bleiben wichtig für Parteien und die Erfüllung ihrer Funktionen. Auf der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene sichern sie als Rekrutierungspool die Besetzung politischer Ämter ab. In Wahlkämpfen sind Mitglieder bis heute wichtig für den Stimmengewinn durch persönliche Kontakte in den vorpolitischen Raum. Vor allem aber fungieren sie als in die Parteiorganisation eingebettete Bürger:innen als Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Partei. Die Partei als „Plattform für dauerhaftes politisches Engagement“ (Jun, 2013, S. 122) erfüllt ihre Funktionen auf der gesellschaftlich-elektoralen Ebene hauptsächlich über die organisatorische Integration von Parteimitgliedern.

2.3 Parteiorganisationen zwischen Stabilität und Innovation

Die Integration von Parteimitgliedern und die demokratische Binnenorganisation erfordern den Aufbau komplexer Parteiorganisationen (Katz, 2006; Strom, 1990). Diese Parteiorganisationen sind kaum Effizienzanreizen ausgesetzt, wodurch sich eingeübte informelle Regeln und Routinen in besonderer Weise festsetzen und kaum umfassend und tiefgreifend intentional verändern lassen (Pierson, 2000).[12] Daraus ergibt sich in vielen Parteien eine Organisationswirklichkeit, die nicht durchstrukturiert und -rationalisiert ist (Wiesendahl, 1998). Parteien sind nicht im strengen Sinne hierarchisch organisiert, sondern sind eher als „lose verkoppelte Anarchien“ (Lösche, 1992) zu verstehen. In diesem Sinne schreiben Lösche und Walter (1992, S. 174) über die SPD: „Diese

[12] Dieser Zusammenhang wird in *Publikation 1* dieser kumulativen Dissertation (Ziegler, 2026a) ausführlich hergeleitet und begründet. Brichzin und Siri (2021, S. 9) weisen zudem darauf hin, dass die Veränderungsresistenzen nicht nur in Parteien zu finden sind, sie ihnen aber oft übler genommen werden, als anderen Organisationen.

[Partei] ist nämlich viel komplexer, unübersichtlicher, diffuser, aber auch demokratischer als gemeinhin angenommen wird."

Fehlende Effizienzanreize und schwache innerparteiliche Strukturen begünstigen starke Pfadabhängigkeiten und erschweren die Anpassung der Parteiorganisationen an Veränderungen in der Parteiumwelt (Butzlaff, 2018). Was zwar in Bezug auf organisationalen Wandel und die Steigerung von Organisationseffizienz als bremsend oder gar lähmend wirken mag, hat auch Vorteile, die die Besonderheit von Parteien erneut hervorheben:

> *„Aus ihrer unübersehbaren Unfertigkeit und Organisationsschwäche beziehen sie die Stärke, Widersprüchliches und Ungereimtes in sich aufzunehmen und gleichzeitig unvereinbare Dinge tun zu können, was unter einem größeren Ausmaß an Organisiertheit und Durchstrukturierung rasch in einer Handlungslähmung enden könnten* [sic]*."*
>
> (Wiesendahl, 1998, S. 251).

Das Zitat verdeutlicht, dass Parteien zwar von Pfadabhängigkeiten geprägt, aber nicht gelähmt sind. Auch durch ihre Fragmentierung sind sie keine in sich geschlossenen Akteure, sondern interagieren mit ihrer Umwelt – etwa anderen Parteien, Wähler:innen und Massenmedien (Ringel & Siri, 2021, S. 20) oder sozialen Bewegungen (Butzlaff, 2018) – und passen sich ihr an. Besonders sichtbar werden Anpassungen bei programmatischen Entscheidungen im Vorfeld von Wahlen, doch auch außerhalb von Wahlkämpfen zeigen sich Parteien als komplexe Organisationen (Strom, 1990) mit porösen Rändern (Chadwick & Stromer-Galley, 2016, S. 287). Die Anpassungen an die Parteiumwelt sichert das eigene Überleben innerhalb der demokratischen Strukturen. Entsprechend sind Stabilität und Wandel von Parteiorganisationen ein zentraler Forschungsstrang der Parteienwissenschaft. Parteiwandel ist dabei als Überbegriff zu verstehen, der jedwede Veränderung der Partei und ihrer Organisationsweise versteht. Parteireform hingegen beschreibt den intentionalen Wandel, der sich in der Regel in statuarischen Veränderungen niederschlägt (Gauja, 2017). Unter organisationalen Innovationen werden wiederum neue, disruptive Praktiken verstanden: „Organizational innovation may be seen as the attempt to introduce new organizational forms and practices without precedent" (Appleton & Ward, 1997, S. 342).

Um zu verstehen, wie Parteien sich im Zuge der digitalen Transformation wandeln, ist die von Harmel und Janda (1994) getroffene Unterscheidung von Umwelttrends (*environmental trends*) und externen Schocks (*external shocks*) zentral. Ersteres beschreibt inkrementellen Wandel, also gesellschaftliche Veränderungen, die sich schrittweise über einen langen Zeitraum vollziehen. Häufig verlaufen die Anpassungsprozesse an den Wandel in der Parteiumwelt eher langsam und verzögert. Erst durch externe Schocks, also Ereignisse, die kondensiert zeigen, dass Parteien ihren Funktionen oder Zielen nicht gerecht werden, werden Reaktionen ausgelöst, die einen organisationalen Wandel nach sich ziehen. Die Anreize für den Wandel können dabei in der Partei selbst

oder auch außerhalb der Kontrolle der entsprechenden Parteiorganisation liegen (Appleton & Ward, 1997). Wie detailliert in Kapitel 6.1 dargelegt wird, ist die COVID-19-Pandemie mit den vor allem in den Jahren 2020 und 2021 notwendigen Eindämmungsmaßnahmen als ein solcher Schock zu verstehen. In Zeiten weitreichender Abstandsgebote zwischen Personen und einer Verlegung von zwischenmenschlicher Interaktion in den digitalen Raum wurde – nicht nur in Parteien – offenbar, an welchen Stellen die Digitalisierung nur defizitär entwickelt war.

Wichtig ist zudem herauszustellen, dass Parteien sich nicht aus sich heraus verändern; innerparteiliche Akteure – sei es die Parteiführung oder innerparteiliche Gruppen bzw. Faktionen – wandeln Parteien. So beschreibt Panebianco (1988, S. 242): „[O]rganizational change is, in most cases, the effect of an external stimulus (environmental and/or technological) which joins forces with internal factors." Umwelttrends müssen durch diese Akteure wahrgenommen und für die Parteien als relevant eingestuft werden (Harmel & Janda, 1994, S. 267). Ein Ereignis wird erst ein externer Schock für Parteien, indem seine Tragweite durch innerparteiliche Akteure artikuliert wird und handlungsleitend ist.

Parteien als gesellschaftliche Organisationen (Reichart-Dreyer, 2020) stehen vor der Aufgabe, offen und rezeptiv für die sich verändernden Umweltbedingungen zu sein. Dies erreichen sie auch dadurch, dass sie etwa durch Vorfeldorganisationen, aber eben auch durch die Integration von Bürger:innen über Mitgliedschaft und zunehmend neue Formen der Parteiaffiliation (siehe dazu auch Kapitel 6.4), mit der sich wandelnden Gesellschaft in Verbindung stehen. Mitglieder sind wegen ihrer zugesicherten Mitbestimmungsrechte als ein innerparteilicher Akteur zu verstehen, da sie durch ihr Engagement und die Interessenartikulation die gesellschaftlichen Veränderungen in die Partei hineintragen (Gauja, 2017, S. 14). Obwohl ihr Einfluss im Vergleich zu anderen innerparteilichen Akteur:innen limitiert ist, haben sie über die demokratische Binnenorganisation doch Möglichkeiten der Einflussnahme, sei es über das Delegationsprinzip, Mitgliederbefragungen oder eben durch den Rückzug aus der aktiven Parteiarbeit aufgrund von Unzufriedenheiten mit der Art und Weise der Mitgliederintegration. Zusätzlich der Annahme folgend, dass Organisationswandel stets innere Machtverhältnisse justiert (Panebianco, 1988), ist die Beschäftigung mit der Mitgliederorganisation als Machtressource für die Parteiwandelforschung von Interesse.

Häufiger ist die Mitgliedschaft allerdings Reformobjekt. So ist der Mitgliedeschwund eine wesentliche Triebkraft für organisationale Reformen (Gauja, 2017). Für das Beispiel der SPD zeigen Michels und Borucki (2020), dass die Parteiführung in der eigenen Mitgliedschaft Bedarfe nach modernen Möglichkeiten der Beteiligung, einem Beteiligungsangebot, das auch für Neumitglieder attraktiv ist und nach einem „Ort der Wahrheit" in Zeiten der Kakophonie ausdifferenzierter Medienöffentlichkeiten sieht. Dass Reformen für die Mitglieder gemacht werden, macht Mitglieder und ihre Sicht auf Reformbedarfe für die Parteiwandelforschung relevant. Zudem wurden die Mit-

bestimmungsmöglichkeiten in der Vergangenheit in vielen Fällen erweitert, auch um den veränderten Partizipationsbedarfen der Mitglieder zu entsprechen (Achury, Scarrow, Kosiara-Pedersen & van Haute, 2020; Scarrow, 2019; Spier & Klein, 2015; Wolkenstein, 2020). Auch dieser Befund spricht dafür, die Perspektive der bestehenden Parteimitgliedschaft auf die jeweilige Parteiorganisation näher zu untersuchen.

2.4 Zwischenfazit I: Parteimitglieder bleiben relevant

Aufgrund der systemtragenden Funktionen von Parteien und der Rolle der Mitglieder bei der Funktionserfüllung bleibt die Parteimitgliederforschung auch unter den Bedingungen sinkender Mitgliedschaften relevant. Die Koexistenz von zwei widersprüchlichen Organisationparadigmen – das der beteiligungsorientierten Mitgliederpartei und das der professionalisierten wahl- und wähler:innenorientierten Partei (Bukow, 2013) – fordert eine innerparteiliche Aushandlung der Bedeutung von Parteimitgliedschaft und den ihr eingeräumten Rechten und Möglichkeiten der Beteiligung. Dass die unterschiedlichen Paradigmen schon im Funktionskatalog des deutschen Parteiengesetzes angelegt sind, wurde in diesem Kapitel gezeigt.

In professionalisierten Parteien gewinnen mit der hohen Relevanz strategischer Medienkommunikation hauptberufliche Mitarbeiter:innen und externe Berater:innen gegenüber den freiwilligen Mitgliedern an Bedeutung (Jun, 2009). Und dennoch liegt dieser Dissertation die Erkenntnis zugrunde, dass sich Parteien trotz ihrer Professionalisierung grundsätzlich weiterhin als Mitgliederorganisationen verstehen und ein Interesse an der Rekrutierung neuer Mitglieder haben. Daher sind sich verändernde Umweltbedingungen für Fragen der Mitgliederintegration zentral. Im Folgenden wird deshalb dargelegt, wie sich die Umweltbedingungen für Parteien im Zuge der digitalen Transformation verändert. Zudem werden Annahmen darüber getroffen, welchen Einfluss diese Veränderungen auf die Mitgliederintegration haben.

3 Digitale Transformation

Die digitale Transformation der Gesellschaft, die längst alle Lebensbereiche der Menschen durchdringt, verändert die Parteienumwelt umfassend. „Wie genau sich Parteien jedoch der Digitalisierung zuwenden oder nicht, wie sie mit dieser Transformation umgehen und welche Instrumente und Praktiken an dieser Stelle zum Einsatz kommen, sind eher blinde Flecken der politikwissenschaftlichen […] Auseinandersetzung mit Parteien“ (Borucki, 2019, S. 125). Diese blinden Flecken insbesondere in Bezug auf den digitalen Wandel an der Parteibasis zu reduzieren, ist das Kernanliegen der vorliegenden Dissertation.

3.1 Digitale Konstellation und digitale Demokratie

Die folgenden Ausführungen basieren auf einem Digitalisierungsbegriff, der über die bloße technische Umwandlung analoger Daten in digitale Formate hinausgeht und die tiefgreifende Transformation gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Prozesse durch digitale Technologien umfasst. Diese tiefgreifende Veränderung wird als digitale Transformation oder digitaler Wandel bezeichnet und beeinflusst politische Strukturen und Prozesse auf vielfältige Weise (Berg & Hofmann, 2021; Borucki, 2022; Mergel, Edelmann & Haug, 2019).

Somit ist Demokratie im digitalen Zeitalter das Resultat einer komplexen Wechselwirkung zwischen der Verbreitung von Technologie, den gesellschaftlichen Bedingungen und der Politik mit ihren Akteuren. Der Ansatz, digitalen Wandel in seinen Interaktionsbeziehungen zu verstehen, und „Demokratiewirkungen nicht deterministisch aus Technik abzuleiten“ (Thiel, 2026, S. 4) liegt dieser Arbeit zugrunde.

Berg, Rakowski und Thiel (2020) führen den Begriff der *digitalen Konstellation* ein, um das interdependente Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft und digitaler Technik zu beschreiben. Dabei unterscheiden sie zwischen drei Ebenen der digitalen Konstellation:

(1) Eigenschaften digitaler Technik
(2) Praktisch realisierte Affordanzen
(3) gesellschaftliche Konfigurationen bzw. politischer Formwandel

Die erste Ebene (Eigenschaften digitaler Technik) betrachtet vor allem die „Datafizierung“, also die Umwandlung analoger in digitale Information. Die *praktisch realisierten Affordanzen* (Ebene 2) beschreiben hingegen kollektiv etablierte Handlungsformen, die sich aus den wahrgenommenen Möglichkeitsräumen digitaler Technologie ergeben. Auf der dritten Ebene (gesellschaftliche Konfigurationen bzw. politischer Formwandel) werden gesellschaftliche Strukturen sichtbar, die sich aus den soziotechnischen Wandlungsprozessen ergeben. Untersuchungen von Politik in der digitalen Konstellation stellen sich der Frage:

> *„Welche technischen Faktoren haben in welcher Weise eine prägende Bedeutung, welche Möglichkeitsräume oder Strukturlogiken bilden sich aus und verfestigen, wie Politik wiederum zurückwirkt auf Techniken, deren Entwicklung und gesellschaftliche Realisierung und schließlich, welche gesellschaftlichen oder politischen Praktiken setzen sich angesichts dieser sozio-technischen Umgebung durch und werden selbstverständlich?"*
>
> (Berg et al., 2020, S. 183).

Es geht also – auch in dieser Dissertation – darum, die Neukonstruktion gesellschaftlicher Praktiken bzw. organisationaler Routinen in Parteien im digitalen Zeitalter zu analysieren, zu verstehen und Entwicklungspfade herauszuarbeiten. Damit löst sich das hier zugrunde gelegte Digitalisierungsverständnis von den Eigenschaften tatsächlich eingesetzter digitaler Technik (Ebene 1) und fokussiert vor allem auf die Interaktion von praktisch realisierten Affordanzen und politischem Formwandel (Ebenen 2 und 3).

An das Verständnis von digitaler Transformation als Interaktion von Affordanzen und politischem Formwandel anschließend folgt diese Arbeit dem Verständnis von *digitaler Demokratie* nach Berg und Hofmann (2021). Die Autor:innen verstehen digitale Demokratie als kontingentes Phänomen, das die demokratische Selbstverwaltung mit digitalen Infrastrukturen in Beziehung setzt (Berg & Hofmann, 2021, S. 2). Die digitale Demokratie ist im Verständnis der Autor:innen das, was sich aus eben dieser Interaktion ergibt, wobei deren Finalität nicht absehbar ist. So ist das Konzept der digitalen Demokratie keine Beschreibung eines Ist-Zustandes, sondern lenkt als analytische Brille den Fokus auf eben diese Interaktionen, die die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit maßgeblich prägen. Enthalten ist darin auch die Auffassung, dass der Demokratie selbst ihre Veränderlichkeit innewohnt: „Digital resources for political action allow challenging democratic processes, some of which may translate into novel institutional settings" (Berg & Hofmann, 2021, S. 6).

In Bezug auf die Wandlungsfähigkeit demokratischer Strukturen postulieren Berg et al. (2020, S. 182):

> *„Die Annahme einer relativen Gestaltungsfähigkeit kollektiver Handlungsformen bildet […] die Voraussetzung politischer Reflexion und erst unter dieser Bedingung kann eine politikwissenschaftlich reflektierte Betrachtung der Digitalisierung – etwa hinsichtlich demokratischer Zentralkategorien wie Herrschaft, Partizipation, Repräsentation oder Öffentlichkeit – erfolgreich formuliert werden."*

Weder können digitale Technologien Wandel losgelöst von gesellschaftlichen und politischen Akteuren induzieren, noch sind sie die ausschließlichen Beförderer des Wandels. Technologien beeinflussen die digitale Demokratie, doch die digitale Demokratie beeinflusst auch, welche Technologien sich durchsetzen (Berg & Hofmann, 2021, S. 7).

Die Wahrnehmung des digitalen Wandels durch die Parteimitglieder und dem damit verbundenen Anpassungsdruck innerhalb der Parteiorganisationen ist zentraler Dreh- und Angelpunkt dieser Arbeit. Die Evaluation einzelner Partizipationsinstrumente in Parteien rückt dabei in den Hintergrund, sodass sich der Blick auf die Umweltverarbeitung von Parteien und – spezifischer – durch die Mitglieder weitet.

3.2 Digitale Transformation in der Parteiumwelt

In Kapitel 2 wurde dargelegt, dass Parteien mit ihrer Umwelt interagieren und so – wenn auch oft verzögert – organisationale Wandlungsprozesse angestoßen werden. Das ist dann der Fall, wenn zentrale Akteur:innen in der Partei feststellen, dass die Partei ihre Funktionen nicht mehr adäquat erfüllen und ihre Ziele nicht erreichen kann. Was hat sich also im Zuge der digitalen Transformation in der Parteiumwelt verändert, das Parteien in ihrer Funktionserfüllung herausfordert?

Das Internet ist durch seinen hohen Verbreitungsgrad und die vorher nicht dagewesenen Vernetzungsmöglichkeiten der Hauptverbindungspunkt von Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen zur Digitalisierung. 95 Prozent der deutschen Bevölkerung lassen sich inzwischen den Internetnutzer:innen zurechnen, bei den Unter-50-jährigen sind es 100 Prozent (Beisch & Koch, 2023, S. 2). Bürger:innen sind es, insbesondere nach den Erfahrungen der COVID-19-Pandemie (Dathe et al., 2022), gewohnt, vernetzt zu arbeiten und nutzen internetbasierte Angebote intuitiv und alltäglich. Allerdings offenbart der *D21-Digital-Index* (2024), dass die digitale Transformation zwar voranschreitet und nahezu alle Lebensbereiche der Bürger:innen durchdringt, doch „[w]eder die Kompetenz der Menschen, diese souverän zu nutzen, noch ihre Akzeptanz und ihr Optimismus können damit Schritt halten“ (Initiative D21 e.V., 2024, S. 19). In Bezug auf den Zugang zum Internet hat sich die digitale Kluft beinahe geschlossen, allerdings sind die digitale Kompetenzen und die damit verbundene „digitale Resilienz“ weiterhin sehr ungleich verteilt (Initiative D21 e.V., 2024, S. 20 ff.). Die digitale Spaltung bleibt ein zentrales Problem der heutigen Zeit. Für politische Parteien ergeben sich daraus zwei Kernherausforderungen: Einerseits spiegelt sich die digitale Transformation aller Lebensbereiche in den Beteiligungserwartungen und -präferenzen wider (Berg et al., 2020, S. 85). Andererseits sind Parteien durch ihre tendenziell alternden Mitgliedschaften (Niedermayer, 2025) besonders stark mit Fragen der digitalen Spaltung konfrontiert.

Des Weiteren ist die Mitgliedschaft in einer Partei eine Form der politischen Beteiligung, die in ein ausdifferenziertes Partizipationsrepertoire eingebettet ist. Die Rolle von Parteimitgliedschaft im Partizipationsrepertoire des digitalen Zeitalters verdeutlicht, dass eine Fokussierung auf die Eigenschaften digitaler Technologien sowie auf deren Nutzung oder Nicht-Nutzung bestimmter Tools nur einen Ausschnitt des Gesamtbildes liefern. Ein solcher Zugang erfasst die komplexen

Wechselbeziehungen zwischen technologischem und gesellschaftlichem Wandel lediglich unzureichend: „Natürlich determiniert die Technik soziale Strukturen nicht in einem strengen Sinne. Vielmehr sind technische Artefakte immer mit sozialen Praktiken verknüpft, welche sie sich auf eine spezifische Weise zu eigen machen“ (Reckwitz, 2018, S. 225).

So löst die digitale Transformation Veränderungen politischer Beteiligung nicht allein aus, sondern trifft ein sich stetig wandelndes Feld: Während im Nachkriegsdeutschland politische Wahlen das zentrale Element der Partizipation waren, haben sich ab den späten 1960er Jahren neue Formen des politischen Engagements – insbesondere Bürger:inneninitiativen und Proteste – etabliert (Gabriel, 2010). Wie bereits in Kapitel 2.2 beschrieben ist, erlebten die politischen Parteien in dieser Zeit ein Anwachsen ihrer Mitgliedschaft, sodass die deutschen Parteien Mitte der 1970er Jahre die höchste Rekrutierungsfähigkeit (verstanden als der Anteil der Parteimitglieder an den beitrittsberechtigen Bürger:innen) erreichten. Der seit den 1990er Jahren andauernde Mitgliederrückgang und graduelle Bedeutungsverlust parteienstaatlicher Partizipation führte insbesondere in den 1990er Jahren zu einer „Anreicherung der repräsentativen Demokratie“ (Kersting, 2019, S. 108), indem Beteiligungsformen jenseits von klassischen Wahlen, beispielsweise in Form von direktdemokratischen Elementen oder der Einführung von konsultativen Beteiligungsformen institutionalisiert wurden (Gabriel, 2010, S. 179). Der Bedeutungsverlust der Partizipation in Parteien fällt zwar mit der digitalen Transformation zusammen, nahm aber schon früher ihren Anfang.

Partizipationsbedarfe und -gewohnheiten sind immer auch Ausdruck der gesellschaftlichen Konfiguration: Wie Menschen sich politisch beteiligen, hängt auch damit zusammen, wie sie die eigene Rolle in der Gesellschaft wahrnehmen. In diesem Kontext wesentlich für diese Dissertation ist der wechselseitige Einfluss von Digitalisierung und Individualisierung: Der Ausbau sozialstaatlicher Strukturen und die Bildungsexpansion gehen mit einer Abmilderung gesellschaftlicher Konflikte einher und begünstigen den sozialen Aufstieg. Die daraus folgende Abkehr von kollektiven Identitäten hin zu individualisierten Lebensläufen spielen bei der Art und Weise der Einflussnahme auf politische Entscheidungen eine große Rolle:

> *„Das politische Potential der sich entfaltenden Privatsphäre liegt […] in der Wahrnehmung von Selbstgestaltungsmöglichkeiten darin, tiefsitzende kulturelle Selbstverständlichkeiten durch die direkte Tat des Andersmachens zu verletzen und zu überwinden.“*
>
> (Beck, 2016, S. 56)

Der Prozess der Individualisierung hat dramatische Auswirkungen auf politische Parteien: “No collective structures, nor even social movements, have replaced what post-industrialism and post-modernism through the process of individualization sent to the wall“ (Ignazi, 2020, S. 10). Durch die abnehmende soziale Integration der Bürger:innen schwinden die normativen Anreize, einer

Partei beizutreten (Niedermayer, 2013, S. 162). Dabei sind Parteien Schlüsselakteure der institutionalisierten politischen Partizipation. Ohne sie wäre Partizipation „nur noch stark individualisiert, ja, vielleicht muss man sogar sagen: atomisiert praktizierbar“ (Brichzin & Siri, 2021, S. 4).

Die Individualisierungstendenzen haben sich im Zuge der digitalen Transformation noch verstärkt. Das Internet hat nicht nur die Kommunikationsräume erweitert (Vowe, 2014, S. 29), sondern bietet eigene Formen, sich politisch zu äußern und sich zu engagieren (Bieber, 2014; Gerl et al., 2016; Hanel & Marschall, 2012). Soziale Medien als „wichtiger Ort der Selbstrepräsentation“ (Reckwitz, 2018, S. 245) legen den Fokus auf die individuelle Besonderheit und den Vergleich untereinander (Faucher, 2015; Theocharis, Moor & Deth, 2019; Yenilmez Kacar, 2024). Mit der *Digitally Networked Participation* (DNP), bei der Bürger:innen über Soziale Medien ihre politische Beteiligung sichtbar machen und darüber ihre privaten Netzwerke aktivieren, hat sich eine eigene Form der Partizipation entwickelt, die – anders als etwa Online-Petitionen – kein Äquivalent im analogen Partizipationsrepertoire hat (Theocharis et al., 2019). Heute blickt die Partizipationsforschung also auf ein ausdifferenziertes Beteiligungsrepertoire, das insbesondere im digitalen Zeitalter durch individualisierte, kreative und auf Selbstentfaltung gerichtete Formen ergänzt wird (Faucher, 2015; Theocharis & van Deth, 2018). Hinzu kommt die wachsende Bedeutung digitaler Medien für die Mobilisierung im Vorfeld politischer Beteiligung, etwa im Zuge von Wahlen (Matthes et al., 2022; Meiß & Ziegler, 2025) und Protesten (Bitschnau & Koos, 2024; Sommer, Rucht, Haunss & Zajak, 2019; Theocharis, 2023).

Wie im Zuge dieser Arbeit gezeigt wird, stehen die politischen Parteien als Kollektivorganisation vor der Aufgabe, sich sowohl den veränderten Partizipationserwartungen und -bedarfen der eigenen Mitgliedschaft als auch der potenziellen Mitglieder zu stellen, um das eigene Überleben zu sichern. Vor allem soziale Bewegungen gelten durch ihre Spontanität und Anpassungsfähigkeit immer wieder als Vorbild:

> *Bewegungen gegenüber gelten Parteiorganisationen nicht nur als schwerfällig, bürokratisch und immobil, sondern als machtstrategische, hierarchische Formationen, die mittels Patronage und Bevormundung gesellschaftlichen Wandel geradezu erschweren und jede Initiative in ein Korsett von Ausgleichsmechanismen und Quoten pressen, bis am Schluss kaum ein gesellschaftlicher Wandlungsanspruch mehr übrig ist.*
>
> (Butzlaff, 2018, S. 108)

Mögen spontane, projektbezogene und weniger hierarchisch organisierte Partizipationsformen in ihrer Anziehungskraft den Parteien überlegen sein, so können sie doch nicht alle beschriebenen

Funktionen der Parteien ersetzen. Exemplarisch zeigen das Dommett und Rye (2018)[13] für das Vereinigte Königreich. Sie legen dar, dass Interessenaggregation, Konfliktmanagement und Linkage nur durch die Parteien sichergestellt werden und sie somit – trotz der bestehenden Probleme – die zentralen Akteure zwischen Bürger:innen und Staat sind. Daher stellt sich im Folgenden die Frage, wie die digitale Transformation in den Parteien uns insbesondere in Bezug auf die Mitgliederpartizipation Einzug erhalten hat.

3.3 Digitale Transformation in Parteien

Die politischen Parteien haben in der digitalen Transformation ihre Schlüsselrolle nicht verloren, sehen sich aber durch die skizzierten Veränderungen in ihrer Umwelt herausgefordert. Zugleich entstehen durch die fehlenden Effizienzanreize und die schwach strukturierten Parteiorganisationen starken Pfadabhängigkeiten, die eine verlangsamte Anpassung der Parteien an ihre Umwelten nach sich ziehen (siehe Kapitel 2.3). Durch die rasante Fortentwicklung digitaler Technologien wird die verlangsamte Anpassungsfähigkeit der Parteiorganisationen besonders offenbar, wobei insbesondere etablierte Parteien mit größeren internen Widerständen zu kämpfen haben, als neuere Parteien (Correa, Barberà, Rodríguez-Teruel & Sandri, 2021, S. 289). Zudem gliedert sich die digitale Rückständigkeit der Parteien in eine umfassende Rückständigkeit Deutschlands ein, sei es beim digitalen Infrastrukturausbau oder der Digitalisierung von Verwaltung (European Commission, 2021). Trotzdem macht die digitale Transformation auch vor den Parteien nicht halt.

Die rückläufige Rekrutierungsfähigkeit der Parteien wurde zu einer Zeit offenbar, in der das Internet zwar bereits existierte, allerdings noch nicht der Breite der Bevölkerung zur Verfügung stand. Trotz der begrenzten Verbreitung des Internets experimentierten die Parteien bereits in den 1990er Jahren mit den neuen Möglichkeiten, die eigene Partei online zu präsentieren und die Mitglieder auch digital an die Partei zu binden (Bieber, 2001; Marschall, 2001). Schon früh bestand die Hoffnung, dass das Internet einen Demokratisierungsschub mit sich bringen könnte, da der Zugang zu Information und Partizipation für alle offenstehen würde. Heute zeigt sich, dass die Debatte von Cyperoptimismus versus Cyberpessimismus (Kneuer, 2013) der Komplexität der digitalen Demokratie nicht gerecht wird. In der digitalen Demokratie haben es Parteien mit einer komplexen Wandlungsentwicklung zu tun, die bis in die (vermeintlich) nicht-digitalen Sphären reicht, etwa durch Erwartungen von mehr Transparenz, Erreichbarkeit und projekthafte Beteiligung (Butzlaff, 2024; Faucher, 2015; Michels & Borucki, 2020; Ringel & Siri, 2021).

[13] Gezeigt wird dies exemplarisch an zwei Organisationen: Citizens UK ist eine Dachorganisation für Untergliederungen, die sich auf lokaler Ebene der Belebung der Zivilgesellschaft verschrieben haben und dafür mit bestehenden Organisationen vor Ort zusammenarbeiten. 38 Degrees ist eine digitale Kampagnenorganisation – ähnlich zu Campact in Deutschland – die als Organisationsinfrastruktur individualisiertes Engagement bündelt (Dommett & Rye, 2018).

Im *Five-Pillar Model of Parties' Migration into the Digital* differenziert Jasmin Fitzpatrick (2021) fünf Analysedimensionen für die Erforschung von Parteien im digitalen Wandel: Mitgliedschaft, Parteiführung und Kandidierende, politische Programmatik, Außendarstellung und Ressourcen. Diese Dissertation verortet sich in der Säule der Mitgliedschaft und befasst sich mit dem Wandel der Mitgliederintegration, also mit den Maßnahmen, mit denen die Mitglieder an die Partei gebunden werden, aber auch mit dem Raum, der ihnen für Aktivität und Engagement gelassen wird. Digitale Werkzeuge zur Mitgliederintegration haben längst Einzug in die politischen Parteien gehalten, sei es über die Nutzung von E-Mails, die die postalische Kommunikation weitestgehend ersetzt, der Einsatz von Online-Befragungen, digitale Mitgliederregister und die Einführung von Mitgliederplattformen mit unterschiedlichen Graden an vorgesehenen Möglichkeiten (Bieber, 2001, 2014; Lusoli & Ward, 2004; Marschall, 2001; Pedersen & Saglie, 2005).

Wie kondensiert in Kapitel 6.1 und ausführlicher in *Publikation 1* dargelegt wird, ergibt sich für politische Parteien ein Handlungsdruck, sich mit der Zeit zu entwickeln, die eigene (mitunter alternde) Mitgliedschaft zu halten und neue Mitglieder zu gewinnen. Aufgrund der ungleich verteilten Kompetenzen (Initiative D21 e.V., 2024) birgt das durchaus Herausforderungen. Digitale Instrumente spielen bei der Frage nach einer zeitgemäßen Mitgliederintegration, die weniger hierarchisch und eher netzwerklogisch und themenzentriert aufgebaut ist, eine zentrale Rolle (Deseriis, 2020; Fitzpatrick, 2021; Michels & Borucki, 2020). Dass sich die Umwelt der Parteien umfassend und einschneidend verändert hat, wurde im Jahr 2023 auch vom Bundesverfassungsgericht anerkannt. Im Verfahren zum Gesetz zur Anhebung der absoluten Obergrenze in der Parteienfinanzierung entschied das Gericht zwar, dass diese nicht zulässig ist, stellte die grundsätzliche Begründung für die Anhebung allerdings nicht in Frage[14]:

> „*Die in der Begründung des Gesetzentwurfs und in den Plenardebatten als Grund für die Anhebung der absoluten Obergrenze angeführte Digitalisierung der Kommunikationswege und Medien stellt einen Umstand dar, der die Rahmenbedingungen für die Mitwirkung der Parteien am Prozess der politischen Willensbildung seit Anfang der 1990er Jahre einschneidend verändert hat.*"
>
> (Bundesverfassungsgericht, 2023, S. 46)

Um ihrer zugedachten Rolle als Vermittler zwischen Gesellschaft und Staat gerecht zu werden, müssen sich Parteien an die verändernden Umweltbedingungen anpassen – nicht nur inhaltlich, sondern auch in den Organisationsstrukturen. Auf der anderen Seite können zentralisierte und professionalisierte Parteistrukturen mit digitalen Werkzeugen Funktionen übernehmen, die traditionell durch die Basismitglieder ausgeübt wurden (Jarren & Donges, 2014; Wiesendahl, 2009).

[14] Das Bundesverfassungsgericht (2023) erkannte einen finanziellen Mehrbedarf durch die digitale Transformation an, beanstandete aber, dass der finanzielle Mehrbedarf in Höhe von ca. 25 Millionen Euro nicht ausreichend dargelegt wurde und damit den Grundsatz der Staatsfreiheit der Parteien verletzt.

Die Identifikation und Ansprache relevanter Wähler:innensegmente ist über datengetriebenes Targeting komplexer und zielgenauer als analoge Äquivalente (Kruschinski & Haller, 2017). Die Möglichkeiten internetbasierter Befragungen erleichtern die Interessenintegration. Soziale Medien dienen als Schnittstellen zur den Wähler:innen, in denen – zumindest theoretisch – ein Dialog zwischen Partei und Wähler:innen stattfinden kann (Brodnig, Fuchs, Hammer & Holburger, 2019; Raniolo et al., 2021; Zeh & Holtz-Bacha, 2015; Ziegler, 2024). Zur Unterstützung von Wahlkämpfen können Nicht-Mitglieder gewonnen werden, Spenden können an die Stelle von Mitgliedsbeiträgen treten (Scarrow, 2019).

Das Mitgliedschaftskonzept liegt hier also in einem Spannungsfeld: Einerseits sind Mitglieder als Ressource für Parteien und Legitimitätsbasis nicht obsolet. Zugleich ergeben sich aber durchaus vielfältige Möglichkeiten, die Funktionen der Mitglieder in den Parteien auf anderen Wegen zu erfüllen. So argumentiert Faucher (2015), dass Parteien trotz der sich wandelnden Partizipationsumwelt zentraler Akteur im politischen System bleiben, sich aber allzu sehr der Idee der Mitgliederindividualisierung verschreiben: „There is a contradiction between the belief that mass membership is a sign of legitimacy and the undermining of partisan collective identities“ (Faucher, 2015, S. 422). Bislang ist kaum beleuchtet, dass die Parteien nicht nur auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, sondern die Partizipationslandschaft auch selbst gestalten, beispielsweise indem sie Individualisierungstendenzen berücksichtigen und befördern:

> *“[Individualisation] is a characteristic of individual citizens, who are becoming less attached to groups and more oriented towards their own interests. However, it is also a reflexive property of political parties, which define and organise themselves in terms of individual citizens rather than group interests.”*
>
> (Gauja, 2015a, S. 90)

Wie bereits in Kapitel 3.2 dargelegt wurde, gibt es eine enge Verzahnung von Digitalisierung und Individualisierung. Für die Parteienforschung ist dabei vor allem das Aufkommen sogenannter „digitaler Parteien“ (etwa Podemos, M5S, Piraten), die eher dem Typus der Plattformpartei (Deseriis, 2020) zuzurechnen sind, ein wichtiger Kulminationspunkt. In diesen Parteien funktioniert Parteimitgliedschaft kaum noch nach dem Kollektivprinzip. Vielmehr operieren die Parteien mit atomisierten Mitgliedern, die zwar über Plattformen teilweise über Sach- und Personalfragen abstimmen können, nicht aber in das komplexe Repräsentationssystem eingebunden sind, das die „traditionellen“, auf dem Delegationsprinzip begründeten Parteien ausmacht. Somit verändert sich das Verständnis von Mitgliedschaft im Zuge der digitalen Transformation grundlegend.

Mit ihrem *Multi-speed membership model* hat Susan Scarrow (2015) einen zentralen Beitrag zur Theoretisierung traditioneller und neuer Formen der Parteiaffiliation geleistet. Das Modell sieht

neben der traditionellen, festen Parteimitgliedschaft verschiedene Möglichkeiten der *Parteiaffiliation* vor, also Möglichkeiten, mit der Partei in Kontakt zu treten oder sich für die Partei zu engagieren. Unterstützer:innen können sich auf unterschiedlichen Wegen und mit variablem Aufwand ihre Parteibindung aufbauen und festigen. Dabei handelt es sich aber nicht um gereihte Formen mit steigender Aktivitätsintensität, sondern die Formen überlappen sich und lassen unterschiedliche Kombinationen und Entwicklungswege von Affiliationen zu.

In diesem Sinne ist Parteimitgliedschaft eine Form der Parteiaffiliation, die sich dadurch auszeichnet, dass es ein Verfahren der Registrierung gibt und sie mit festgeschriebenen Rechten und Pflichten einhergeht. Darüber hinaus ist unter Parteiaffiliation jegliche Verbindung von Individuen zur Partei gemeint, die über die bloße Wahl einer Partei hinausgeht (Gauja, Kosiara-Pedersen & Weissenbach, 2025, S. 209–210). Neue Formen der Partieaffiliation teilen meist drei Charakteristika: sie ermöglichen einen einfachen Zugang zur Partei, sind digital und zentralisiert (Scarrow, 2015, S. 136). Affiliationen, die über die Mitgliedschaft hinausgehen, bedeutet nicht nur eine Öffnung der Partei für Menschen, die sich nicht langfristig an eine Partei binden möchten. Sie können auch bedeuten, dass die bestehende Mitgliedschaft einfacher umgangen werden kann, weil die Parteiführung Anhängerschaften informieren und mobilisieren kann, die – im Gegensatz zu den Mitgliedern – keine Mitbestimmungsrechte haben.

Sowohl aufgrund der zunehmenden Individualisierung der Mitgliederintegration als auch aufgrund der der Etablierung neuer Formen der Affiliation werden die bestehenden Mitgliedschaften und insbesondere die mittleren Eliten der politischen Parteien potenziell geschwächt (Deseriis, 2020; Ignazi, 2020; Katz & Mair, 2009). Die Ausgestaltung partizipativer Rechte wirkt sich auf das innerparteiliche Machtgefüge aus. Partizipationsfragen sind Machtfragen: Plebiszitäre Elemente der innerparteilichen Demokratie statten die Parteiführung mit mehr Kontrollmöglichkeiten aus. Diese Zentralisierung der innerparteilichen Machtstrukturen kann als Versuch verstanden werden, der Partei als „lose verkoppelte Anarchie“ (Lösche, 1992) stärkere, hierarchische Strukturen zu verleihen. Allerdings erklärt Wolkenstein (2020, S. 37): „[T]o reconnect the party with society, a model of intra-party democracy must offer its active members and supporters more substantial participatory opportunities than merely selecting candidates.“ Dass dies auch an der Mitgliederbasis wahrgenommen wird, wird diese Arbeit insbesondere im Kapitel 6.4 zeigen.

Politische Akteur:innen sind mit einer Interaktionsbeziehung zwischen ihren eigenen Regeln und Normen, den Erwartungen der Bürger:innen und den Affordanzen digitaler Technologie konfrontiert. Diese Elemente bedingen und verändern einander, sodass nicht von einer unidirektionalen Wirkungskette von Digitalisierung auf die Institutionen gesprochen werden kann. Die digitale Durchdringung der Lebenswelt spannt neue Möglichkeitsräume auf.

3.4 Zwischenfazit II: In der digitalen Demokratie verändert sich das Verständnis von Mitgliedschaft

Im Zuge der digitalen Transformation verändern sich die Partizipationsbedarfe der Bürger:innen. Neue Partizipationsformen entstehen, andere Formen verlagern sich ins Digitale und auch analoge Formen der Partizipation, wie etwa politische Proteste, bekommen durch Online-Mobilisierung und Berichterstattung eine digitale Komponente. Die digitale Transformation macht auch vor den Mitgliederparteien nicht halt. Längst werden digitale Tools zur Mitgliederverwaltung, zur Kommunikation und auch – in Form von Parteiplattformen – zur Partizipation eingesetzt. Bislang ist kaum beleuchtet, inwiefern Mitglieder die zur Verfügung stehenden Tools nutzen und entsprechende Routinen entwickeln, wie die Digitalisierung der Parteiarbeit das Verständnis von Mitgliedschaft verändert und ob weitreichende digitale Parteireformen gefordert und unterstützt werden. Diesen Fragen widmen sich die Einzelbeiträge dieser kumulativen Dissertation.

4 Forschungslücken

Parteimitglieder bleiben auch im digitalen Zeitalter für die Funktionserfüllung von Parteien und ihre Anpassungsfähigkeit an veränderte Umweltbedingungen relevant. Zugleich weist der Forschungsstand mehrere blinde Flecken in Bezug auf das Zusammenwirken von digitaler Transformation, innerparteilichen Machtverhältnissen und dem Selbstverständnis von Parteimitgliedern auf. Daran anschließend bearbeitet die kumulative Dissertation vier sich überschneidende Forschungslücken, die im Folgenden dargelegt werden.

Erstens greift die Arbeit die Parteiwandeltheorien auf, in denen externe Schocks (etwa Wahlniederlagen oder gesellschaftliche Krisen) als zentrale Auslöser organisationalen Wandels identifiziert werden, während die Anpassung an inkrementelle Veränderungen in der Parteiumwelt aufgrund von ausgeprägten Pfadabhängigkeiten nicht oder nur sehr langsam erfolgt. Inwiefern Trends und Schocks in Beziehung stehen, ist bislang kaum Beachtung geschenkt worden. Dabei sind diese nicht grundsätzlich getrennt voneinander zu betrachten, sind es doch oft Schocks, die Dysfunktionalitäten sichtbar machen, aber ihren Ursprung in langlaufenden Entwicklungen haben.

Auch vor dem Hintergrund der Interaktion von Umwelttrend und externem Schock, sind die exzeptionellen Partizipationsbedingungen während der COVID-19-Pandemie die zweite Forschungslücke, der sich diese Arbeit widmet. Die Pandemie hat eine enorme transformative Kraft auf die Prozesse digitaler Adaption entfaltet (Yao, Xu, Škare & Wang, 2024, S. 15), die bereits vorpandemisch Fahrt aufgenommen haben. Diese transformative Kraft macht auch vor den Parteien nicht Halt. Es gibt wenige Studien, die sich mit den Unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie auf die innerparteiliche Organisation auseinandersetzen (Fitzpatrick & Jöst, 2021; Mompó & Barberà, 2025; Soare, Tap, Gherghina & Boldrini, 2025; Vittori & Barberà, 2023). Unter der Annahme, dass während der Pandemie Eckpfeiler für künftige digitale Reformen und Innovationen gesetzt werden (siehe Kapitel 5.1), ist die Untersuchung der Anpassungsfähigkeit an der Parteibasis von besonderer Relevanz.

Drittens sind Untersuchungen des digitalen Partizipationsverhaltens in Parteien zwar nicht neu, konzentrieren sich aber auf die Einführung spezifischer digitaler Partizipationsinstrumente und/oder einzelne Parteien (Gerl et al., 2016; Gerl, Marschall & Wilker, 2018; Hanel & Marschall, 2012; Thuermer, 2019a; Thuermer, Roth, O'Hara & Staab, 2018). Anknüpfend an Studien zur ungleichen politischen Beteiligung außerhalb von Parteien weisen diese Studien vor allem auf die Normalisierung oder gar Verstärkung von Beteiligungsungleichheiten in Parteien hin. Allerdings gibt es zwei Aspekte, die weitere Forschung erforderlich machen: Erstens ist die digitale Transformation eine mit hoher Geschwindigkeit fortlaufende Entwicklung, was eine stetige Aktualisierung der Erkenntnisse zur digitalen Durchdringung der Gesellschaft auf der einen Seite und der

Partei auf der anderen Seite notwendig macht. Zweitens fehlt es an Studien, die digitale Partizipationsinstrumente nicht nur instrumentell, sondern auch als Veränderung des Organisationsgefüges und der Verteilung von Machtressourcen konzeptualisieren und dabei die Mitgliedschaft als innerparteilichen Akteur in den Blick nehmen.

Damit verbunden werden, viertens, Veränderungen der innerparteilichen demokratischen Strukturen im Zuge der digitalen Transformation häufig mit Blick auf die Gesamtpartei untersucht (indem bspw. Statute oder Grundsatzprogramme analysiert werden) oder die Perspektive der Parteieliten beschrieben (Butzlaff, 2024; Meloni & Lupato, 2022; Michels, 2021; Michels & Borucki, 2020; Oross & Tap, 2023; Raniolo et al., 2021; Vittori & Barberà, 2023). Mitglieder sind eine parteistrategische Ressource, aber der Blick der Mitgliedschaft auf sich selbst und insbesondere die Veränderungen der Stellung im Zuge der digitalen Transformation bleibt eine Leerstelle der Parteienforschung. Von Interesse ist nicht nur, wie sich die Mitglieder in den Parteien beteiligen, sondern auch, wie dies mit ihrer Rollenwahrnehmung und ihrem Selbstverständnis zusammenhängt. Dass sich das Verständnis von Mitgliedschaft im digitalen Zeitalter verändert, wurde viel diskutiert (Gauja et al., 2025; Kosiara-Pedersen, van Haute & Scarrow, 2025; Scarrow, 2015; Soare et al., 2025; Vaccari & Valeriani, 2016). Darüber, ob und wie die bestehende Mitgliedschaft dies wahrnimmt und inwiefern sie die Einführung neuer Formen von Mitgliedschaft bzw. Affiliationen unterstützt, gibt es kaum Erkenntnisse.

Die Einzelarbeiten der kumulativen Dissertation bearbeiten jeweils eine der Lücken schwerpunktmäßig, liefern aber ebenfalls übergreifende Erkenntnisse über die Zusammenhänge zwischen den Forschungslücken. So entsteht in der Zusammenschau ein kohärentes Verständnis von Parteimitgliedschaft in der digitalen Demokratie.

5 Empirischer Zugang

5.1 Die COVID-19-Pandemie als externer Schock

Im Frühjahr 2020 bekam die Frage nach digitalen Beteiligungsmöglichkeiten ein unerwartetes Gewicht: Verpflichtende und freiwillige Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie führten dazu, dass Menschen vermehrt digitale Kommunikations- und Beteiligungswege ausprobierten und einübten. So konnten Tampe-Mai und Kropp (2021) feststellen, dass die Pandemie für eine abnehmende Skepsis in der Bevölkerung gegenüber digitaler Technologie und einer höheren Selbsteinschätzung von digitalen Kompetenzen gesorgt hat. Doch inwiefern sind ähnliche Entwicklungen auch bei den Parteimitgliedern zu beobachten? Zumindest zeitweise musste Parteiarbeit größtenteils digitalgestützt stattfinden. Führte dies zu einer wachsenden Offenheit gegenüber der Nutzung von Technologie für die innerparteiliche Beteiligung?

Die besondere Situation in der Pandemie wird in dieser Arbeit als externer Schock verstanden (Harmel & Janda, 1994) der, erstens, alle Parteien zu selben Zeit und in ähnlicher Weise trifft, anders als es etwa bei Wahlstimmenverlusten der Fall ist. In weiten Teilen der Parteiarbeit kann in diesem Zusammenhang von einer durch äußere Umstände erzwungenen Digitalisierung (*enforced digitalisation*, Ziegler et al.; 2024) gesprochen werden. Dieser Ausnahmezustand wird, zweitens, als zeitlich begrenztes Experiment interpretiert, das einen Ausblick auf mögliche (auch nicht-intendierte) Folgen von disruptiven digitalen Innovationen (Appleton & Ward, 1997) in der Mitgliederintegration aufzeigt. Gleichzeitig ist aber, drittens, davon auszugehen, dass die Pandemie als Katalysator für bereits begonnene Entwicklungen wirkt und auch mit Wegfall der Beschränkungen nicht der vorpandemische Zustand vollständig wiederhergestellt wird.

Für die Parteienforschung ist der letzte Punkt von zentraler Bedeutung. Es ist – wie in Kapitel 6.1 weiter ausgeführt wird – wahrscheinlich, dass sich die Gemengelage in Bezug auf die Digitalisierung der Mitgliederpartizipation in der Pandemie verändert hat. Denn alle Beteiligten waren in gewisser Weise gezwungen, die etablierten Routinen aufzugeben und Neues auszuprobieren. Ohne die Pandemie wäre ein solcher abrupter Wandel nicht möglich gewesen. Inwiefern sich bestimmte Aspekte der ad-hoc-Digitalisierung halten (ähnlich wie die sich deutlich ausgeweitete hybride Arbeitskultur; Hofmann, Piele & Piele, 2023), obwohl alle Maßnahmen wieder rückgängig gemacht werden könnten, wird im Rahmen dieser Dissertation nicht beantwortet. Allerdings sind die Erfahrungen und Routinen der Mitglieder während der Pandemie aufschlussreich für die Interessen und Konflikte an der Parteibasis. In der unmittelbaren Erfahrung der Arbeit unter exzeptionellen Bedingungen können die Mitglieder sehr klar zwischen ihren eigenen Wünschen, der Erfahrung mit der Praktikabilität bestimmter Modi der Zusammenarbeit und der Sinnhaftigkeit einer umfassenden Parteiendigitalisierung unterscheiden. Auf diesen Erfahrungen und Einstellungen der Mitglieder basiert die vorliegende Dissertation.

5.2 Befragungsstudie „Party Members in the Digital Age“ (DigiPM)

5.2.1 Überblick

Um ein umfassendes Bild der Parteiarbeit an der Basis zu erhalten, auch unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie, wurde im Rahmen des DIPART-Projekts[15] an der Universität Duisburg-Essen von Ende Oktober 2020 bis November 2021 eine Längsschnittbefragung unter Parteimitgliedern durchgeführt. Damit reiht sich die Befragungsstudie „Party Members in the Digital Age“ (DigiPM) in die Tradition der umfragebasierten Parteienforschung (Dommett, 2021) ein. Teilgenommen haben Mitglieder der Parteien CDU, SPD, B‘90/Die Grünen und Die Linke.[16] Neben allgemeinen Fragen zum innerparteilichen Engagement, der Wahrnehmung der eigenen Rolle als Mitglied und Einstellungen zu Organisationsparadigmen wurde auch auf aktuelle Ereignisse während des Erhebungszeitraumes eingegangen: digitale Parteitage (PT), Landtagswahlen in fünf Bundesländern, sowie die Bundestagswahl im September 2021. Insgesamt wurden die Mitglieder viermal befragt. Die Erhebungszeiträume sowie die besonderen thematischen Ausrichtungen der einzelnen Wellen sind der Abbildung 1 zu entnehmen.

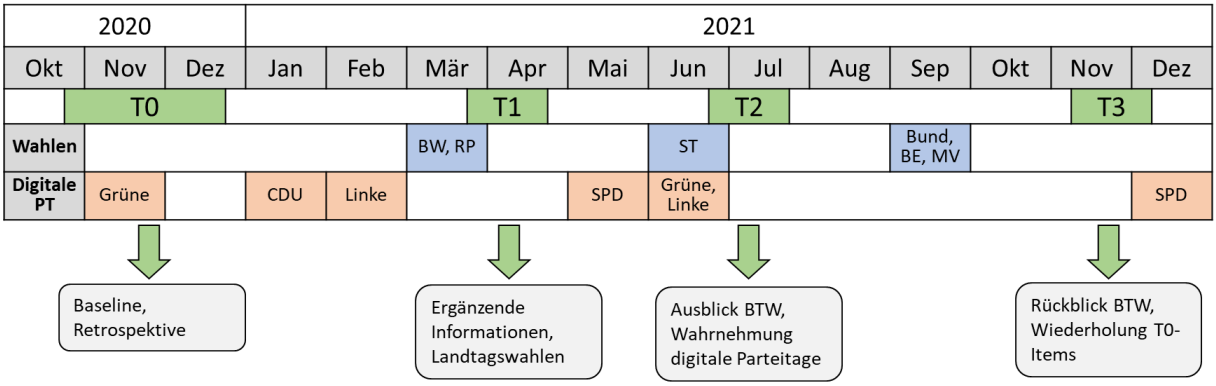

Abbildung 1: Erhebungszeiträume und thematische Ausrichtung der Panel-Befragung

Damit liegt für Deutschland erstmals eine vergleichend angelegte Befragungsstudie von Parteimitgliedern vor, die die digitale Transformation explizit und umfassend berücksichtigt. Konzeptionell knüpft die Befragung an bestehende Forschungsvorhaben an. Eine zentrale Referenz bilden die *Deutschen Parteimitgliederstudien* (1998, 2009 und 2017), die einen Zeitraum von fast 20 Jahren abdecken und alle bis zur Bundestagswahl 2017 im Bundestag vertretenen Parteien[17] umfassen (Klein et al., 2019). Da digitales Mitgliederengagement in den Parteimitgliederstudien nur rudimentär berücksichtigt wird, wurden aus dieser Befragung Items zum Rollenselbstverständnis der Mitglieder übernommen und weiterentwickelt. Ergänzend baut die DigiPM auf den Arbeiten von Gefion Thuermer auf, die Fragebögen zur digitalen Partizipation von Mitgliedern der Grünen

[15] Das Befragungsprojekt wurde gemeinsam mit Isabelle Borucki und Dennis Michels geplant und durchgeführt.
[16] Angefragt wurden alle zu diesem Zeitpunkt im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. CSU, FDP und AfD haben sich nicht zur Teilnahme an der DigiPM-Befragung bereiterklärt.
[17] Da die AfD erst 2017 in den Bundestag einzog, ist sie nicht Teil der Deutschen Parteimitgliederstudien.

entwickelt hat (Thuermer, 2019a, 2019b; Thuermer et al., 2018), die nun für andere Parteien adaptiert wurden. Darüber hinaus flossen theoretische und empirische Anknüpfungspunkte aus den Untersuchungen zu digitalen Parteireformen von Dennis Michels und Isabelle Borucki (Michels, 2021; Michels & Borucki, 2020) ein, deren identifizierte Begründungsmuster im Rahmen der DigiPM überprüft werden.

Einzigartig ist zudem, dass die Befragung während der fortlaufenden Pandemie durchgeführt wurde. Um den direkten Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen auf das Mitgliederengagement Rechnung zu tragen, enthält die Befragung eine Reihe eigens entwickelter Items. Somit liegen nun Daten vor, die vor dem Hintergrund tatsächlicher momentaner Erfahrungen erhoben wurden und sich damit den Verzerrungseffekten einer retrospektiven Befragung entzieht. Die Panelstruktur erlaubt es, intraindividuelle Veränderungen in einer Zeit der beschleunigten Entwicklung nachzuvollziehen.

5.2.2 Datenerhebung

Die Befragung war als Vollerhebung der Parteimitglieder der deutschen Bundestagsparteien konzipiert. Dafür wurde ein Online-Fragebogen entwickelt und über SoSci Survey[18] bereitgestellt. Von allen angefragten Parteien haben die vier oben genannten (CDU, SPD, B‘90/Die Grünen und Die Linke) ihre Bereitschaft zur Teilnahme erklärt. Infolgedessen wurde die Einladung zur Teilnahme an der Befragung im Namen der Bundesgeschäftsführer:innen (bzw. des politischen Geschäftsführers der Grünen) per E-Mail an alle Mitglieder versandt, die der Partei eine E-Mail-Adresse zur Verfügung gestellt haben. Hierbei zeigte sich bereits die erste Herausforderung bei dieser Form der Befragung: CDU und SPD hatten zum Befragungszeitpunkt nur von etwa der Hälfte ihrer Mitglieder eine E-Mail-Adresse, bei der Linken waren es zwei Drittel (siehe Tabelle 2). Lediglich die Grünen hatten zum Zeitpunkt der Ersterhebung die Möglichkeit, mit über 90 Prozent fast ihre gesamte Mitgliedschaft per E-Mail zu erreichen. Insgesamt unterliegt die Befragung also einem beträchtlichen *sampling error* (Biffignandi & Bethlehem, 2021).

Hinzu kommt, dass Online-Befragungen an sich voraussetzungsvoll sind, insbesondere für Menschen, für die die Nutzung des Internets nicht alltäglich ist. Um hier Abhilfe zu schaffen, gab es für die Mitglieder die Möglichkeit, telefonisch oder per E-Mail einen Papierfragebogen zu bestellen. Dieser wurde mit einem frankierten Rückumschlag an die Mitglieder versandt. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Befragungsmodus einen *nonresponse error* (Biffignandi & Bethlehem, 2021) in Form einer systematischen Verzerrung hin zu digital affineren Mitgliedern bewirkt hat.

[18] SoSci Survey hat sich nicht nur in der technischen Ausgestaltung als herausragendes Tool für die Durchführung komplexer Umfragen erwiesen, sondern hat auch durch die Unterstützung des Teams hinter dem Befragungsanbieter einen entscheidenden Vorteil gegenüber anderer Befragungssoftware geliefert. Ich danke hier insbesondere Dominik Leiner für seinen Support.

Die beschriebenen Einschränkungen sind bei der Interpretation der Befragungsergebnisse unbedingt zu beachten. Dennoch ist das Sample der digital erreichbaren Mitglieder insbesondere vor dem Hintergrund der Pandemie interessant und verspricht wichtige Erkenntnisse über diejenigen, die sich zumindest im Ansatz bereiterklären, mit ihrer Partei über digitale Wege zu interagieren. Auch forschungspraktisch hat das beschriebene Vorgehen seine Vorteile: Die Parteizentralen waren auch deshalb zur Teilnahme bereit, weil diese mit nur sehr geringem Aufwand verbunden war und sie keine Daten über ihre Parteimitglieder herausgeben mussten. Zudem konnte die hohe Fallzahl nur über eine Online-Befragung administriert werden.

Tabelle 2: DigiPM - Rekrutierung, Rücklauf und Panelmortalität

			Rücklauf			
	Mitglieder gesamt (Niedermayer 2021)	angeschriebene Mitglieder (T0)	**T0** (Herbst 2020)	**T1** (Frühjahr 2021)	**T2** (Sommer 2021)	**T3** (Herbst 2021)
Befragungszeitraum			23/10/20 - 23/12/20[a]	23/03/21 - 30/04/21	24/06/21 - 31/07/21	10/11/21 -10/12/21
Antworten[b]			**38.229**	**12.610**	**10.144**	**10.097**
davon Antworten, die einer der untersuchten Parteien zugeordnet werden konnte:			36.820	10.529	8.789	7.200
CDU	399.110	~ 200.000	5.705	1.804	1.434	1.238
SPD	404.305	~ 213.000	20.692	5.540	4.616	3.625
B'90/Die Grünen	107.307	98.300	6.885	2.190	1.903	1.674
Die Linke	60.350	40.338	3.538	995	836	663
Einwilligungen in die Wiederholungsbefragung:			20.213			

[a] Längerer Befragungszeitraum aufgrund der sukzessiven Rekrutierung durch die Parteizentralen.
[b] Gezählt wurden Befragte, die den ersten Frageblock beantwortet haben.

5.2.3 Wiederholungsbefragungen

Während die Rekrutierung der befragten Mitglieder zunächst über die Parteizentralen erfolgte, wurden die Wiederholungsbefragungen durch das DIPART-Projektteam durchgeführt. Am Ende der ersten Befragung (T0) konnten die Befragten in die erneute Befragung einwilligen und zu diesem Zweck ihre E-Mail-Adresse (oder Postadresse im Falle der Papier-Befragung) hinterlassen. Die Adressen wurden getrennt von den Datensätzen erhoben und gespeichert, sodass eine Zuordnung zu keinem Zeitpunkt möglich war. Die Rekrutierung für die Wiederholungsbefragungen erfolgte also über die bereitgestellten E-Mail-Adressen, was – im Gegensatz zur ersten Rekrutierung durch die Parteizentralen – Erinnerungsschreiben ermöglichte. Details zur Rekrutierung der Befragten, der Rücklaufquoten und der Panelmortalität über die vier Befragungswellen sind der Tabelle 2 zu entnehmen. Die individuelle Nachverfolgbarkeit wurde über die Generierung eines individuellen Codes aus persönlichen Daten der Befragten hergestellt.

6 Mitgliederperspektiven auf Parteien im digitalen Wandel

Die kumulative Dissertation besteht aus vier Publikationen (siehe Tabelle 1), von denen drei auf den oben beschriebenen Befragungsdaten basieren. Sie stehen jeweils für sich, widmen sich den in Kapitel 4 beschriebenen Forschungslücken von unterschiedlichen Seiten und tragen so zu einem übergreifenden Verständnis von Parteimitgliedschaft in der digitalen Demokratie bei. Allen Beiträgen ist gemein, dass sie einen mehr oder weniger engen Bezug zu den Entwicklungen im Zuge der Corona-Pandemie aufweisen. Die Beiträge werden zunächst in Kürze umrissen, um im folgenden Schritt die Zusammenhänge und die Lehren für die Zukunft der Mitgliederparteien auch über die pandemische Situation hinaus darzulegen.

6.1 Konzeptionelle Grundlage: Warum die Pandemie (immer noch) wichtig ist (Publikation 1)

Ziegler, S. (2026a). Where is this going? The COVID-19 pandemic as a critical juncture for party digital democratic innovation. *Preprint.*

Die Frage nach Stabilität und Wandel von Parteiorganisationen ist eine zentrale Frage der Parteienforschung. Bereits in Kapitel 2.3 wurde dargelegt, dass Parteimitglieder vor allem als Reform*objekte* verstanden werden, obwohl sie durch ihre Funktionen und Mitbestimmungsrechte ein innerparteilicher Machtfaktor sind. Dieses Argument wird in der hier beschriebenen *Publikation 1*, die sich mit der COVID-Pandemie als *critical juncture* (Capoccia, 2016) für den Parteiwandel auf der Ebene der Mitglieder befasst, ausführlich erläutert.

In der Tradition des historischen Institutionalismus basiert der Aufsatz auf der Beobachtung, dass Institutionen dazu tendieren, eingeschlagene Entwicklungspfade beizubehalten, selbst wenn alternative Optionen im Rückblick effizienter erscheinen. Individuen und Organisationen lernen durch Handeln, bilden Routinen aus und behalten diese bei. So wirkt eine Entscheidung zu einem Zeitpunkt selbstverstärkend, weil sich die Kosten für einen Wechsel zu einer anderen Alternative mit der Zeit schrittweise erhöhen (Pierson, 2000). Diese *Pfadabhängigkeiten* sind in Parteien besonders wirkmächtig, weil, anders als in wettbewerbsintensiven Märkten, in Parteien nur begrenzt Effizienzkriterien als Selektionsmechanismen greifen. Allerdings öffnet sich durch den Bruch der etablierten Routinen während der Eindämmungsmaßnahmen der COVID-19-Pandemie – so argumentiert der Beitrag – ein Möglichkeitsfenster für organisationale Innovation (Appleton & Ward, 1997).

Auch wenn Parteimitglieder durch ihre gering ausgeprägte Strategiefähigkeit nicht als treibende Kraft hinter organisationalen Veränderungen gelten können, nehmen sie innerhalb der Partei eine zentrale Rolle ein. Insofern ist eine Auseinandersetzung mit der parteiinternen Verarbeitung des externen Schocks an der Basis bedeutsam, auch weil die Parteien als Reaktion auf den langfristigen Mitgliederrückgang verstärkt auf Mitgliederintegration durch neue Formen der Mitbestimmung setzen (Scarrow, 2019). Wegen der umfassenden Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, die insbesondere von Abstandsgeboten geprägt war, wurden digitale Kommunikations- und Kollaborationstools in großem Umfang genutzt. Gerade weil die digitale Transformation zu Beginn der Pandemie bereits in vollem Gange war, war es überhaupt möglich, flächendeckend auf digitale Tools umzusteigen – sei es im Kontext von Arbeit, Freizeit oder Partizipation. Die forcierte Digitalisierung der Mitgliederpartizipation im Zuge der Pandemie (Ziegler et al., 2024) steht mit der allumfassenden digitalen Transformation als Umwelttrend (Kapitel 3) in Interaktion: Fragen zeitgemäßer und in diesem Sinne digitaler Partizipation waren schon vor der Pandemie virulent (für deutsche Parteien siehe etwa Bieber, 2001, 2014; Borucki, 2019; Koschmieder, 2016; Marschall, 2001; Michels, 2021). Somit traf die durch die Pandemie forcierte Digitalisierung auf fruchtbaren Boden.

> *„The pandemic holds the potential to be a critical juncture for the digitalization of party member integration because it fell into a time when digital transformation was already pervasive. Additionally, a huge technological repertoire was and is available that could mitigate shortcomings of early experiments with digital innovations in political parties."*
>
> (Ziegler, 2026a, S. 10)

Der Beitrag führt für die Interaktion zwischen einem langfristigen Umwelttrend und einem kurzfristigen externen Schock den Begriff der *konstruktiven Interferenz* ein. In der Physik beschreibt dieser Begriff die Überlagerung von zwei Wellen, was zu einer gegenseitigen Verstärkung und daraus resultierend einer höheren Amplitude führt. Im Sinne einer *konstruktiven Interferenz* verstärken sich externer Schock (forcierte Digitalisierung während der Eindämmungsmaßnahmen) und Umwelttrend (digitale Transformation) gegenseitig. In der Folge entsteht – so das Kernargument des Beitrags – ein erhöhter Druck, bestehende formelle und informelle Routinen zu hinterfragen und anzupassen. Dies kann letztlich zu nachhaltigen Veränderungen in der Funktionsweise von Parteien führen (siehe Abbildung 2).

Damit leistet das Sammelbandkapitel zwei wichtige Beiträge: Erstens beschreibt es das Zusammenspiel von langfristigen Umwelttrends und externen Schocks, die in der Kombination eine besondere transformative Kraft entfaltet und ermöglicht damit die Weiterentwicklung der Parteiwandeltheorien. Zweitens leitet sich aus diesem theoretisch-konzeptionellen Artikel eine Agenda für die Forschung zu digitalen Innovationen in Parteien ab. Damit stellt dieser Beitrag auch eine

Hintergrundfolie für die empirischen Beiträge dieser kumulativen Dissertation dar, indem er umfassend begründet, dass die Erfahrungen der Pandemie für die digitale Transformation von Parteien eine hohe Bedeutung haben, selbst wenn Vieles, was ad-hoc eingeführt wurde, inzwischen wieder rückgängig gemacht wurde, etwa im Falle digitaler Parteitage.[19] Daher lohnt sich der Blick auf die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie auf die Mitgliederpartizipation, dem sich der nächste Abschnitt widmet.

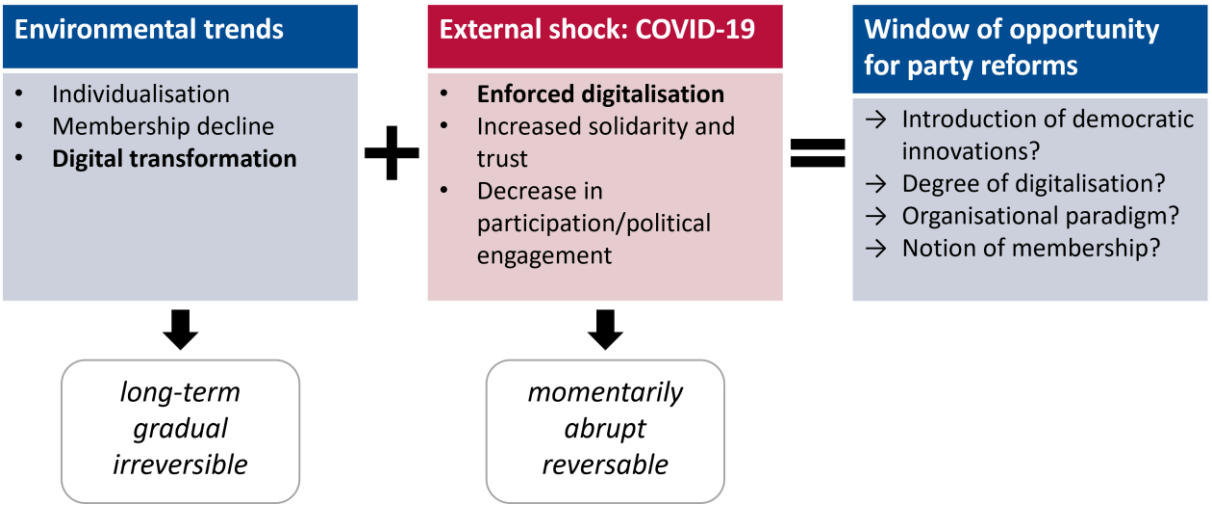

Abbildung 2: Konstruktive Interferenz zwischen langfristigen Umwelttrends und der Pandemie als externer Schock (aus Ziegler, 2026a, S. 10).

[19] Dass es im Falle der digitalen Parteitage eine Rückbesinnung auf analoge Formate gab, zeigen Mompó und Barberà (2025). Inwiefern digitale Kommunikations- und Partizipationstools als Konsequenz der digitalen Erfahrungen in der Pandemie dennoch Einzug in den Alltag der Parteimitglieder gefunden haben, ist bislang nicht systematisch untersucht worden.

6.2 Die digitale Transformation von Parteimitgliedschaft während der Pandemie (Publikation 2)

Ziegler, S., Borucki, I., & Weissenbach, K. (2024). The digital transformation of party membership. How party members perceive online participation and adapt to it under pandemic circumstances. *Party Politics*, 31(2), 251–264. https://doi.org/10.1177/13540688241306726.

In *Publikation 1* wird erklärt, dass die Erfahrungen der Pandemie ein Möglichkeitsfenster für digitale Innovationen in Parteien eröffnen. Die DigiPM-Befragung (Kapitel 5.2) liefert unmittelbare Einblicke in die Anpassung der Parteiarbeit an der Basis. Darauf basierend untersucht *Publikation 2*, wie sich Parteimitglieder unter den Bedingungen der Pandemie beteiligt haben. Analysiert wird, inwiefern die Pandemie tatsächlich eine umfassende Digitalisierung von innerparteilicher Kommunikation und Partizipation erzwungen hat. Es handelt sich also um eine Auseinandersetzung mit der Mitgliederpartizipation unter exzeptionellen Bedingungen. Obwohl es sich nicht um intentionale und auf Dauer angelegte Reformen handelte, sondern um reversible Maßnahmen, ist diese Analyse – anschließend an die Argumentation in *Publikation 1* – relevant: Sie gibt einerseits Aufschluss über den unterschiedlichen Stand der herausgebildeten digitalen Routinen und andererseits über die Schwierigkeiten spezifischer Mitgliedergruppen und ihrer individuellen Anpassungsfähigkeit bzw. -bereitschaft.

Theoretisch schließt der Aufsatz an die Parteieninstitutionalisierungsliteratur an, indem er die Bedeutung von routinisiertem Verhalten für die organisationale Stabilität von Parteien aufgreift (Harmel & Svåsand, 2019; Janda, 1980). Die Partizipationsroutinen der Parteimitglieder sind ein zentraler Aspekt der Konzeption von Mitgliedschaft und deren unterschiedlicher Ausgestaltung in den Parteien (Gauja et al., 2025). Zudem greift er Theorien der digitalen Spaltung und partizipativen Ungleichheiten in- und außerhalb von Parteien (van Dijk, 2006; Gerl et al., 2016; Schlozman, Brady & Verba, 2018; Schradie, 2018; Thuermer, 2019b) auf.

Empirisch basiert Beitrag 2 auf den ersten beiden Befragungswellen der DigiPM-Befragung. So können zunächst die unmittelbaren Veränderungen der Parteiarbeit unter pandemischen Bedingungen eruiert werden, um dann eine Einordnung der Parteimitglieder selbst in die Analyse aufzunehmen.

Die Ergebnisse zeigen, dass mehr als 80 % der Mitglieder aller Parteien einen starken Rückgang von persönlichen Treffen berichtet, was die Erwartung bestätigt, dass Parteiarbeit vorpandemisch von der persönlichen Begegnung der Mitglieder lebte. Infolgedessen ist es kaum überraschend, dass sich die Kommunikation primär auf Video- bzw. Telefonkonferenzen verlagert hat, also den Formen der Interaktion, die den klassischen Mitgliedertreffen am nächsten waren. Zudem berichten die Mitglieder von einer verstärkten Nutzung von E-Mail- und Messenger-Diensten. Beide können als niedrigschwellige Tools angesehen werden, da der Zugang in der Regel

schon unabhängig von der Parteitätigkeit besteht. Parteiinterne Plattformen erleben hingegen deutlich weniger Zulauf. Eine Ausnahme stellen die Mitglieder der Grünen dar. Hier berichtet fast die Hälfte der Mitglieder von einer verstärkten Nutzung der internen Plattformen. Deutlich wird: Die Parteien bzw. die Parteimitglieder verfügten bereits über die technische Infrastruktur und Software-Lösungen oder konnten sie zügig bereitstellen. Trotzdem war eine Anpassung der parteiinternen Routinen der Kommunikation und Zusammenarbeit notwendig, um Mitgliederengagement weiterhin zu ermöglichen (Ziegler et al., 2024, S. 256–257).

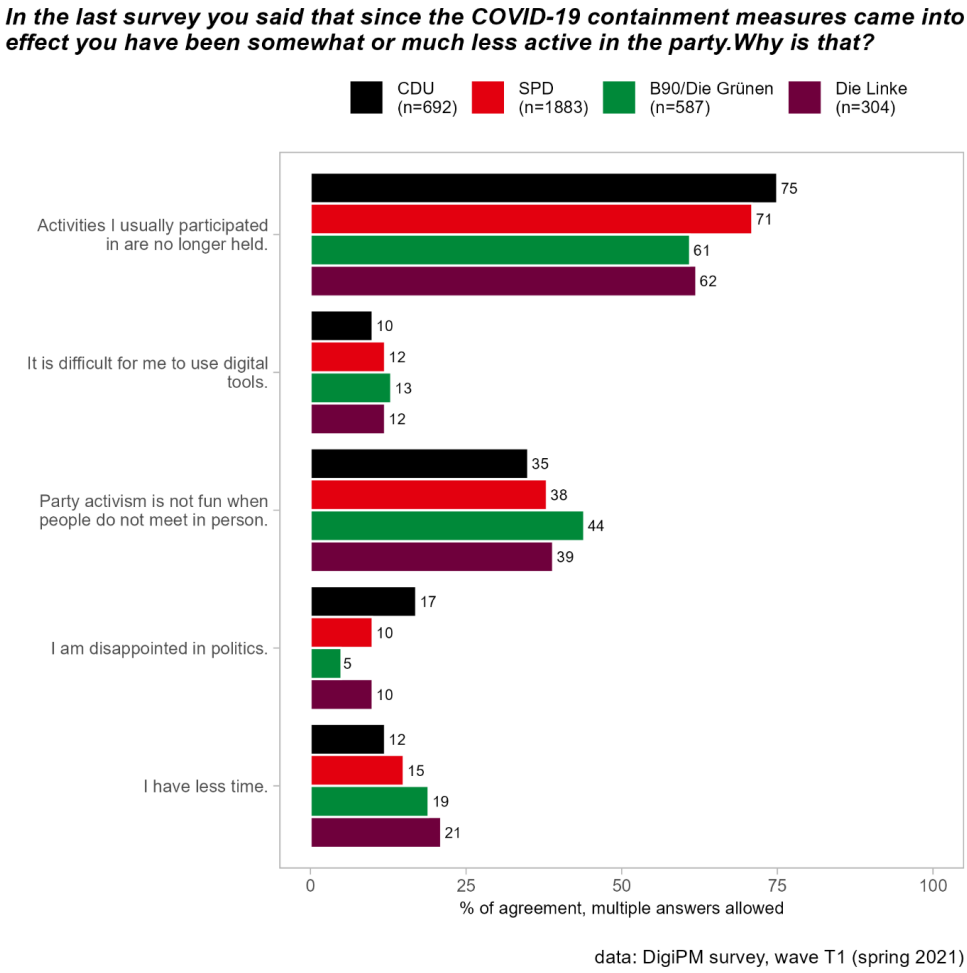

Abbildung 3: Gründe für den Rückzug aus der Parteiarbeit (aus Ziegler et al., 2024, S. 258)

Die pandemischen Bedingungen haben die Mitgliederaktivität negativ beeinflusst. Die Sonderstellung der Grünen-Mitglieder schreibt sich fort. Denn während bei Mitgliedern von CDU, SPD und Die Linke ungefähr die Hälfte angab, dass sie sich seit dem Inkrafttreten der Maßnahmen weniger beteiligten, waren dies bei den Grünen nur etwa ein Drittel (Ziegler et al., 2024, S. 257, Figure 2).

Die Gründe für den Rückzug geben Aufschluss über die Selbstwahrnehmung der Mitglieder (siehe Abbildung 3). Der Rückgang der Aktivität wird von den Mitgliedern aller untersuchten Parteien insbesondere auf einen Mangel an Angeboten seitens der eigenen Partei zurückgeführt. Doch ein

weiterer, zentraler Aspekt wird in den Begründungen offenbar: Parteimitglieder verstehen sich als politisches Kollektiv und Gesinnungsgemeinschaft. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das diesem Verständnis zugrunde liegt, kann sich im Digitalen offenbar nur schwer entfalten. So berichten die Mitglieder weniger von Problemen in der Nutzung digitaler Tools (was in alternden Mitgliedschaften erwartbar wäre), sondern stimmen eher der Aussage zu, dass Parteiarbeit keinen Spaß mehr mache, wenn man sich nicht mehr persönlich träfe.

Publikation 2 beleuchtet außerdem, wie sich der Rückzug aus der Parteiarbeit während der Pandemie auf der individuellen Ebene unterscheidet. Untersucht wurde, was stabile Aktivität unter den exzeptionellen Bedingungen der Pandemie erklärt (siehe Tabelle 3). Nur einige Ergebnisse sollen an dieser Stelle hervorgehoben werden. Entgegen der Erwartung, dass Amts- und Mandatsträger:innen am ehesten stabile Aktivität aufweisen, um ihrer Rolle gerecht zu werden, zeigt sich in den Analysen, dass diese eine höhere Rückzugswahrscheinlichkeit aufweisen als einfache Mitglieder. Eine mutmaßliche Erklärung ist, dass die Parteiarbeit tatsächlich zum Erliegen kam und sich nicht direkt ins Digitale verlagerte. Die neuen Routinen der innerparteilichen Zusammenarbeit mussten erst noch gefunden und eingeübt werden. Neben der Rolle und Einbettung in die Parteiorganisation sind auch individuelle Ressourcen (im Sinne des Civic Voluntarism Models; Brady, Verba & Schlozman, 1995) ein relevanter Erklärungsfaktor von stabiler Aktivität.

Digitale Tools haben unter den exzeptionellen Bedingungen der Pandemie Partizipation ermöglicht. Zugleich hat sich gezeigt, dass dies einen Bruch der innerparteilichen Routinen darstellte, in denen persönliche Begegnungen zwischen Mitgliedern vorher essenziell waren. Unter der Annahme, dass Routinen die Organisation stabilisieren, zeigen sich hier deutliche Anzeichen für Instabilität an der Mitgliederbasis. Selbst wenn digitaler Technologie das Potenzial innewohnt, die Partizipationsschwellen zu senken, so erhöht das Fehlen von Routinen im Umgang mit den Technologien die Partizipationskosten. Mitgliederengagement lässt sich nicht ohne Weiteres ins Digitale übersetzen, sondern muss eigene Formen herausbilden. Wird die Digitalisierung nun – wie unfreiwillig in der Pandemie geschehen – erzwungen, ohne dass diese in Einklang mit den Partizipationsroutinen gebracht werden, kann dies auf lange Sicht das Funktionieren der Mitgliederpartei gefährden: „Established routines are essential for keeping membership organisations alive, and a mismatch between these routines and new ways of communication may threaten the functioning of parties in the long term“ (Ziegler et al., 2024, S. 261).

Tabelle 3: Logistische Regressionsmodelle zur Erklärung stabiler Partizipation während der Pandemie (aus Ziegler et al., 2024, S. 259)

	DV: individual adaptability							
	Model 1		**Model 2**		**Model 3**		**Control**	
Predictors	*Odds Ratios*	*p*	*Odds Ratios*	*p*	*Odds Ratios*	*p*	*Odds Ratios*	*p*
(intercept)	1.03	0.267	1.46	**<0.001**	0.35	**<0.001**	0.63	**0.001**
CDU (reference)								
SPD	1.01	0.742	1.00	0.942	0.97	0.492	0.99	0.821
B‘90/Die Grünen	1.85	**<0.001**	1.84	**<0.001**	1.59	**<0.001**	1.55	**<0.001**
Die Linke	1.25	**<0.001**	1.23	**<0.001**	1.21	**<0.001**	1.22	**0.001**
New member (3 years)			0.86	**<0.001**	0.86	**<0.001**	0.77	**<0.001**
Office/mandate			0.66	**<0.001**	0.63	**<0.001**	0.64	**<0.001**
Satisfaction with IPD					1.20	**<0.001**	1.23	**<0.001**
External efficacy					1.05	**0.003**	1.03	0.104
Internal efficacy					1.18	**<0.001**	1.09	**<0.001**
Constant internet use							1.23	**<0.001**
Age							0.99	**<0.001**
Gender (female)							0.86	**<0.001**
Education (university)							1.21	**<0.001**
Observations	27,183		24,615		24,081		21,249	
McFadden	0.010		0.109		0.136		0.243	

6.3 Digitaler Mitgliederwahlkampf (Publikation 3)

Ziegler, S. (2024). Watching the digital grassroots grow: assessing party members' social media campaigning during the 2021 German Bundestag election. Policy Studies, 45(5), 818–838. https://doi.org/10.1080/01442872.2023.2229248.

Während sich *Publikation 2* mit der Mitgliederpartizipation unter den Bedingungen erzwungener Digitalisierung auseinandersetzt, wendet sich *Publikation 3* einer Kernaufgabe der Parteimitglieder zu: dem Mitgliederwahlkampf. Untersucht wird die Beteiligung der Mitglieder am Wahlkampf im Vorfeld der Bundestagswahl 2021. Die COVID-19-Pandemie war zu diesem Zeitpunkt noch nicht überwunden, doch waren die formalen Restriktionen zu diesem Zeitpunkt größtenteils außer Kraft gesetzt. Somit fand der Wahlkampf unter dem Eindruck der Pandemie statt, entsprach in seiner Logik jedoch eher den „Normalzeiten". Insofern tragen die Analysen dieser Publikation dazu bei, zu verstehen, wie sich die Kernaufgaben der Mitglieder im Zuge der digitalen Transformation (und nicht ausschließlich in Reaktion auf den externen Schock der Pandemie) anpassen.

Dass Parteimitglieder bis heute eine wichtige Ressource für Wahlkämpfe sind, wurde bereits in Kapitel 2.2 skizziert. Sie stehen als Arbeitskräfte zur Verfügung, für die keine weiteren Ressourcen aufgewendet werden müssen. Zudem aktivieren Mitglieder mitunter ihre privaten Netzwerke und sind so wichtige Kommunikationsknoten zwischen der Parteiorganisation und dem vorpolitischen Raum. Der hier beschriebene Aufsatz postuliert, dass diese Idee in Zeiten des Wahlkampfes über Soziale Medien Aufwind erhält. Im Sinne des *Two-step flow models* (Katz, 1957) können Mitglieder in ihren – im Digitalen teilweise sehr großen – privaten Netzwerken als Meinungsführer:innen fungieren und somit den Inhalten der Parteien durch eine eigene Validierung höhere Aufmerksamkeit und Glaubwürdigkeit verleihen. Damit können auch die Wähler:innengruppen erreicht werden, die sonst der jeweiligen Partei eher kritisch gegenüberstehen. Social-Media-Campaigning kann von einer Dezentralisierung profitieren, die zwar einerseits die Kontrolle der Parteien über die Kampagneninhalte einschränkt, dafür aber andererseits die Herstellung von Vertrauen durch die Mitglieder verstärkt, indem sie die Inhalte selbst erstellen und nicht nur vorgefertigte Inhalte weiterleiten.

Vor dem Hintergrund der Potenziale eines gelungenen digitalen Mitgliederwahlkampfes, der die *Network Media Logic* (Klinger & Svensson, 2015) berücksichtigt, untersucht *Publikation 3*, inwiefern die Mitgliedschaft der untersuchten Parteien grundsätzlich bereit ist, sich am Social-Media-Wahlkampf zu beteiligen oder dies im Bundestagswahlkampf 2021 bereits getan hat.

Die Befragungsdaten zeigen, dass Wahlkampf in den Sozialen Medien in allen untersuchten Parteien bereits fest in das Wahlkampfrepertoire der Parteibasis gehört (Ziegler, 2024, S. 828, Figure 3). Ungefähr die Hälfte derjenigen, die sich im Wahlkampf engagiert haben, haben dies (auch) in

den Sozialen Medien getan (Ziegler, 2024, S. 827, Figure 1). Hinzu kommt, dass selbst diejenigen, die sich nicht online beteiligt haben, zu einem großen Teil grundsätzlich dazu bereit wären, dies zu tun (siehe Abbildung 4), was in Zeiten zunehmender digitaler Gewalt (Di Meco, 2023; Erikson, Håkansson & Josefsson, 2021; Haim & Hoven, 2022) durchaus bemerkenswert ist. Mit einer gelungenen Ansprache und der Unterstützung durch die Partei besteht also großes Potenzial, noch mehr Mitglieder für den Online-Wahlkampf zu gewinnen.

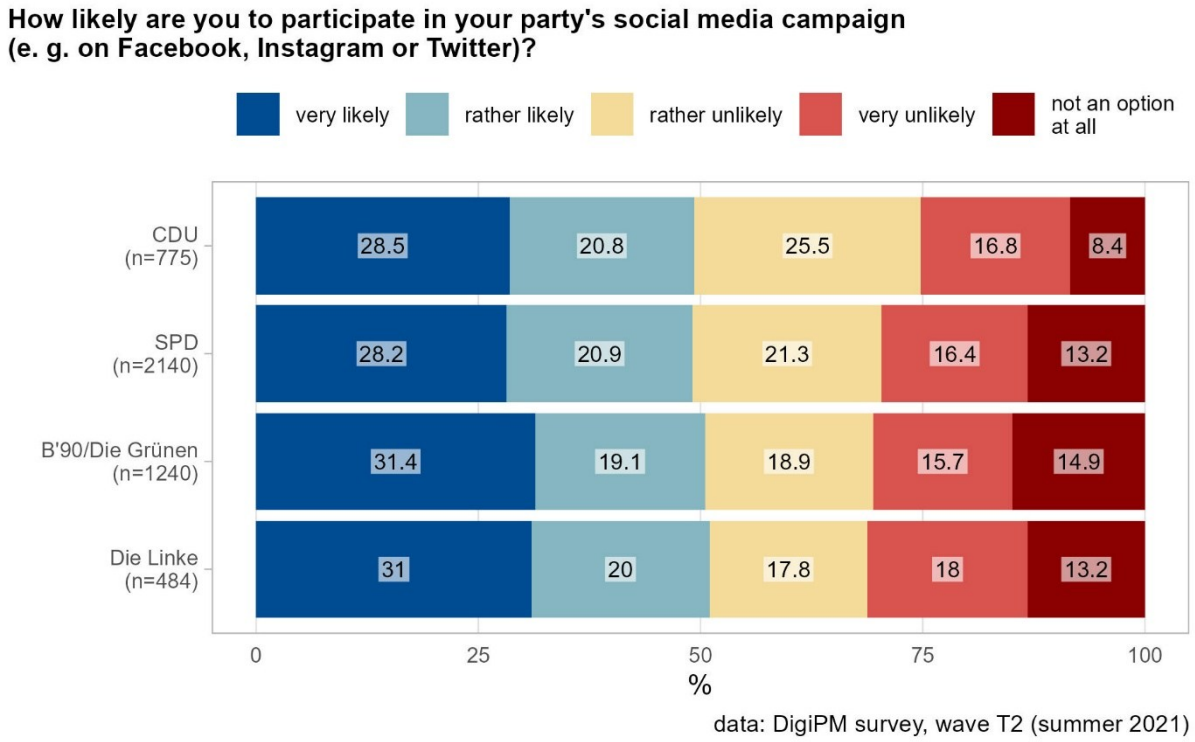

Abbildung 4: Berichtete Wahrscheinlichkeit, dass sich Wahlkämpfer:innen am Social-Media-Wahlkampf beteiligen (aus Ziegler, 2024, S. 828).

Mittels logistischer Regressionsmodelle (siehe Tabelle 4) wird des Weiteren untersucht, wie sich das Profil der Online-Wahlkämpfer:innen von denjenigen unterscheidet, die sich ausschließlich offline engagieren. Die Ergebnisse bestätigen teilweise die Befunde zum Online-Engagement anderer Studien (Pfanzelt & Spies, 2019; Thuermer, 2019b): Jüngere Mitglieder und solche ohne Hochschulabschluss beteiligen sich mit höherer Wahrscheinlichkeit digital als Ältere und Hochschulabsolvent:innen. Angenommen wurde auch, dass der Online-Wahlkampf eher männlich dominiert sei, allerdings zeigen die Ergebnisse in *Publikation 3,* dass weibliche Wahlkämpfer:innen eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, sich am Online-Wahlkampf zu beteiligen. Folglich können Formen digitaler Beteiligung Ungleichheiten entgegenwirken, denn sowohl Parteibeitritt und Parteiaktivismus weisen eine hohe Selektivität hin zu statushöheren und männlichen Personen auf (Spier, 2011; Springer et al., 2021), die sich im Online-Wahlkampf aber nicht fortschreibt.

Tabelle 4: Logistische Regressionsmodelle zur Erklärung der Beteiligung am Mitgliederwahlkampf (aus Ziegler, 2024, S. 830)

		Logistic regression models DV: Campaigner participating via social media		
		Model 1 Odds Ratio (Std. Error)	**Model 2** Odds Ratio (Std. Error)	**Model 3** Odds Ratio (Std. Error)
H1a	age	0.958***	0.960***	0.959***
		(0.002)	(0.002)	(0.002)
	gender: male	0.763***	0.794***	0.775***
		(0.059)	(0.066)	(0.065)
	education: university degree	0.806***	0.829**	0.871*
		(0.057)	(0.063)	(0.067)
H1b	internal efficacy	1.455***	1.288***	1.293***
		(0.096)	(0.092)	(0.092)
	external efficacy	1.142***	1.060	1.047
		(0.049)	(0.049)	(0.050)
H2a	office/mandate		1.399***	1.426***
			(0.113)	(0.116)
	new member		0.768***	0.871
			(0.074)	(0.088)
H2b	very/rather active		1.195**	1.178*
			(0.104)	(0.103)
	number of other campaign forms		1.371***	1.381***
			(0.033)	(0.034)
Control	*party: CDU (reference)*			--
	party: SPD			1.050
				(0.115)
	party: Die Linke			0.903
				(0.138)
	party: Bündnis 90/Die Grünen			0.704***
				(0.085)
	Constant	1.728*	0.878	0.937
		(0.547)	(0.317)	(0.348)
	Observations	3,894	3,712	3,712
	Log Likelihood	-2,450.034	-2,180.651	-2,171.307
	Akaike Inf. Crit.	4,912.068	4,381.302	4,368.613
	McFadden (pseudo R^2)	0.092	0.152	0.155
	Nagelkerke (pseudo R^2)	0.159	0.253	0.258
	Cox and Snell (pseudo R^2)	0.120	0.190	0.194

Note: *p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01; data: DigiPM Survey, wave T3 (fall 2021)

Die Analysen zeigen andererseits, dass Social-Media-Wahlkampf keine niedrigschwellige Form der Beteiligung ist, die vor allem neuen und unerfahrenen Mitgliedern als Einstieg in die Parteiarbeit dient. Vielmehr erhöhen eine festere Verankerung in der Partei, sei es durch langjähre Mitgliedschaft oder die Übernahme eines Amts oder Mandats, und eine hohe Aktivität in und außerhalb des Wahlkampfes die Wahrscheinlichkeit des Engagements im Social-Media-Wahlkampf.

„Social media campaigning is demanding, despite its flexibility and accessibility. Therefore, this type of electioneering cannot be understood as a gateway towards further, more labor-intensive participation, but vice versa“ (Ziegler, 2024, S. 831). Worin diese höheren Beteiligungshürden begründet liegen, kann der Beitrag nicht abschließend klären; er deutet jedoch darauf hin, dass innerparteiliche Sozialisation zentral ist, um auch außerhalb der Organisation sichtbar für die Partei einzutreten und als Sprachrohr zu fungieren.

Publikation 3 zeigt, dass die Bereitschaft zur Unterstützung des Online-Wahlkampfes in den untersuchten Parteien vorhanden ist, auch unter denjenigen, die sich sonst mit geringerer Wahrscheinlichkeit beteiligen. Damit stützt dieser Beitrag das Argument, dass sich die Rolle der Parteimitglieder zwar verändert, aber nicht zwangsläufig die Relevanz als Schnittstelle zwischen Parteien und dem vorpolitischen Raum verliert. Professionalisierung und Dezentralisierung – so das Argument in *Publikation 3* – koexistieren nicht nur, sondern greifen ineinander.[20]

6.4 Mitgliederperspektiven auf die Zukunft der Mitgliederpartei (Publikation 4)

Ziegler, S. (2026b). Bottom-up perspectives on party organisation and membership. *Preprint.*

Der vorliegenden Dissertation liegt die Auffassung zugrunde, dass Parteimitglieder Teil der innerparteilichen Organisations- und Machtstruktur sind und daher in Überlegungen zum Parteienwandel mit einbezogen werden müssen. Mitglieder sind nicht bloß Objekte des Wandels, sondern gestalten diesen mit. Dieser Argumentation folgend untersucht *Publikation 4* die Perspektive der tatsächlichen formellen Mitgliedschaft auf die eigene Rolle in den innerparteilichen demokratischen Strukturen und die Einstellungen zu den grundlegenden Veränderungen des Mitgliedschaftsprinzips.

Damit schließt der Aufsatz an Arbeiten zur qualitativen Veränderung von Mitgliedschaft an. Es geht dabei einerseits um die Art und Weise, wie Mitglieder in die innerparteiliche Demokratie eingebunden sind (Brause & Poguntke, 2026; Ignazi, 2020; Jun, 2018), andererseits um die Erweiterung des Mitgliedschaftsverständnisses auf weniger formalisierte und stattdessen spontane und projekthafte Formen der Parteiaffiliation (Butzlaff, 2024; Gauja, 2015b; Gauja et al., 2025; Scarrow, 2015). Wie in Kapitel 3.3 skizziert, wird die Öffnung des Mitgliedschaftsverständnisses durch die digitale Transformation erleichtert. Die Skalierbarkeit digitaler Infrastrukturen ermöglicht es, Informations- und Beteiligungsangebote mit geringen Transaktionskosten der breiten Anhängerschaft zur Verfügung zu stellen.

[20] Dieser Befund unterstützt die kritische Sicht auf die Kartellparteithese in Kapitel 2.2. Die Koexistenz teilweise gegenläufiger, teilweise ineinandergreifender Organisationslogiken bleibt in dieser Argumentation unbeachtet.

In *Publikation 4* geht es dabei weniger um die Möglichkeiten digitaler Formen der Parteiaffiliationen (etwa *Social Media Partisans*; Kosiara-Pedersen et al., 2025), sondern um das Hinterfragen der Grundlogik formaler Mitgliedschaft, allen voran der Mitgliederprivilegien und deren Wertschätzung durch diejenigen, die diese qua formaler Mitgliedschaft innehaben. Die digitale Transformation stellt damit eine Hintergrundfolie dar, die die Partizipationsbedarfe der Mitglieder sowie die Organisationen mit ihren Regeln und Normen beeinflusst (Chadwick & Stromer-Galley, 2016).

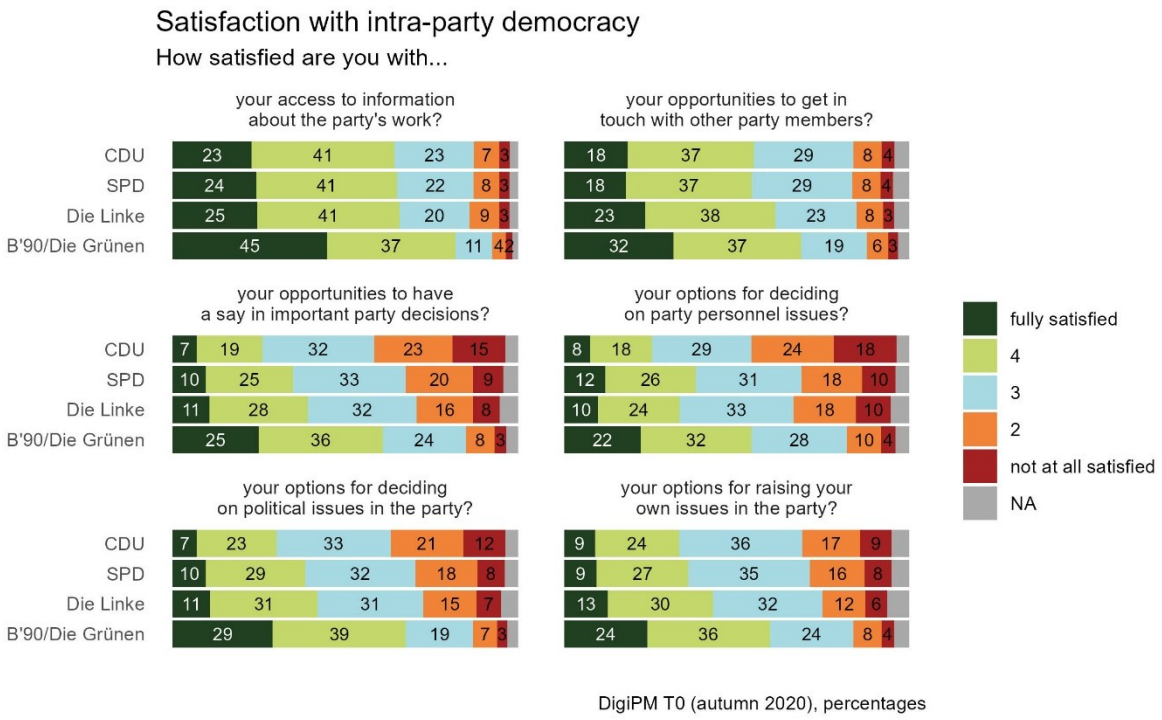

Abbildung 5: Innerparteiliche Demokratie nach Parteien (aus Ziegler, 2026b, S. 14)

Der Beitrag widmet sich zunächst der Zufriedenheit der Mitglieder mit der innerparteilichen Demokratie. Hierfür wird ein Index herangezogen, der für die DigiPM-Befragung entwickelt wurde und aus sechs Einzelitems besteht (siehe Abbildung 5). Diese Items bilden die Zufriedenheit mit dem Zugang zu Informationen und den Kontakt zu anderen Mitgliedern sowie Aspekte der Mitgliederintegration in die innerparteiliche Entscheidungsfindung ab. Es ist sowohl die Zufriedenheit mit eher versammlungslogischen (mitreden, eigene Themen einbringen) als auch plebiszitären (über Personal oder Sachfragen mitentscheiden) Formen der innerparteilichen Entscheidungsfindung abgedeckt. Die Items zur innerparteilichen Entscheidungsfindung weisen deutlich höhere Unzufriedenheitswerte auf, als es für die beiden erstgenannten Items (Informationsbeschaffung, Kontakt zu Mitgliedern) der Fall ist.

Hinzu kommen deutliche Unterschiede zwischen den untersuchten Parteien: Mitglieder der Grünen sind deutlich zufriedener mit den Beteiligungsstrukturen als die Mitglieder aller anderen un-

tersuchten Parteien.[21] Am wenigsten zufrieden mit der innerparteilichen Demokratie sind die Mitglieder der CDU. Dass diese Unterschiede nicht primär durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Mitgliedschaften zu erklären sind, wird dadurch deutlich, dass die Parteieffekte auch in den multivariaten linearen Regressionsanalysen robust bleiben (Ziegler, 2026b, S. 16–17).

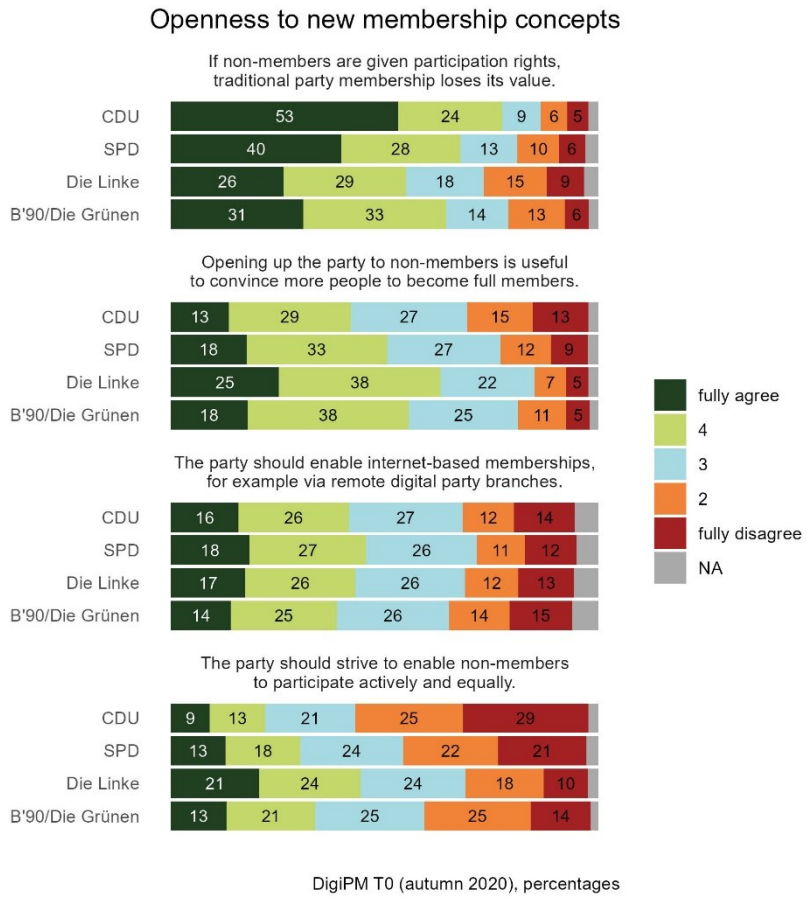

Abbildung 6: Einstellungen der Parteimitglieder zu neuen Formen der Parteiaffiliation (aus Ziegler, 2026b, S. 18)

Die Offenheit gegenüber neuen Formen der Parteiaffiliation umfasst vier Items, die auf Grundlage des *Multi-speed membership model* (Scarrow, 2015) entwickelt worden sind. Sie decken keine spezifischen Formen der Mitgliedschaft ab, sondern konzentrieren sich auf Auswirkungen auf die formelle Mitgliedschaft (siehe Abbildung 6). Auch hier zeigen sich übergeordnete Muster sowie Unterschiede zwischen den untersuchten Parteien: Grundsätzlich schätzen die Parteimitglieder die exklusiven Rechte und sind sich uneins darüber, ob inklusivere Mitgliedschaftsformen gegen den Mitgliederschwund helfen können. Die Mitglieder der Linken stechen hierbei hervor: 45 % befürworten eine gleichberechtigte Teilhabe von Nicht-Mitgliedern und 63 % sind davon überzeugt, dass dies auch bei der Rekrutierung von Neumitgliedern hilft. Die Befragten der CDU hingegen halten am stärksten an traditionellen Mitgliedschaftsvorstellungen fest. Hinsichtlich internetbasierten Mitgliedschaftsformen zeigt sich ein gemischtes Bild: Etwa ein Viertel der Befragten steht

[21] Das wird sowohl in der hier abgebildeten Antwortverteilung in den Einzelitems deutlich als auch in den Durchschnittswerten des Mittelwertindex (siehe Ziegler, 2026b, S. 15; Table 1).

digitalen Parteigliederungen skeptisch gegenüber, am deutlichsten bei B‘90/Die Grünen, trotz ihrer jüngeren und technikaffinen Basis.

Bei Betrachtung der individuellen Faktoren zur Erklärung der Zufriedenheit mit der innerparteilichen Demokratie und der Offenheit gegenüber neuen Formen der Parteimitgliedschaft auf Basis mehrerer Regressionsanalysen (hier nicht dargestellt, siehe 2026b; Table 1 und Table 2), zeigen sich die folgenden Ergebnisse:

Neue Mitglieder zeigen eine höhere Zufriedenheit mit der innerparteilichen Demokratie und sind offener gegenüber neuen Formen der Mitgliedschaft als langjährige Mitglieder. Für die Überzeugung, dass sich durch eine Flexibilisierung mehr Menschen für eine volle Mitgliedschaft entscheiden würden, erscheint die Dauer der Mitgliedschaft nicht entscheidend zu sein. Dennoch zeigen sich die Neumitglieder durchaus reformbereit, wobei die hohe Zufriedenheit mit der innerparteilichen Demokratie darauf hinweist, dass es keinen ausgeprägten Veränderungsimpuls in dieser Gruppe gibt. Amts- oder Mandatsträger, Delegierte und sehr aktive Mitglieder bewerten die bestehenden IPD-Strukturen besonders positiv und sind gleichzeitig unkritischer gegenüber einer Übertragung von Rechten an Nicht-Mitglieder. Vor allem inaktive, langjährige Mitglieder lehnen organisationale Öffnungen ab und bevorzugen den Status quo. Insgesamt ergibt sich das Bild, dass Aktivität und Positionierung in der Parteihierarchie mit einer gewissen Reformbereitschaft einhergehen, ohne dass die bestehenden Strukturen grundsätzlich infrage gestellt werden. „[E]ven though prior research showed that sudden disruptions of participatory routines hampers member engagement (Ziegler et al., 2024), that does not necessarily hold true for intentional participation reforms” (Ziegler, 2026b, S. 22). Weitreichende Skepsis zeigt sich insbesondere bei digitalen Reformen – vor allem unter aktiven Mitgliedern und Amtsinhaber:innen – sodass der Fokus gegenwärtig stärker auf Mitgliedergewinnung als auf innerparteilichem Formwandel gerichtet scheint.

Publikation 4 zeigt also, dass es in der hypothetischen Auseinandersetzung keine klaren Konfliktlinien innerhalb der bestehenden Mitgliedschaft zu erkennen gibt. Vor allem die grundsätzliche Offenheit derjenigen, die mit ihrer aktiven Beteiligung die Partei stützen, zeigt, dass ein Reformprozess, der die Bedarfe der Mitgliedschaft berücksichtigt, Aussicht auf Erfolg hat und nicht zwangsläufig zu einem umfassenden Rückzug aus der Freiwilligenarbeit führen muss, wie er in der Pandemie zu beobachten war.

7 Schlussfolgerungen und Ausblick

7.1 Lehren für die zukunftsfähige Mitgliederpartei

In der Zusammenschau der vier Einzelbeiträge werden zentrale Beiträge für die Forschung an der Schnittstelle von Parteien-, Partizipations- und Digitalisierungsforschung offenbar, die in Verbindung zu den in Kapitel 4 präsentierten Forschungslücken stehen.

Dargelegt wurde zunächst, warum die tiefergehende Analyse der Mitgliederpartizipation während der Pandemie lohnend ist und Erkenntnisse für ein tieferes Verständnis des digitalen Wandels in Parteien ermöglicht. Anknüpfend an Parteiwandeltheorien führt *Publikation 1* den Begriff der konstruktiven Interferenz ein, der beschreibt, dass Ereignisse besonders dann zu „*critical junctures*" werden, wenn sie mit langfristigen graduellen Veränderungen in der Parteiumwelt (*trends*) in Interaktion stehen. So hat die COVID-19-Pandemie aufgezeigt, dass die Mitgliederparteien kaum etablierte digitale Routinen ausgebildet hatten, obwohl Fragen digitaler Mitgliederpartizipation längst in den Parteien diskutiert wurden. Hier wurden Dysfunktionalitäten sichtbar, bei denen die Organisationen längst hätten weiter sein können. Weil Umwelttrend und Schock in diesem Fall in dieselbe Richtung wirken, verstärken sie einander und eröffnen ein Möglichkeitsfenster für digitale Parteireformen oder gar disruptive Innovationen an der Basis.

Zugleich zeigt sich in *Publikation 2* basierend auf Befragungen während der COVID-19-Pandemie wie durch ein Brennglas, wie Parteimitglieder auf die plötzliche Einführung disruptiver digitaler Innovationen reagieren. Werden durch neue Formen der Partizipation existierende Routinen durchbrochen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Mitglieder aus der freiwilligen Parteiarbeit zurückziehen, stark an. Fehlende Routinen haben sich als wichtigerer Erklärungsfaktor herausgestellt als Probleme im Umgang mit digitalen Tools. Dieser Befund zeigt die geringen Hürden für die freiwilligen Parteimitglieder, der eigenen Partei die Unterstützung zu entziehen, wenn sie mit der Art und Weise der Integration in Parteientscheidungen unzufrieden sind. Selbst wenn sie nicht austreten, wird ein umfassender Rückzug aus dem Freiwilligenengagement durchaus spürbar. Doch was heißt das nun für den digitalen Wandel an der Mitgliederbasis? Sind die Beharrungskräfte – auch durch das Altern der Mitgliedschaften – so groß, dass neue Formen der Partizipation kaum Anklang finden, wie es frühere Studien suggerierten?

Dass dem nicht so ist und Parteimitglieder anpassungsbereit sind, zeigt sich an mehreren Stellen: Die Wahlkämpfer:innen der untersuchten Parteien sind insgesamt durchaus digitalaffin, das zeigen die Ergebnisse von *Publikation 3*. Vor allem weibliche Wahlkämpfer:innen engagieren sich mit höherer Wahrscheinlichkeit am Online-Wahlkampf als männliche. Das ist deshalb bemerkenswert, weil weibliche Mitglieder oftmals eine geringere Aktivität online wie offline aufweisen (etwa Spier, 2011; Thuermer, 2019b). Digitale Partizipation kann bestehenden Ungleichheiten entge-

genwirken. Dabei ist die Beteiligung am Online-Wahlkampf nicht niedrigschwellig, sondern vielmehr eine als Erweiterung der eigentlich zeitaufwändigeren Formen des Straßen- und Haustürwahlkampfs zu verstehen. Je mehr sich Wahlkämpfer:innen engagieren, desto eher tun sie dies auch online. Reine Online-Aktivist:innen gibt es kaum.

Eine mögliche Erklärung für die hohe Anpassungsbereitschaft ist, dass Wahlkampfzeiten Hochzeiten der Mitgliedermobilisierung sind. Partizipation ist mehr als Selbstverwirklichung[22], sondern ist darauf ausgerichtet, etwas zu verändern. Diese Perspektive liefert einen Erklärungsansatz für den in *Publikation 2* vergleichsweise schwach ausgeprägten Rückzug aus der Parteiarbeit während der Pandemie, der sich bei den Grünen zeigte: Die Partei befand sich zum Zeitpunkt der Befragung am Ende ihres Grundsatzprogrammprozesses, der von breiter Beteiligung geprägt war: „Wir haben die Debatte on- und offline geführt und dabei sowohl die gesamte Partei beteiligt, als auch die Breite der Gesellschaft im Rahmen von Impulsgruppen und Gesprächsrunden einbezogen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2021, S. 4). Daraus ergibt sich die Annahme, dass der Erfahrungs- und Kompetenzzuwachs der Mitglieder von den Grünen im Umgang mit digitaler Technologie während der COVID-19-Pandemie in Kombination mit einer starken Mitgliedermobilisierung zur Herausbildung neuer Routinen an der Basis führen.

Insgesamt zeigen sich Parteimitglieder sensibel für Veränderungen in der Parteiumwelt, vor allem dann, wenn sie durch Ämter oder Aktivismus fest in den Parteistrukturen verankert sind. Die Digitalisierung an der Parteibasis ist gestaltbar und die Routinen entwickeln sich aus den zur Verfügung stehenden Technologien, den Bedarfen der Mitglieder und den Rahmensetzungen der Parteiorganisationen. Die Analyse zur Partizipation unter pandemischen Bedingungen sensibilisiert für die Bedeutung von Routinen für das Engagement an der Basis, die Untersuchung zu den Wahlkämpfer:innen zeigt auf, dass sich diese Routinen entwickeln, wenn es um etwas geht. In der Kombination trägt die Arbeit dazu bei, die Anpassungsfähigkeit an der Parteibasis besser zu verstehen.

Zum besseren Verständnis trägt auch die Untersuchung der Einstellungen bei: *In Publikation 4* sind die höchste Unzufriedenheit mit den innerparteilichen Partizipationsstrukturen und der größte Widerstand gegen die Öffnung der Parteien für neue Formen der Mitgliedschaft bei denjenigen zu verzeichnen, die zwar schon lange Mitglied, aber selbst kaum aktiv sind. Neue und sehr aktive Mitglieder sowie Amts- und Mandatsträger:innen sind eher bereit, alternative Wege der Integration von Sympathisant:innen zu gehen und Reformen mitzutragen. Allerdings ist die Skepsis gegenüber internetbasierten Mitgliedschaften hoch und die Unterstützung dieser Idee ist eher Ausdruck einer *pragmatischen Wähler:innenorientierung* (Laux, 2011). Zwei Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen: Erstens sind Routinen veränderlich und Reformen führen nicht zwangsläufig zu einem Rückzug, wie es die pandemische Erfahrung zu befürchten lässt. Zweitens

[22] Intrinsischer Partizipationsbegriff (van Deth, 2009, S. 143)

ist die Reformbereitschaft dort ausgeprägt, wo die Chance besteht, dass sich mehr Menschen für die Partei engagieren. Neuerungen im Organisationsgefüge, wie es bei der Einführung digitaler Parteigliederungen der Fall wäre, verändern das Machtgefüge und werden daher kritischer beurteilt.

In der Gesamtbetrachtung zur Parteimitgliedschaft in der digitalen Demokratie wird offenbar, dass sie herausfordernd ist, weil sie das Organisationsgefüge und die Rolle der Mitglieder verändert. Ist hier von Routinen die Rede, dann geht es nicht nur um die Nutzung digitaler Technologie, sondern auch darum, über neue Wege den eigenen Einfluss zu sichern oder gar auszubauen: „Es geht nie ausschließlich um eine sachorientierte Anpassung an neue Gegebenheiten, die involvierten Akteure haben immer auch Aufstiegs- und Karrierechancen sowie die Konsequenzen für innerorganisatorische Positionen im Blick“ (Korte, Michels, Schoofs, Switek & Weissenbach, 2018, S. 37). Das gilt – so zeigt diese Dissertation – nicht nur für die Parteiführung, sondern auch für die Parteibasis.

Welche Lehren können nun für die zukunftsfähige Mitgliederpartei gezogen werden?

Erstens beteiligen sich Mitglieder nicht aktiver, nur weil Formate digitalisiert werden, und Sympathisant:innen treten nicht allein deshalb in eine Partei ein, weil diese vorwiegend digital organisiert ist. Gleichzeitig darf die Partei nicht in der Zeit stehenbleiben. Zeitgemäße Formen der Zusammenarbeit umfassen auch die Möglichkeit, bestimmte Aktivitäten online durchzuführen und Kollaborationsprozesse digital zu unterstützen.

Zweitens spricht aus Sicht der Parteibasis Vieles für das Konzept der Netzwerkpartei, in der horizontale Vernetzung sowie hybride Partizipationsformen, die analoge und digitale Beteiligung sinnvoll verbinden, prägend sind (Deseriis, 2020). Die Sorge vor Vereinzelung und Machtverlust schlägt sich in den Einstellungen der Parteimitglieder nieder. Soll das Selbstverständnis als Mitgliederpartei mehr sein als ein Lippenbekenntnis, müssen Parteien die Verbindungen zur Basis und zu den mittleren Eliten aktiv pflegen. Dazu gehört, innerparteiliche Vernetzung und kollektive Beteiligung zu ermöglichen, statt die Mitgliedschaft durch plebiszitäre Elemente weiter zu atomisieren und damit eine Machtverschiebung zur Parteiführung zu begünstigen (siehe dazu auch Wolkenstein, 2020).

Drittens eröffnet die Einbindung der Mitgliedschaft in zentrale Entscheidungen und erweiterte Einflussmöglichkeiten über das klassische Delegiertenprinzip hinaus Chancen für die Einführung neuer (auch digitaler) Partizipationswege. Wo sich Mitglieder sinnvoll beteiligen können sowie gehört und berücksichtigt werden, bilden sich entsprechende Routinen heraus; Widerstand entsteht vor allem dort, wo Mitglieder einen Verlust an Einfluss befürchten.

7.2 Perspektiven für weitere Forschung

Die vorgestellten Einzelbeiträge basieren primär auf den Ansichten, Erfahrungen und Einstellungen der Parteimitglieder von CDU, SPD, B'90/Die Grünen und Die Linke. Diese Vergleichsperspektive liefert Hinweise darauf, die die individuellen Faktoren mit parteiorganisatorischen Faktoren in Zusammenhang bringen. Damit eröffnen sie vielfältige Perspektiven für weitere Forschung, von denen hier eine Auswahl skizziert wird.

Die erhobenen Befragungsdaten der DigiPM bergen trotz der umfassenden Auswertung weiterhin Potenziale: Die Panelstruktur erlaubt es beispielsweise, den individuellen Anpassungsprozess der Mitglieder über 13 Monate nachzuverfolgen und etwa den Einfluss von Schlüsselereignisse wie digitale Parteitage oder Landtags- bzw. Bundestagswahlen auf die Ausbildung von Routinen zu untersuchen. Unter der Annahme, dass Teilnehmer:innen digitaler Parteitage sehr kondensiert Erfahrungen mit den Möglichkeiten und Herausforderungen der Willensbildung und Entscheidungsfindung über digitale Kanäle machen, sind Auswirkungen auf die Einstellungen und Meinungen der Mitglieder zur Digitalisierung an der Parteibasis zu erwarten. Somit ist eine derartige Studie relevant, obwohl die digitalen Parteitage pandemische Sonderfälle waren (Mompó & Barberà, 2025). Wichtig ist auch eine gezieltere Untersuchung der Grünen, die bei der Frage nach Mitgliederrekrutierung und Mitgliederintegration in besonderem Maße erfolgreich sind und damit offensichtlich eine Sonderrolle einnehmen.

Der (digitale) Wandel der Mitgliederorganisationen sollte weiter begleitet und auf weitere Parteien ausgeweitet werden. Die vorliegende Dissertation trifft in *Publikation 1* die Annahme, dass die COVID-19-Pandemie ein *critical juncture* für die digitale Transformation an der Parteibasis ist, obwohl die Maßnahmen teilweise wieder zurückgenommen wurden. Um diese These zu prüfen, braucht es Nachfolgebefragungen der Parteimitglieder der untersuchten Parteien. Zudem ist eine Erweiterung der Datenbasis auf weitere Parteien insofern sinnvoll, als dass in AfD und BSW als (vergleichsweise) junge Parteien die Partizipationsroutinen noch nicht so gefestigt sind, wie das in den anderen Parteien der Fall ist. Für beide Parteien liegen bislang keine Befragungsdaten für die Mitgliederbasis vor. Zugleich stellt sich die Frage, wie die innerparteilichen Sozialisationsprozesse von Neumitgliedern ablaufen. Für Die Grünen, die stetig Mitgliederzuwächse verzeichnen, liefern Brunsbach, John & Bukow (2024) bereits Hinweise. Doch wie sieht das beispielsweise bei der Linken aus, die sich nach einer Phase des Mitgliederschwunds rund um die Bundestagswahl 2025 verdoppelt hat? Und wie entwickelt sich das Verständnis von Parteimitgliedschaft des im Jahr 2024 gegründeten BSW, das zunächst nur durch die Parteiführung sorgsam ausgewählte Personen für den Beitritt zuließ (Wagner & Wurthmann, 2025, S. 28)?

Während die Befragungsdaten ein Bild der subjektiven Wahrnehmung der eigenen Rolle innerhalb der Parteien liefern, bleiben die realen, komplexen Machtverhältnisse in den fragmentierten

Parteiorganisationen weiterhin eine *black box*. Zur besseren Messung der innerparteilichen Demokratie schlagen Novelli et al. (2024) vor, vermehrt auf digitale Methoden der Textanalyse zu setzen, um heterogene Daten sammeln und auswerten zu können und so ein vollständigeres Bild der innerparteilichen Demokratie zu erhalten. Ein solcher Ansatz ist zwar vielversprechend, um Entscheidungsprozesse über digitale Spurdaten und Dokumente nachzuvollziehen, blendet damit aber aus, was zwischen den Mitgliedern (oder auch den Delegierten) in informellen Gesprächen und im Vertrauen besprochen und verabredet wird. Dass die persönlichen Begegnungen für die Parteimitglieder wichtig sind, hat diese Arbeit gezeigt. Insofern sind hier vor allem qualitative Ansätze, etwa Gruppeninterviews mit Parteimitgliedern geeignet, um den informellen Strukturen und Allianzen auf den Grund gehen zu können.

Zugleich sollte der bestehende Fokus auf die formellen Mitglieder dahingehend geöffnet werden, als dass auch Sympathisant:innen im Sinne des Multi-Speed-Membership-Modells von Scarrow (2015) und ihre Einstellungen und Partizipationspraktiken Beachtung finden. Indem politische Partizipation in und im Umfeld von Parteien tiefergehend untersucht wird, wird innerparteiliches Engagement als eine Form politischer Beteiligung konzeptualisiert, die mit anderen Partizipationsformen in Konkurrenz steht. Somit sind auch die Schnittstellen zu sozialen Bewegungen und Protestaktivitäten interessant (Borucki, 2019, S. 137).

In diesem Zusammenhang sollte auch der vermehrte Einsatz generativer *Künstlicher Intelligenz* (KI) im Alltag der Bürger:innen und Organisationen in Augenschein genommen werden, der sich auf die politische Partizipation auswirkt. Den potenziellen Einfluss von KI auf die demokratische Partizipation und Interessenvermittlung beschreibt Thiel (2026): KI kann einerseits kollektives Handeln in- und außerhalb von politischen Parteien erleichtern, indem sie Transaktionskosten senkt und die Koordinationsfähigkeit steigert. Andererseits zeichnet der Autor ein dystopisches Bild von „KI als teilautonomen, delegationsfähigen Agenten“ (Thiel, 2026, S. 10), der Partizipationspraktiken (teil-)automatisiert und damit die Grundidee der demokratischen Partizipation in Frage stellt. Auch wenn diese Darstellung keiner realen Überlegung demokratischer Akteure entspringt, so sensibilisiert sie doch für die Notwendigkeit, die Nutzung von KI in und durch Parteien zu beleuchten. Dabei sollte nicht nur im die offizielle Bereitstellung von KI-Tools für die Parteiarbeit gehen, sondern auch um die inoffizielle Nutzung, die – die Vermutung liegt nahe – längst Einzug erhalten hat.

Die kumulative Dissertation hat Grundlagen für ein vertieftes Verständnis von Parteimitgliedschaft in der digitalen Demokratie gelegt. Die fortlaufende Beobachtung dieser Entwicklungen sowie die Aktualisierung der Befunde stellen zentrale Aufgaben künftiger Forschung dar.

7.3 Fazit

Parteimitglieder sind kein Relikt der vordigitalen Zeit, das hat diese Arbeit gezeigt. Für Parteien ergibt sich – um dem Selbstbild als Mitgliederpartei in der digitalen Demokratie gerecht zu werden – ein doppelter Auftrag: Sie müssen einerseits technologische Anschlussfähigkeit sichern und andererseits ihre innerparteiliche Integrationsleistung stärken. Geprägt von Mitgliederschwund, volatilen Elektoraten und geringem Vertrauen in Parteien haben sich dabei zwei Entwicklungspfade herauskristallisiert: Einerseits geht es um eine Ausweitung meist direktdemokratischer innerparteilichen Mitbestimmungsmöglichkeiten, andererseits um die Einführung von Affiliationen jenseits der klassischen formalen Mitgliedschaft (Sandri & Amjahad, 2015, S. 194).

Ist das Verständnis von Parteimitgliedschaft in der digitalen Demokratie also eines, das vor allem von direkter und spontaner Beteiligung geprägt ist und sich abwendet von der Partei als Kollektivorganisation mit ihren Versammlungen und fragmentierten Machtzentren? Aus der Sicht der bestehenden Parteimitgliedschaft ist das wohl kaum der Fall. Die Beiträge der kumulativen Dissertation haben gezeigt, dass es den Mitgliedern um sinnvolle und kollektive Mitbestimmung geht; um das gehört werden. Gezeigt wurde, dass sich aus der Begegnung mit Gleichgesinnten Beteiligungsroutinen bilden, die die Partei an der Basis stabilisieren. Reformen, die dieses Verständnis der Mitgliedschaft berücksichtigen, haben Aussicht auf Erfolg. Mitgliederengagement geht verloren, wenn sich die Beteiligungsstrukturen allzu umfassend und schnell verändern. Obwohl Formen der digitalen Zusammenarbeit und Partizipation Zugangshürden senken können, sind sie kein Selbstzweck. Zu große Disruptionen destabilisieren die Parteibasis.

Und die Parteibasis als stabiles Fundament der Partei bleibt relevant: Wurde mit dem Aufkommen der Massenmedien und insbesondere des Fernsehens noch davon ausgegangen, dass sich Parteien auf wenige Personen zuspitzen, Professionalisierung der Mitgliederbeteiligung überlegen ist (Panebianco, 1988) und sich Parteien von der Gesellschaft abwenden (Katz & Mair, 2009), deutet sich im digitalen Zeitalter ein anderen Verständnis an: Ausdifferenzierte Öffentlichkeiten (Siri, 2021) und vergrößerte digitale Netzwerke der Mitglieder (Winter & Neubaum, 2016) geben der dezentralen und amateurhaften Beteiligung der Mitglieder Aufwind. Auch im digitalen Zeitalter beziehen die demokratischen Parteien ihre Stärke aus der Beteiligung ihrer Mitglieder, weil sie, im Gegensatz zu Affiliierten, besser organisiert und mobilisiert werden können (Vaccari & Valeriani, 2016).

Daher ist die Sicht der Mitglieder auf ihre Rolle in der Partei in der digitalen Demokratie von zentraler Bedeutung; sie umfassend zu beschreiben und Erklärungsansätze herauszuarbeiten war das Kernanliegen der Dissertation. Der Verlauf der Aushandlung von Parteimitgliedschaft in der digitalen Demokratie sollte Inspiration für weitere Forschung sein, zeigt sich doch darin, wie Parteien ihr Fortbestehen sichern. Für diese Arbeit kann resümiert werden: Parteien als lernende Organisationen sind in Bewegung, an der Spitze und an der Basis.

Quellenverzeichnis

Achury, S., Scarrow, S. E., Kosiara-Pedersen, K. & van Haute, E. (2020). The consequences of membership incentives: Do greater political benefits attract different kinds of members? *Party Politics*, *26*(1), 56–68. https://doi.org/10.1177/1354068818754603

Appleton, A. M. & Ward, D. S. (1997). Party Response to Environmental Change: A Model of Organizational Innovation. *Party Politics*, *3*(3), 341–362.

Beck, U. (2016). Jenseits von Stand und Klasse. *Riskante Freiheiten: Individualisierung in modernen Gesellschaften* (9. Auflage, S. 43–62). Berlin: Suhrkamp Verlag.

Beisch, N. & Koch, W. (2023). ARD/ZDF-Onlinestudie: Weitergehende Normalisierung der Internetnutzung nach Wegfall aller Corona-Schutzmaßnahmen. *Media Perspektiven*, (23), 1–9.

Berg, S. & Hofmann, J. (2021). Digital democracy. *Internet Policy Review*, *10*(4). https://doi.org/10.14763/2021.4.1612

Berg, S., Rakowski, N. & Thiel, T. (2020). Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 171–191. https://doi.org/10.1007/s41358-020-00207-6

von Beyme, K. (1997). Funktionenwandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker. In O.W. Gabriel, O. Niedermayer & R. Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland* (S. 359–383). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-95609-5_16

Bieber, C. (2001). Internet, Parteienkommunikation, Multimediapolitiker. Eine Einführung. In C. Bieber (Hrsg.), *ParteiPolitik 2.0: Der Einfluss des Internets auf parteiinterne Kommunikations- und Organisationsprozesse* (S. 6–27). Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bieber, C. (2014). Online-Partizipation in Parteien – Ein Überblick. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation* (S. 173–191). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

van Biezen, I. & Poguntke, T. (2014). The decline of membership-based politics. *Party Politics*, *20*(2), 205–216. https://doi.org/10.1177/1354068813519969

Biffignandi, S. & Bethlehem, J. G. (2021). *Handbook of Web Surveys* (Second edition.). Hoboken, NJ: John Wiley & Sons.

Bitschnau, M. & Koos, S. (2024). Mehr als ein starkes Symbol? Die Proteste gegen Rechtsextremismus 2024. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment* (S. 253–268). Psychosozial-Verlag. https://doi.org/10.30820/9783837962864-253

Borucki, I. (2019). Politische Parteien zwischen Sein oder nicht Sein?: Digitale Transformation als Organisationsumbruch. In J. Hofmann, N. Kersting, C. Ritzi & W.J. Schünemann (Hrsg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven* (S. 123–150). Bielefeld: transcript Verlag.

Borucki, I. (2022). Digital Transformation as Organizational Change for Political Parties – a narrative review. *SSRN Electronic Journal*. https://doi.org/10.2139/ssrn.4098439

Brady, H. E., Verba, S. & Schlozman, K. L. (1995). Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review*, *89*(2), 271–294. https://doi.org/10.2307/2082425

Brause, S. D. & Poguntke, T. (2026). Measuring intra-party democracy on a global scale. *Party Politics*, *32*(1), 155–164. SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.1177/13540688251323756

Brettschneider, F. (2021). Wahlkampf: Funktionen, Instrumente und Wirkungen. *Bürger & Staat*, *71*(3), 141–147. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Brichzin, J. & Siri, J. (2021). Pfui, Parteien? Über die Haltung der (deutschsprachigen) Soziologie zu einem zentralen politischen Forschungsgegenstand (Politische Soziologie). In J. Brichzin & J. Siri (Hrsg.), *Soziologie der Parteien: Neue Zugänge zu einer alten Organisationsform des Politischen* (S. 1–18). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33853-4

Brodnig, I., Fuchs, M., Hammer, L. & Holburger, J. (2019). *Wie funktioniert Social-Media-Wahlkampf?: Eine Analyse der digitalen Wahlkampfstrategien zur Europawahl 2019 in Deutschland und Österreich*.

Brunsbach, S., John, S. & Bukow, S. (2024). Consequences of membership growth – the case of the German Green Party. *Party Politics*, *31*(2), 228–238. SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.1177/13540688241306725

Bukow, S. (2013). *Die professionalisierte Mitgliederpartei*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-00865-9

Bundesministerium des Innern. (n. d.). Aufgaben, Rechte & Pflichten von Parteien. Zugriff am 23.11.2025. Verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/parteienrecht/aufgaben-rechte-pflichten/aufgaben-rechte-pflichten-artikel.html?nn=9996510

Bundesverfassungsgericht. (2023, Januar 24). Parteienfinanzierung - Absolute Obergrenze (Urteil, 2 BvF 2/18). Verfügbar unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-009.html

Bündnis 90/Die Grünen. (2021). *„zu achten und zu schützen – Veränderung schafft Halt" (Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen)*. Berlin. Zugriff am 23.3.2026. Verfügbar unter: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20200125_Grundsatzprogramm.pdf

Butzlaff, F. (2018). Die soziale Bewegung als Zielbild: Parteireformen und Gesellschaftswandel im Gleichschritt? *INDES - Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, (3), 108–116. https://doi.org/10.13109/9783666800269.108

Butzlaff, F. (2024). Creating new participatory linkages? Political parties and democratisation in Germany, Austria, and the UK. *Party Politics*, *31*(2), 217–227. SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.1177/13540688241306727

Capoccia, G. (2016). Critical Junctures (Oxford handbooks in politics & international relations). In K.-O. Fioretos, T.G. Falleti, A.D. Sheingate, Orfeo Fioretos, Tulia G. Falleti & and Adam Sheingate (Hrsg.), *The Oxford handbook of historical institutionalism* (First edition., S. 1–23). Oxford; New York: Oxford University Press.

Chadwick, A. & Stromer-Galley, J. (2016). Digital Media, Power, and Democracy in Parties and Election Campaigns. *The International Journal of Press/Politics*, *21*(3), 283–293. https://doi.org/10.1177/1940161216646731

Correa, P., Barberà, O., Rodríguez-Teruel, J. & Sandri, G. (2021). The Digitalisation of Political Parties in Comparative Perspective. In O. Barberà, G. Sandri, P. Correa & J. Rodríguez-Teruel (Hrsg.), *Digital Parties: The challenges of online organisation and participation* (S. 287–304). Cham: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-030-78668-7

Dathe, R., Jahn, S., Müller, L.-S., Exel, S., Fröhner, C., Herrmann, A. et al. (2022). *D21-Digital-Index 2021/2022: Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft*.

Deseriis, M. (2020). Two Variants of the Digital Party: The Platform Party and the Networked Party. *Partcipazione e Conflitto*, *13*(1), 896–917. University of Salento. https://doi.org/10.1285/I20356609V13I1P896

van Deth, J. W. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie: Ein Studienbuch* (S. 141–161). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91422-0_6

Detterbeck, K. (2011). *Parteien und Parteiensystem* (UTB Politikwissenschaft) (1. Auflage.). Konstanz u. München: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Deutscher Bundestag. (2025a, Februar 7). Drucksache 20/14930: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2023 (1. Teil – Bundestagsparteien). Bundesanzeiger Verlag GmbH.

Deutscher Bundestag. (2025b, Februar 10). Drucksache 20/15050: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2023 (2. Teil – übrige anspruchsberechtigte Parteien, Band I).

Di Meco, L. (2023). *#ShePersisted: Monetizing Mysogyny - Gendered Disinformation and the Undermining of Women's Rights and Democracy Globally*. Verfügbar unter: https://she-persisted.org/our-work/research-and-thought-leadership/

DIE LINKE. (n. d.). Mitgliederzahlen 2024. Zugriff am 7.2.2026. Verfügbar unter: https://www.die-linke.de/partei/ueber-uns/mitgliederzahlen-2024/

van Dijk, J. (2006). Digital divide research, achievements and shortcomings. *Poetics*, *34*(4–5), 221–235. https://doi.org/10.1016/j.poetic.2006.05.004

Dommett, K. (2021). Studying Digital Parties: Methods, Challenges and Responses. In S. Power (Hrsg.), *Digital Parties: The challenges of online organisation and participation* (S. 64–83). Cham: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-030-78668-7

Dommett, K. & Rye, D. (2018). Taking up the baton? New campaigning organisations and the enactment of representative functions. *Politics*, *38*(4), 411–427. https://doi.org/10.1177/0263395717725934

Donges, P. (2020). Medialisierung und Organisationen/Politische Akteure. In I. Borucki, K. Kleinen-von Königslöw, S. Marschall & T. Zerback (Hrsg.), *Handbuch Politische Kommunikation* (S. 1–13). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26242-6_37-1

Erikson, J., Håkansson, S. & Josefsson, C. (2021). Three Dimensions of Gendered Online Abuse: Analyzing Swedish MPs' Experiences of Social Media. *Perspectives on Politics*, 1–17. https://doi.org/10.1017/S1537592721002048

European Commission. (2021). *Digital Economy and Society Index (DESI) 2021: Germany*.

Faucher, F. (2015). New forms of political participation. Changing demands or changing opportunities to participate in political parties? *Comparative European Politics*, *13*(4), 405–429. https://doi.org/10.1057/cep.2013.31

Fitzpatrick, J. (2021). The Five-Pillar Model of Parties' Migration into the Digital. In O. Barberà, G. Sandri, P. Correa & J. Rodríguez-Teruel (Hrsg.), *Digital Parties: The challenges of online organisation and participation* (S. 23–42). Cham: Springer.

Fitzpatrick, J. & Jöst, P. (2021). Der webbasierte Bundestagswahlkampf 2021. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, *34*(3), 417–425. https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0039

Gabriel, O. W. (2010). Von der parlamentarischen Demokratie zur Bürgergesellschaft? In G. Abels (Hrsg.), *Deutschland im Jubiläumsjahr 2009: Blick zurück nach vorn* (1. Auflage., S. 161–196). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Gauja, A. (2015a). The Individualisation of Party Politics: The Impact of Changing Internal Decision-Making Processes on Policy Development and Citizen Engagement. *The British Journal of Politics and International Relations*, *17*(1), 89–105. https://doi.org/10.1111/1467-856X.12035

Gauja, A. (2015b). The construction of party membership. *European Journal of Political Research*, *54*(2), 232–248. https://doi.org/10.1111/1475-6765.12078

Gauja, A. (2017). *Party Reform: The Causes, Challenges, and Consequences of Organizational Change* (Comparative politics). Oxford; New York: Oxford University Press.

Gauja, A., Kosiara-Pedersen, K. & Weissenbach, K. (2025). Party membership and affiliation: Realizing party linkage and community in the twenty-first century. *Party Politics*, *31*(2), 207–216. SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.1177/13540688241306730

Gerbaudo, P. (2019). *The Digital Party: Political Organisation and Online Democracy*. London: Pluto Press.

Gerl, K., Marschall, S. & Wilker, N. (2016). Innerparteiliche Demokratie 2.0? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, *10*(S2), 115–149. https://doi.org/10.1007/s12286-016-0288-7

Gerl, K., Marschall, S. & Wilker, N. (2018). Does the Internet Encourage Political Participation? Use of an Online Platform by Members of a German Political Party. *Policy & Internet*, *10*(1), 87–118. https://doi.org/10.1002/poi3.149

Greiner, R. (2023). *Moderner Wahlkampf: Ihr Werkzeugkoffer für agile Kampagnen und starke politische Kommunikation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-40216-7

Haim, M. & Hoven, E. (2022). Hate speech's double damage: A semi-automated approach toward direct and indirect targets. *Journal of Quantitative Description: Digital Media*, *2*. https://doi.org/10.51685/jqd.2022.009

Hanel, K. & Marschall, S. (2012). Die Nutzung kollaborativer Online-Plattformen durch Parteien: „Top down" oder „bottom up"? *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *22*(1), 5–34. https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-1-5

Harmel, R. & Janda, K. (1994). An Integrated Theory of Party Goals and Party Change. *Journal of Theoretical Politics*, *6*(3), 259–287. https://doi.org/10.1177/0951692894006003001

Harmel, R. & Svåsand, L. (Hrsg.). (2019). *Institutionalisation of political parties: Comparative cases*. London; New York: ECPR/Rowman & Littlefield International.

van Haute, E. & Gauja, A. (2015). Introduction: Party membership and activism (Routledge research on social and political elites). In E. van Haute & A. Gauja (Hrsg.), *Party Members and Activists* (S. 1–16). London; New York: Routledge.

Hofmann, J., Piele, A. & Piele, C. (2023). *Arbeiten nach der Corona-Pandemie - Folgeergebnisse | Ein Jahr danach*. Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO, DGFP.

Hooghe, M. & Dassonneville, R. (2014). Party members as an electoral linking mechanism: An election forecasting model for political parties in Belgium, 1981–2010. *Party Politics*, *20*(3), 368–380. SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.1177/1354068811436053

Ignazi, P. (2020). The four knights of intra-party democracy: A rescue for party delegitimation. *Party Politics*, *26*(1), 9–20. https://doi.org/10.1177/1354068818754599

Initiative D21 e.V. (2024). *D21-Digital-Index 2023/24: Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft*. Berlin: Initiative D21.

Janda, K. (1980). *Political parties: a cross-national survey*. New York: Free Press; London: Collier Macmillan.

Jarren, O. & Donges, P. (2014). Mediatization of Political Organizations: Changing Parties and Interest Groups? In F. Esser & J. Strömbäck (Hrsg.), *Mediatization of Politics: Understanding the Transformation of Western Democracies* (S. 181–199). London: Palgrave Macmillan UK.

Jun, U. (2009). Parteien, Politik und Medien. Wandel der Politikvermittlung unter den Bedingungen der Mediendemokratie. In F. Marcinkowski & B. Pfetsch (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie* (S. 270–295). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91728-3_12

Jun, U. (2013). Typen und Funktionen von Parteien. In O. Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung* (S. 119–144). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Jun, U. (2018). Direkte innerparteiliche Demokratie in der parlamentarischen Demokratie: Das Beispiel der Mitgliederpartei SPD. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *49*(4), 940–950. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-4-940

Katz, E. (1957). The Two-Step Flow of Communication: An Up-To-Date Report on an Hypothesis. *Public Opinion Quarterly*, *21*(1), 61–78. https://doi.org/10.1086/266687

Katz, R. (2006). Party in Democratic Theory. In R. Katz & W. Crotty (Hrsg.), *Handbook of Party Politics* (S. 34–46). London: SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.4135/9781848608047

Katz, R. S. & Mair, P. (1995). Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party. *Party Politics*, *1*(1), 5–28.

Katz, R. S. & Mair, P. (2009). The Cartel Party Thesis: A Restatement. *Perspectives on Politics*, *7*(4), 753–766. https://doi.org/10.1017/S1537592709991782

Kersting, N. (2019). Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung - Status quo und Zukunft. In J. Hofmann, N. Kersting, C. Ritzi & W.J. Schünemann (Hrsg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven* (S. 105–121). Bielefeld: transcript Verlag. https://doi.org/10.14361/9783839448649-006

Kitschelt, H. (2000). Citizens, politicians, and party cartellization: Political representation and state failure in post–industrial democracies. *European Journal of Political Research*, *37*(2), 149–179. https://doi.org/10.1111/1475-6765.00508

Klein, M., Becker, P., Czeczinski, L., Lüdecke, Y., Schmidt, B. & Springer, F. (2019). Die Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *50*(1), 81–98. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2019-1-81

Klinger, U. & Svensson, J. (2015). The emergence of network media logic in political communication: A theoretical approach. *New Media & Society*, *17*(8), 1241–1257. https://doi.org/10.1177/1461444814522952

Kneuer, M. (2013). Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft). In M. Kneuer (Hrsg.), *Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?* (1. Aufl., Band 31, S. 7–32). Baden-Baden: Nomos.

Korte, K.-R., Michels, D., Schoofs, J., Switek, N. & Weissenbach, K. (2018). *Parteiendemokratie in Bewegung: Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich* (Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland) (1. Auflage.). Baden-Baden: Nomos.

Koschmieder, C. (2016). *Partizipation in der Piratenpartei: Die Schattenseiten einer sonnigen Utopie*. Opladen: Barbara Budrich.

Kosiara-Pedersen, K., van Haute, E. & Scarrow, S. E. (2025). Social media partisans vs. party members: political affiliation in a digital age. *West European Politics*, (online first), 1–22. Routledge. https://doi.org/10.1080/01402382.2025.2450581

Krüper, J. (2018). Funktionen politischer Parteien und deren Abbildung im Recht. Zu den Grenzen einer organisationsrechtlichen Funktionsbeschreibung politischer Parteien. In M. Morlok, T. Poguntke & E. Sokolov (Hrsg.), *Parteienstaat - Parteiendemokratie* (S. 69–93). Baden-Baden: Nomos. https://doi.org/10.5771/9783845289243

Kruschinski, S. & Haller, A. (2017). Restrictions on data-driven political micro-targeting in Germany. *Internet Policy Review*, *6*(4). https://doi.org/10.14763/2017.4.780

Laux, A. (2011). Was wünschen sich die Mitglieder von ihren Parteien? In T. Spier, M. Klein, U. Alemann, H. Hoffmann, A. Laux, A. Nonnenmacher et al. (Hrsg.), *Parteimitglieder in Deutschland* (1. Auflage., S. 157–176). Wiesbaden: VS Verlag.

Lösche, P. (1992). Zur Metamorphose der politischen Parteien in Deutschland. *Gewerkschaftliche Monatshefte*, *43*(9), 531–537.

Lösche, P. & Walter, F. (1992). *Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei; zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Lusoli, W. & Ward, S. (2004). Digital Rank-And-File: Party Activists' Perceptions and Use of the Internet. *The British Journal of Politics and International Relations*, *6*(4), 453–470. https://doi.org/10.1111/j.1467-856X.2004.00150.x

Marschall, S. (2001). Parteien und Internet - Auf dem Weg zu internet-basierten Mitgliederparteien? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (10).

Martin, N. & Krouwel, A. (2026). From cartel to crusade: The politics of radical outbidding. Thirty years in the life of the party cartelisation thesis. *Party Politics*, 13540688261430700. SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.1177/13540688261430700

Matthes, J., Mayrhofer, M., Noetzel, S., Knupfer, H., Saumer, M., Juricek, S. et al. (2022). *Political Influencing über Social Media im Bundestagswahlkampf 2021: Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW* (S. 1–36). Düsseldorf: Landesanstalt für Medien NRW.

mdr.de. (2024, Juli 10). Kommunalwahl 2024 in Sachsen-Anhalt: 162 Sitze bleiben frei, vor allem bei AfD.

Meiß, L. & Ziegler, S. (2025). Follow and vote! Mobilisierung durch Influencer:innen im Europawahlkampf 2024. In M. Kaeding, M. Müller & A. Hoppe (Hrsg.), *Die Europawahl 2024: Rechtsruck im Schatten des Krieges* (S. 345–355). Cham: Springer Nature Switzerland. https://doi.org/10.1007/978-3-031-96049-9_25

Meloni, M. & Lupato, F. G. (2022). Two Steps Forward, One Step Back: The Evolution of Democratic Digital Innovations in Podemos. *South European Society and Politics*, *27*(2), 253–278. Routledge. https://doi.org/10.1080/13608746.2022.2161973

Mergel, I., Edelmann, N. & Haug, N. (2019). Defining digital transformation: Results from expert interviews. *Government Information Quarterly*, *36*(4), 101385. https://doi.org/10.1016/j.giq.2019.06.002

Michels, D. (2021). *Digitaler Wandel in der SPD: Kommunikation, Beteiligung und Organisation in der Parteireform 2017–2019*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35517-3

Michels, D. & Borucki, I. (2020). Die Organisationsreform der SPD 2017–2019: Jung, weiblich und digital? *Politische Vierteljahresschrift*, *62*, 121–148. https://doi.org/10.1007/s11615-020-00271-1

Mompó, A. & Barberà, O. (2025). A pandemic affair? Digital party conferences in Spain. *Frontiers in Political Science*, *7*. Frontiers. https://doi.org/10.3389/fpos.2025.1599250

Müller, W. C. & Sieberer, U. (2006). Party Law. In R. Katz & W. Crotty (Hrsg.), *Handbook of Party Politics* (S. 436–445). London: SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.4135/9781848608047

Niedermayer, O. (2013). Parteimitgliedschaften. In O. Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung* (S. 147–177). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Niedermayer, O. (2019). *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019* (S. 1–95). Berlin.

Niedermayer, O. (2023). Parteimitgliedschaften im Jahre 2022. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *54*(2), 376–407. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2023-2-376

Niedermayer, O. (2025). Parteimitglieder in Deutschland: Version 2025. *Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum*, (33), 1–100.

Novelli, C., Formisano, G., Juneja, P., Sandri, G. & Floridi, L. (2024). Artificial Intelligence for the Internal Democracy of Political Parties. *Minds and Machines*, *34*(4), 36. https://doi.org/10.1007/s11023-024-09693-x

Oross, D. & Tap, P. (2023). Moving online: political parties and the internal use of digital tools in Hungary. *European Societies*, *25*(2), 346–370. https://doi.org/10.1080/14616696.2021.1943485

Panebianco, A. (1988). *Political Parties: Organization and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.

Pedersen, K. & Saglie, J. (2005). New Technology in Ageing Parties. *Party Politics*, *11*(3), 359–377.

Pfanzelt, H. & Spies, D. C. (2019). The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. *Political Research Quarterly*, *72*(1), 34–48. https://doi.org/10.1177/1065912918775249

Pierson, P. (2000). Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. *The American Political Science Review*, *94*(2), 251–267.

Poguntke, T. (2005). Parteien ohne (An)bindung: Verkümmern die organisatorischen Wurzeln der Parteien? In J. Schmid & U. Zolleis (Hrsg.), *Zwischen Anarchie und Strategie: Der Erfolg von Parteiorganisationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80720-5

Raniolo, F., Tarditi, V. & Vittori, D. (2021). Political Parties and New ICTs: Between Tradition and Innovation. In O. Barberà, G. Sandri, P. Correa & J. Rodríguez-Teruel (Hrsg.), *Digital Parties: The challenges of online organisation and participation* (S. 181–204). Cham: Springer.

Reckwitz, A. (2018). *Die Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der Moderne* (5. Aufl.). Berlin: Suhrkamp.

Reichart-Dreyer, I. (2020). Ist der Mitgliederschwund der Parteien wirklich irreversibel? Überlegungen zur Rekrutierungs- und Repräsentationsfähigkeit von Parteien. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *51*(1), 212–231. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2020-1-212

Ringel, L. & Siri, J. (2021). Zwischen Sollen und Sein: Warum Parteien systematisch enttäuschen (Politische Soziologie). In J. Brichzin & J. Siri (Hrsg.), *Soziologie der Parteien: Neue Zugänge zu einer alten Organisationsform des Politischen* (S. 19–58). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33853-4

Römmele, A. (2003). Political Parties, Party Communication and New Information and Communication Technologies. *Party Politics*, *9*(1), 7–20. SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.1177/135406880391002

Sandri, G. & Amjahad, A. (2015). Party Membership and Intra-Party Democracy: How Do Members React to Organizational Change within Political Parties? The Case of Belgium. https://doi.org/10.1285/I20356609V8I1P190

Sartori, G. (2005). Party Types, Organisation and Functions. *West European Politics*, *28*(1), 5–32. https://doi.org/10.1080/0140238042000334268

Scarrow, S. E. (1994). The 'paradox of enrollment': Assessing the costs and benefits of party memberships. *European Journal of Political Research*, *25*(1), 41–60.

Scarrow, S. E. (2015). *Beyond party members: Changing approaches to partisan mobilization*. Oxford: Oxford University Press.

Scarrow, S. E. (2019). Multi-Speed Parties and Representation: The Evolution of Party Affiliation in Germany. *German Politics*, *28*(2), 162–182. https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1496239

Schlozman, K., Brady, H. & Verba, S. (2018). *Unequal and unrepresented: Political inequality and the people's voice in the new gilded age*. Princeton, NJ; Oxford: Princeton University Press.

Schradie, J. (2018). The Digital Activism Gap: How Class and Costs Shape Online Collective Action. *Social Problems*, *65*(1), 51–74.

Siri, J. (2021). Parteien und politische Öffentlichkeiten: Die digitale Herausforderung und ihre Folgen (Politische Soziologie). In J. Brichzin & J. Siri (Hrsg.), *Soziologie der Parteien: Neue Zugänge zu einer alten Organisationsform des Politischen* (S. 183–214). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33853-4

Soare, S., Tap, P., Gherghina, S. & Boldrini, M. (2025). Party digitalization and members' empowerment: a comparison of four Italian parties. *Mediterranean Politics*. Taylor & Francis.

Sommer, M., Rucht, D., Haunss, S. & Zajak, S. (2019). Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland. *ipb working paper series*, (2).

SPD. (2025). Organisationsstatut. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Verfügbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Parteiorganisation/SPD_Orgastatut_2025.pdf

SPD Landesparteitag Sachsen. (2019). Beschluss S1: Änderung des Statuts des SPD-Landesverbandes Sachsen § 10. Zugriff am 15.4.2026. Verfügbar unter: https://sachsenspd.de/wp-content/uploads/sites/86/2025/05/2019-Beschluss-Ausserordentlicher-Landesparteitag.pdf?x94413

Spier, T. (2011). Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien? In T. Spier, M. Klein, U. Alemann, H. Hoffmann, A. Laux, A. Nonnenmacher et al. (Hrsg.), *Parteimitglieder in Deutschland* (1. Auflage., S. 97–119). Wiesbaden: VS Verlag.

Spier, T. (2019). Not Dead Yet? Explaining Party Member Activity in Germany. *German Politics*, *28*(2), 282–303. https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1528237

Spier, T. & Klein, M. (2015). Party membership in Germany: Rather formal, therefore uncool? (Routledge research on social and political elites). In E. van Haute & A. Gauja (Hrsg.), *Party Members and Activists* (S. 84–99). London; New York: Routledge.

Springer, F., Klein, M., Lüdecke, Y., Becker, P., Czeczinski, L. & Schmidt, B. (2021). Getting in, moving up, dropping out. The threefold social selectivity of participation in political parties – an empirical analysis of party members, former party members and the general public in Germany in 2017. *European Politics and Society*, *22*(1), 121–139. Routledge. https://doi.org/10.1080/23745118.2020.1736816

Strom, K. (1990). A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. *American Journal of Political Science*, *34*(2), 565–598.

Tampe-Mai, K., Kropp, C. & acatech, Körber-Stiftung, Universität Stuttgart. (2021). *Technikradar 2021: Corona Extra*. Hamburg.

Theocharis, Y. (2023). Politische Partizipation durch Soziale Medien. *Handbuch Digitalisierung und politische Beteiligung* (S. 1–18). Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31480-4_3-1

Theocharis, Y. & van Deth, J. W. (2018). The continuous expansion of citizen participation: a new taxonomy. *European Political Science Review*, *10*(1), 139–163. https://doi.org/10.1017/S1755773916000230

Theocharis, Y., Moor, J. & Deth, J. W. (2019). Digitally Networked Participation and Lifestyle Politics as New Modes of Political Participation. *Policy & Internet*, *28*(2), 1–17. https://doi.org/10.1002/poi3.231

Thiel, T. (2026). Künstliche Intelligenz und demokratische Partizipation. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*. https://doi.org/10.1007/s41358-026-00452-1

Thuermer, G. (2019a). Challenges of Online Participation: Digital Inequality in Party-Internal Processes. *Proceedings of the 2nd Weizenbaum Conference*. Weizenbaum Institut.

Thuermer, G. (2019b). Challenges of Online Participation: Digital Inequality in Party-Internal Processes. In Weizenbaum Institute for the Networked Society - The German Internet Institute (Hrsg.), *Proceedings of the Weizenbaum Conference 2019 "Challenges of Digital Inequality - Digital Education, Digital Work, Digital Life* (S. 8–17).

Thuermer, G. (2021). Is There Such a Thing as a Web-Native Party? Use and Role of Online Participation Tools in the Green and Pirate Parties in Germany. In O. Barberà, G. Sandri, P.

Correa & J. Rodríguez-Teruel (Hrsg.), *Digital Parties: The challenges of online organisation and participation* (S. 227–244). Cham: Springer.

Thuermer, G., Roth, S., O'Hara, K. & Staab, S. (2018). Everybody Thinks Online Participation is Great – for Somebody Else: A Qualitative and Quantitative Analysis of Perceptions and Expectations of Online Participation in the Green Party Germany. In H. Akkermans, K. Fontaine, I. Vermeulen, G.-J. Houben & M.S. Weber (Hrsg.), *WebSci'18: Proceedings of the 10th ACM Conference on Web Science* (S. 287–296). New York: Association for Computing Machinery.

Vaccari, C. & Valeriani, A. (2016). Party Campaigners or Citizen Campaigners? How Social Media Deepen and Broaden Party-Related Engagement. *The International Journal of Press/Politics*, *21*(3), 294–312. https://doi.org/10.1177/1940161216642152

Vittori, D. & Barberà, O. (2023). Approaching the Unknown. The COVID-19 pandemic, political parties and digital adaptations: party élites' perceptions in Italy and Spain. *Frontiers in Political Science*, *5*. Frontiers. https://doi.org/10.3389/fpos.2023.1005385

Vowe, G. (2014). Digital Citizens und Schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet?: Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation* (S. 25–52). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Wagner, S. & Wurthmann, L. C. (2025). *Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit (BSW): Eine politikwissenschaftliche Einordnung* (essentials). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-48042-4

Webb, P. (2000). Political parties in Western Europe: Linkage, legitimacy and reform. *Representation*, *37*(3–4), 203–214. Routledge. https://doi.org/10.1080/00344890008523141

White, J. K. (2006). What is a Political Party? In R. Katz & W. Crotty (Hrsg.), *Handbook of Party Politics*. London: SAGE Publications Ltd. https://doi.org/10.4135/9781848608047

Whiteley, P. (2011). Is the party over? The decline of party activism and membership across the democratic world. *Party Politics*, *17*(1), 21–44. https://doi.org/10.1177/1354068810365505

Wiesendahl, E. (1998). *Parteien in Perspektive: Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Wiesendahl, E. (2006). *Mitgliederparteien am Ende?: Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wiesendahl, E. (2009). Die Mitgliederparteien zwischen Unmodernität und wieder entdecktem Nutzen. In U. Jun, O. Niedermayer & E. Wiesendahl (Hrsg.), *Die Zukunft der Mitgliederpartei* (S. 31–51). Leverkusen-Opladen: Barbara Budrich-Esser.

Wiesendahl, E., Höhne, B. & Cordes, M. (2018). Mitgliederparteien – Niedergang ohne Ende? *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *49*(2), 304–324. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304

Winter, S. & Neubaum, G. (2016). Examining Characteristics of Opinion Leaders in Social Media: A Motivational Approach. *Social Media + Society*, *2*(3). https://doi.org/10.1177/2056305116665858

Wolkenstein, F. (2020). *Rethinking party reform*. Oxford: Oxford University Press.

Yao, X., Xu, Z., Škare, M. & Wang, X. (2024). Aftermath on COVID-19 technological and socioeconomic changes: A meta-analytic review. *Technological Forecasting and Social Change*, *202*. https://doi.org/10.1016/j.techfore.2024.123322

Yenilmez Kacar, G. (2024). Instagram as one tool, two stages: self-presentational differences between main feed and story on Instagram. *Atlantic Journal of Communication*, *32*(1), 108–123. Routledge. https://doi.org/10.1080/15456870.2023.2202401

Zeh, R. & Holtz-Bacha, C. (2015). Internet, Social Media Use and Political Participation in the 2013 Parliamentary Election in Germany. In G. Lachapelle & P.J. Maarek (Hrsg.), *Political Parties in the Digital Age: The Impact of New Technologies in Politics* (S. 43–57). Berlin; Boston: De Gruyter Oldenbourg. https://doi.org/10.1515/9783110413816-003

Ziegler, S. (2024). Watching the digital grassroots grow: assessing party members' social media campaigning during the 2021 German Bundestag election. *Policy Studies*, *45*(5), 818–838. https://doi.org/10.1080/01442872.2023.2229248

Ziegler, S. (2026a). Where is this going? The COVID-19 pandemic as a critical juncture for party digital democratic innovation (S. 1–19). Preprint.

Ziegler, S. (2026b). Bottom-up perspectives on party organisation and membership. *Preprint*, 1–35.

Ziegler, S., Borucki, I. & Weissenbach, K. (2024). The digital transformation of party membership. How party members perceive online participation and adapt to it under pandemic circumstances. *Party Politics*, *31*(2), 251–264. https://doi.org/10.1177/13540688241306726

Anhang

Publikation 1 (Preprint)

Where is this going? The COVID-19 pandemic as a critical juncture for party digital democratic innovation

Stine Ziegler
Philipps-Universität Marburg & Universität Duisburg-Essen
stine.ziegler@uni-marburg.de

Abstract
During the spread of the COVID-19 pandemic political parties were forced to shift to digital communication and participation tools to keep their membership engaged. Even though these measures were reversable, the pandemic is understood as an external shock that can turn into a critical juncture for changes in membership involvement. The enforced digitalisation disrupted existing routines and opened opportunities for significant organisational reform and innovation. As the effects of the external shock correspond with the ongoing trend of digital transformation, I theorise this combination as constructive interference that adds pressure to organisational adaptations in the aftermath of the pandemic. Further research is needed to examine challenges and potentials for intra-party democracy in the digital age.

1 Introduction

The COVID-19 pandemic has posed unprecedented challenges to established democracies. The need for containment measures required political decision makers "to balance various worlds with divergent values and interests: the vital need for public health but also for economic performance, the need for schooling, the importance of culture precisely at these moments" (Innerarity, 2021: 98). Consequently, political parties relied on digital communication and participation tools to keep their membership engaged. Meetings and assemblies in person were not possible due to containment measures, and the shift to the digital was the only viable way to continue functioning as a political organisation. Accordingly, this enforced digitalisation shift imposed deep cuts into organisational routines (Ziegler et al., 2024).

This chapter aims to bridge the gap between the research on impacts of the COVID-19 pandemic on politics and society and two intertwined scholarly strands: party change literature and literature on the changing notion of party membership in the

digital age. It argues that cornerstones for future organisational innovations were laid during and shortly after the pandemic, even if the scope can only be reviewed retrospectively.

Therefore, I first outline the significance of external events for party change and the role ascribed to the rank-and-file members in the process of organisational adaptation. The pandemic is conceptualised as an external shock (Harmel and Janda, 1994) that opens a window of opportunity for change. Secondly, I turn to findings about the impact of the COVID-19 containment measures on political participation, party organisation, and party membership. Then, I combine the theoretical arguments and the empirical findings and reflect on the transformative impact of the pandemic. Taking the idea of the pandemic as catalyst for the digital transformation of political parties, I argue that external shocks never encounter a static situation. Hence, it is crucial to understand the link between the pandemic and other environmental trends, such as digital transformation, membership decline, and individualisation.

The contributions to the scholarly literature are two-fold: First, the chapter serves as a backdrop on how to integrate research on the COVID-19 pandemic into broader research debates. Secondly, I theorise the impacts of the pandemic illustrate constructive interference[1] of long-term trends and external shocks, which has already been implied but not addressed in detail in the party change literature. The presented framework claims that the aftermath of the pandemic opened a window of opportunity for party reforms and democratic innovations that include the digitalisation of membership organisations. After presenting the framework, I guide to avenues for empirical research and shed light on actual developments that are worth to be observed by party researchers: The direct effects of the pandemic were visible and widely discussed, but scholars should be aware of the long-term impacts of these disruptions.

[1] Constructive interference originally refers to a phenomenon in physics where two waves combine to produce a resulting wave with a higher amplitude.

2 Membership parties and party change

2.1 The relation between trends and shocks

Political parties have a reputation for developing slowly, if at all. As political institutions consisting of regularised practices (Hall, 2009) they are incorporating strong path dependencies because of weak efficiency-enhancing mechanisms of competition (Pierson, 2000: 257). The idea of path dependency is based on mechanisms of *increasing returns*, meaning that a decision for one alternative becomes a self-reinforcing process that incrementally increases the costs of switching to another alternative. Hence, the incentives to continue a specific path increases over time. Individuals and organisations learn by doing, hence they incorporate routines in their behaviour and tend to stick to them (Pierson, 2000). However, by their very nature, parties interact with the environments they operate in; they are not closed entities but are complex organisations (Strom, 1990) with porous boundaries (Chadwick and Stromer-Galley, 2016). The environment itself is not static and political parties must – eventually – adapt to new conditions to survive. Hence, there is a rich scholarly debate about the stability and change of institutions in general and political party organisations in particular. One fundamental question is the role of external events in the further development of the party organisation. Those pivotal moments in the history of an institution are usually discussed under the term *critical junctures*, that are "events and developments in the distant past, generally concentrated in a relatively short period, that have a crucial impact on outcomes later in time" (Capoccia, 2016: 1). Hence, they are "branching points" (Pierson, 2000: 263) at which a specific path has been chosen that later can only be altered at great cost.

With respect to political parties, Harmel and Janda (1994) differentiate between *environmental trend* and *external shock*: The former concept describes a "series of incremental changes in aggregate observations that tend to move in the same direction so that they cumulate into a consistent measurable shift over time" (Harmel and Janda, 1994: 277). Recent examples of impactful trends are the decline in membership figures and the digital transformation of society. Even though environmental trends do not escape the attention of the party, the intra-organisational resistance to change is usually strong, especially in highly institutionalised parties. Therefore, the authors attribute broad and extensive changes in otherwise conservative organisations like political parties to *external shocks.* These shocks are events that alter the institutional context of political parties and force them to reassess their effectiveness in meeting their goals. These events

may weaken the constraints of path dependency and open a window of opportunity for change (Fioretos et al., 2016). In other words: Political parties adapt to environmental changes through external shocks. Gauja (2017: 19) adds another layer to the conceptualisation of party change and distinguishes between change and reform: "As a subset of organizational change, and drawing on common usage of the term, party reform can be defined as: intentional and publicised changes that are made to a party's structures and practices in order to improve them".

Appleton and Ward (1997) focus on how political parties implement innovations in their organisational structure. The authors understand innovations as a subset of change and they "may be seen as the attempt to introduce new organizational forms and practices without precedent" (Appleton and Ward, 1997: 342). More precisely, Lupato and Meloni (2025: 12 in this edited volume) define the concept of innovation as "Newly adopted process, procedures, outcomes and policies that are novel to a political party, representing a discontinuity and firstly implemented in a specific party" that is inherent to organisational innovations. As existing participatory routines are likely to spur further innovations (Pierson, 2000) the focus on stimuli for innovation is fruitful. Appleton and Ward (1997) distinguish between three different stimuli for the introduction of innovations: An unforeseen disbalance between the environment and the party organisation (*performance stimulus*), long periods of stagnation inside the party organisation (*periodic stimulus*), and opportunities to innovate because of unforeseen events that are not in control of the party organisation (*accidental stimulus*). Hence, performance and accidental stimulus can be taken as specifications of what Harmel and Janda consider an external shock[2] that catalyse organisational change and even innovation.

2.2 The role of party members

As argued before and in the tradition of historical institutionalism, external shocks can turn out to be critical junctures, because they catalyse organisational change. But change does not happen because of an event per se. It is preceded by the processing and interpretation of the event by intra-party actors. These actors (be they individuals, groups, or factions) decide on actions taken because of an external stimulus. As the organisational structure of a party includes the top leadership as well as the basic organisational units (Borz and Janda, 2020), rank-and-file members can

[2] I situate Appleton and Ward's *periodic stimulus* in the context of environmental trends rather than events as it describes a delayed reaction to an ongoing but gradual development.

be agents of change, even if their leverage over more powerful intra-party groups is limited.

Instead, membership is usually considered as an object of reforms, also among parties that do not define intra-party democracy maximisation as their primary goal (Harmel and Janda, 1994; Strom, 1990). "[S]hrinking party memberships provide a strong motivation for organisational reform, whether it is to secure members for functional reasons, or simply to demonstrate the party's legitimacy" (Gauja, 2017: 31). Members serve as indicators of electorates' attitudes and opinions, which are incorporated into the organisations through democratic decision-making processes. Hence, through membership bases parties are able to fulfil their linkage function and the capacity to build linkage also depends on the concept of party membership (Gauja et al., 2025: 4). A widespread response to the membership decline has been the expansion of the participatory rights of party members (Scarrow, 2015). The erosion of the linkage function in political parties has been a longstanding concern within the academic field of party politics (Demker et al., 2020; Ignazi, 2020; Poguntke, 2000; van Biezen et al., 2012; Webb et al., 2019). However, the decline in membership does not affect all parties equally.

Overall, the membership decline predominantly affects mainstream parties (van Biezen and Poguntke, 2014), but a closer look reveals a more mixed picture. For instance, the Italian Five-Star-Movement and PODEMOS is Spain have achieved notable early growth by adapting their membership concept to more fluid forms of digital party affiliation and direct-democratic participation (Biancalana and Vittori, 2021; Gomez and Ramiro, 2019; Meloni and Lupato, 2022). The emergence and success of Pirate Parties from 2006 onwards were early role models for "transferring the organisational principles of the internet into politics" (Thuermer, 2021: 230), triggering contagion effects toward mainstream parties (Michels, 2021; Vittori and Barberà, 2023). Consistent with the assumptions of historical institutionalism, new parties that emerged in the digital age incorporated the digital transformation into their organisational logics by introducing more disruptive innovations, while older parties prefer incrementalism to radical changes (Raniolo et al., 2021; Raniolo and Tarditi, 2020). On the other hand, older parties are not generally less digitalised than their newer counterparts (Sandri et al., 2025).

A rare example of a *digital* party reform (Gauja, 2017) including the introduction of a *party digital democratic innovation* in a mainstream party is the introduction of online topic forums in the German SPD in 2019: One objective of the reform was to improve

the participation opportunities for the party on the ground. The reform has been a reaction to multiple factors: the defeat in the preceding Federal Election; changes in participatory patterns, especially among young (potential) party members; a lack of organisational efficiency; and a loss of informational pre-eminence towards members. The online topic forums were invented to overcome special and temporal constraints of otherwise locally organised grassroots participation. Hence, the party reform process aimed to transform the organisational paradigm beyond the mere adoption of new tools (Michels, 2021; Michels and Borucki, 2020).

Regarding the inclusion of the online topic forums in the party statutes, two aspects are noteworthy: First, they are innovative and democratic because they provide a new form of engagement in issue-based decision-making. These forums even come with the right to submit proposals to federal party congress and to send up to two advisory delegates to the congress (SPD, 2025). However, it is the party's executive board that decides on the topics, which strengthens the top-down relations between party leadership and grassroot members. As of October 2025, there are two topics members can discuss about in the forum: *climate-just economy* and *foreign and security policy*.

In summary, there is a vital debate surrounding the capacity of digital communication and participation to counteract membership erosion (Barberà et al., 2021; Fislage and Grabow, 2020; Gibson et al., 2013; Lusoli and Ward, 2004; Scarrow, 2015). Party organisations have long been faced with the task of renewing themselves in such a way that members continue to be involved as new members find their way into the existing structures and networks (Fitzpatrick, 2021). Attitudes and opinions of party members matter – or at least they should. Parties are supposed to consult their members to meet their needs and, thus, be better prepared for the future.

Further, political parties most likely introduce innovations when facing stimuli like external shocks. Still, to unfold an effect external events need to be processed inside the party organisation. Although party members are considered to not be decisive regarding organisational changes, they are crucial actors inside the party. Especially since parties have put emphasis on membership integration in reaction to the overarching membership decline. In the following section, I outline the political dimension of the COVID-19 pandemic and the pressures the crisis put on the party organisation. The pandemic as accidental stimulus opens a window of opportunity for substantial innovations in member integration.

3 Coping with the COVID-19 pandemic

The COVID-19 pandemic imposed a major threat to life and lifestyles (Ryan, 2021) and had a "profound and transformative impact […] on technology adoption and digital transformation" (Yao et al., 2024: 15). At the individual level, the pandemic restrained political engagement and participation. While informal support between citizens increased during the early phase of the pandemic (Koos and Bertogg, 2020) and Social Media somewhat mitigated the lack of support networks (Carlsen et al., 2021), protest activities faced challenges in transitioning to digital platforms (Soler-i-Martí et al., 2020). Recent data from a national panel survey in Germany suggests that protest participation as well as other forms of engagement decreased because of the pandemic and did not recover even after the end of containment measures (Strippel et al., 2024). This finding might point to a reinforcement of individualistic values that foster the dismantling of collective action and could lead to a "crisis of loneliness" (MacArthur, 2021: 197) after the pandemic.

Pandemic management kept political institutions and policymakers under pressure. While efforts to manage the crisis took precedence over party-political agendas, coping with the pandemic revealed underlying partisan dynamics, as demonstrated by Rovny et al. (2022): Political orientation turned out to be a good predictor for party responses to the pandemic for both government and opposition parties, with parties in government being more likely to take stricter and more proactive measures.

While research on the effects of the pandemic containment measures on political parties in general and especially on intra-party democracy is scarce, the scholarly literature provides some findings that hint at broader developments. Regarding the party organisational level, a survey study among members of four German political parties (Ziegler et al., 2024) shows that the pandemic altered the intra-party democracy as it disrupted existing routines of organisation and communication. The constraints were brought to the attention of the public in the context of the digital party congresses. In Germany, the party B'90/Die Grünen was the first to adapt their States' Council (Länderrat) to pandemic conditions in May 2020. While this digital event was launched on short notice and still had its technical shortcomings, it was followed by a series of very professional digital or hybrid congresses of all German parliamentary parties (except AfD). Yet, limitations concerning party digitalisation were ubiquitous. Parties are supposed to hold assemblies, and personal encounters and negotiations between people are integral parts of the organisational culture. But already existing digital participation platforms "were designed for written

deliberations and voting, not for the deliberative and socializing needs of their party élites and its active membership" (Vittori and Barberà, 2023: 2). Especially written communication does not lead to the same form of trust- and consensus-building as face-to-face negotiations (Pritzlaff-Scheele and Nullmeier, 2018). Hence, for party congresses and beyond, digital communication and participation that miss the physical dimension were only incomplete substitutes, not only because of the uncertainty of binding decision making through digital voting procedures (Bieber et al., 2022), but also because the interactions and political negotiations suffered in quality. Nevertheless, the shift toward the digital has been the only viable way to continue political organisation as the legitimacy of the decisions taken by political elites was particularly important, given their potential impact.

The struggle with pandemic-induced change towards digital structures is not limited to technical challenges for the running of party congresses but impacted everyday party affairs. However, party élites' and members' coping with the situation was barely visible for the public. As stated before, individuals and organisations learn by doing (Pierson, 2000), hence, we can assume that the pandemic experience incorporating digitalised modes of participation and learning effect regarding the use of such tools (Neubaum et al., 2025; Tampe-Mai et al., 2021) have an impact on what party members think about the future modes of operation while also making them aware of problems. In a pilot survey during the early phase of the COVID-19 pandemic, Vittori and Barberà (2023) evaluated how party élites in Spain and Italy quickly adapted to the enforced digitalisation. At the same time, élites demonstrate resistance to the shift away from face-to-face interaction to online deliberation and voting. Similarly, Ziegler et al. (2024) find overarching patterns of decreasing activity, which is better explained by the dissatisfaction with how interpersonal interaction works digitally than by technical difficulties with the digital tools. The study shows that there was a mismatch between the established routines at the membership level which, in the long run, might threaten the functioning of their respective political parties. Soare et al. (2025) depict that the pandemic acted as a catalyst for party digitalisation in Italian political parties but that, on the other hand, digital engagement changed after 2022 after the containment measures were ceased. This finding highlights that the ad hoc introduction of digital tools had not yet produced strong path dependencies.

Taking these findings together, two crucial points emerge: First, intra-party democracy suffered during the pandemic. Despite the widespread recognition of the importance of party digitalisation, most political parties were not ready to enable

remote party activism. Still, because of the enforced ad-hoc digitalisation, intra-party actors are well aware of its shortcomings. Particularly, for voluntary work at the grassroots level it is essential to account for members' experiences during acts of participation. Second, the pandemic situation required an ad-hoc translation of existing routines into the digital sphere instead of a slower growth of new, inherently digital routines, which points to the necessity of a comprehensive review and adaptation of power structures and a process of routinisation for the digital transformation of a party organisation.

4 The pandemic as a critical juncture for membership integration?

In the previous section, I outlined the immediate impacts of the pandemic on both the organisational and the individual level. The observed reduction in political engagement during the pandemic, the disconnection and atomisation of members, and the accelerated adoption of digital communication underscore the need for membership parties to address these challenges to maintain the already weakened linkage between parties and society. Inside the party organisations, solutions that were at the same time rapid and innovative have been ubiquitous in times of lockdowns and physical distancing. But there was a mismatch between the enforced digitalisation and the existing (mostly offline) routines (Ziegler et al., 2024). In the aftermath of the pandemic, we should be aware about the return to old or establishment of new routines. Supposedly, the experiences with new ways of engaging have led to identifying areas of improvement, as intra-party digitalisation has been lagging prior to the pandemic.

4.1 Constructive interference and windows of opportunity

Taking together these factors, the COVID-19 pandemic is understood as an external shock that potentially turns out to be critical juncture for organisational innovation that encompass but must not be limited to party digital democratic innovations. Parties were not ready for remote party activism and struggled to keep their activists involved. Given that the digital transformation of party organisation and membership has been an issue prior to the pandemic, the experience during times of physical distancing might have been not only an *accidental stimulus* but could be evaluated as a *performance stimulus* (Appleton and Ward, 1997). At the same time, because of the

disruption of existing routines in times of increasing participatory demands the enforced digitalisation might reduce the start-up costs for the introduction of digital democratic innovations.

Timing and sequence are crucial aspects in the historical institutionalism literature (Fioretos et al., 2016; Hall, 2009; Pierson, 2000). The pandemic holds the potential to be a critical juncture for the digitalisation of party member integration because it fell into a time when digital transformation was already pervasive. Additionally, a huge technological repertoire was and is available that could mitigate shortcomings of early experiments with digital innovations in political parties.

I argue that not external shocks alone are important but their interaction with environmental trends. The idea that the pandemic potentially turns out to be a critical juncture for membership integration is reinforced by the recognition that it is directly linked with the overarching environmental trend of digital transformation. I call this *constructive interference*, because like two waves that combined produce a wave with a higher altitude, external shock and environmental trend together intensify the pressure to reassess the organisational performance, probably leading to an alteration in the way parties operate (see Figure 1).

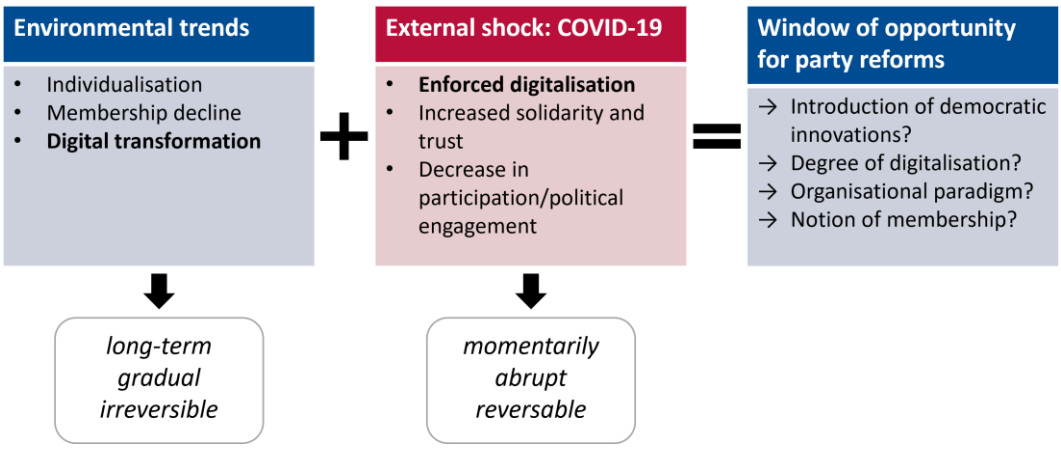

Figure 1: The constructive interference of long-term trends and the pandemic as external shock

The necessary adjustments of the pandemic were reversable, as could be observed for the case of party congresses. Nevertheless, it is likely that changes in member participation were due to the acceleration of innovation during the pandemic and members' growing experience. Additionally, digitalisation is intertwined with membership decline and individualisation (Faucher, 2015), adding changing norms

and routines of political participation in general to the equation (Boulianne and Theocharis, 2020; Butzlaff, 2024). Considering the findings of decreasing collective action and more loneliness among citizens, parties need to find a way to reactivate their grassroots and find new forms of member integration. Through the involuntary disruption of routines, parties may be more open to innovation that goes beyond gradual adaptations of participatory processes and is characterised by discontinuity and novelty. There are signs of a window of opportunity that is to be observed by further research. Still, a window of opportunity includes options for various possible paths but does not mean that change will occur.

In conclusion, with the COVID-19 pandemic we see an external shock that had a direct and visible effect on the membership integration in political parties. Members have long been subject to change in processes of organisational modernisation. But the developments of the past years hold the potential for members to shape the organisation, and it has probably heightened the members' awareness of the convenience of technology for member engagement, making it more likely for digital solutions to be adopted on a larger scale in the future. On the other hand, members have gained a clearer picture of the setbacks of digital participation.

4.2 Avenues for future research

Supposedly because of the ad-hoc disruption of the pandemic, scholars have paid little attention to the digital shifts triggered by the containment measures (Vittori and Barberà, 2023). But even though we lack a comprehensive analysis of the abrupt but reversable measures taken by different party organisations and intra-party actors, it is relevant to keep an eye on what is changing in the aftermath of the pandemic: "Knowledge of the dynamics of increasing return processes can greatly sharpen our understanding of why particular junctures (and which aspect of them) are critical" (Pierson, 2000: 265). Therefore, I claim that the framework developed in this chapter can sharpen the scholarly view on future developments regarding innovation in intra-party democracy. Hence, I outline avenues for future research.

First, it is fruitful to examine the extent to which party members call for and support digital reforms (Michels and Borucki, 2020) within political parties. In this context it is relevant to reflect on possible conflict lines inside the party organisation. What kind of membership organisation is the future of political parties? Figure 1 (right box) displays that there are several questions at stake when it comes to the digitalisation of membership involvement. Given that the pandemic is likely to become a critical

juncture for innovations regarding membership involvement, it is relevant to examine what intra-party digitalisation means for forms of participation on the one hand and shifts of intra-party power relations on the other. A shift from traditional forms of collective engagement to digital participation holds the potential to alter the nature of party membership and power relations inside the organisation (Dommett, 2018).

To have a keen eye on these shifts of power relations is another important research avenue. Usually, these shifts favour the hierarchical relations between party (in central office) and members "rather than complex patterns of interaction from member-to-member or collective member-to-elites" (Lusoli and Ward, 2004: 465). Historically, the involvement of members was ensured through direct contact with the party in the local branches. In this way, members could stand up for their concerns in their place of residence and were introduced to the party through political work, but also through social events and festivities. At higher party levels, grassroots members are usually represented by elected delegates (Detterbeck, 2013). As stated above, the principle of representation by delegates has been supplemented by direct participation opportunities for rank-and-file members, which led to an increased influence of the individual member. To some degree, this is a response to the decline of collective action by integrating more expressive forms of participation (Gauja, 2015). On the other hand, parties are not only challenged by altering participatory preferences but they actively foster the individualisation of party politics by "the undermining of partisan collective identities" (Faucher, 2015: 422).

Additionally, the connection between the party leadership and party on the ground increasingly extends beyond formal party membership. New forms of party affiliation as presented by Scarrow (2015) in her Multi-Speed Membership Model further strengthen the relation between party elites and party supporters: "There is not a single template for these efforts, but most steps in the direction of multi-speed organisation share three common characteristics: they are centralized, they are digital, and they are highly accessible" (Scarrow, 2015: 136). In summary, the digitalisation of member integration is often equated with the strengthening of ties between the party leadership and the individual members which bypasses the intra-party mediation processes via the delegation principle and grants more rights to the individual member. As a result, the participation function of parties is fulfilled, but the ability to achieve the integration, aggregation and conflict resolution functions (Sartori, 2005) may be weakened. As Dommett and Rye (2018) show, these

representative functions are conducted primarily by political parties and cannot be easily passed to alternative organisations.

When examining innovations in membership integration it is important to account for the complexity of organisations. Parties are not unitary actors, nor is the membership base. The different perspectives of the rank-and-file members and activists on new forms of membership has not been closely examined. Still, we can assume that they have a keen eye for what a change in party activism means for their own position in the organisation. Studies on party delegates provide some hints: Bloquet et al. (2022: 9) highlight a "hierarchical aversion toward digitalisation" concerning candidate selection in Germany. Further, they depict that the stakes of questions regarding the digitalisation of selection procedures "do not lie in a supposed technological gap but in the way power and influence are distributed inside the party and how the selectorate conceives inclusion" (Bloquet et al., 2022: 10). This argument is supported by the finding that members who hold an office or mandate have a higher likelihood of engaging in social media campaigns of the party than rank-and-file members (Ziegler, 2024). Future research should explore how the perception of digital communication and collaboration by mid-level elites might have evolved, given the shift to digital party congresses across almost all political parties.

To address members as actors in the process of party reform can help to avoid unintended consequences, as Nowotny (2021: 113) argues: "The push towards digitalisation triggered by the pandemic is also an invitation to resist that we become the passive adjuncts of a technology that follows its own dynamics". And as shown above, questions about power shift in the organisation are crucial. Even though the strengthening of the party leadership though digital member participation has been widely discussed, this is not a necessary consequence. In this regard, a valuable theoretical contribution is provided by Deseriis (2020), who distinguishes between two variants of the digital party: the centralised and leader-oriented *platform party* and the de-centralised *networked party*. Digitalisation of member participation does not necessarily lead to an individualised or atomised membership with weakened mid-level elites. A digitalised party in which these functionaries act as important nodes in a networked structure is also possible. The affordances and characteristics of such a digital collective organisation have been rarely considered so far (Faucher, 2015) and provide not only another important aspect for future research, but can also enrich party-internal debates about modern membership organisations. The network

party could be an organisational concept for the future that is supported by the parties' grassroots.

5 Conclusion

In this chapter, I aimed to link membership research during the COVID-19 pandemic with the scholarly literature on organisational change and the changing notion of party membership in the digital age. In this context, the pandemic is conceptualised as an external shock that holds potential to be a critical juncture for the digitalisation of membership integration. The sudden shift to digital forms of communication and participation has not only disrupted established organisational routines. It has also revealed that parties were not ready for remote activism despite the ongoing digital transformation of their environments. The interaction between the pandemic and ongoing environmental trends, such as digital transformation and membership decline, has created a constructive interference that intensifies the pressure for organisational change. Party change or even party reforms are likely because the external shock interacts with and accelerates long-term environmental trends.

Therefore, analysing the experiences and associated preferences of the party members during the pandemic is relevant to understand the trade-offs of intra-party digitalisation at the grassroots level. Demands for a modern and adaptable organisation (Michels and Borucki, 2020) must be balanced with intra-party resistance, especially among established party members. The attitudes and beliefs of party members play a significant role in shaping the prospects of party reforms. Assuming there is the proposed window of opportunity, it is fruitful to research the reform demands of the party membership, the shifts in power structures due to the introduction of organisational innovation and conflict lines in complex organisations like political parties.

References

Appleton AM and Ward DS (1997) Party Response to Environmental Change: A Model of Organizational Innovation. *Party Politics* 3(3): 341–362.

Barberà O, Sandri G, Correa P, et al. (2021) Political Parties in Transition into the digital Era. In: Barberà O, Sandri G, Correa P, et al. (eds) *Digital Parties: The Challenges of Online Organisation and Participation*. Cham: Springer, pp. 1–22.

Biancalana C and Vittori D (2021) Cyber-Parties' Membership Between Empowerment and Pseudo-participation: The Cases of Podemos and the Five Star Movement. In: Barberà O, Sandri G, Correa P, et al. (eds) *Digital Parties: The Challenges of Online Organisation and Participation*. Cham: Springer, pp. 109–126.

Bieber C, Borucki I, Ruttloff D, et al. (2022) Digital, Divers, Dynamisch: Perspektiven der Parteiendemokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10–11: 35–41.

Bloquet C, Borucki I and Höhne B (2022) Digitalization in Candidate Selection. Support and Resistance Within Established Political Parties in Germany. *Frontiers in Political Science* 4.

Borz G and Janda K (2020) Contemporary trends in party organization: Revisiting intra-party democracy. *Party Politics* 26(1): 3–8.

Boulianne S and Theocharis Y (2020) Young People, Digital Media, and Engagement: A Meta-Analysis of Research. *Social Science Computer Review* 38(2): 111–127.

Butzlaff F (2024) Creating new participatory linkages? Political parties and democratisation in Germany, Austria, and the UK. *Party Politics*. SAGE Publications Ltd: 13540688241306727.

Capoccia G (2016) Critical Junctures. In: Fioretos K-O, Falleti TG, Sheingate AD, et al. (eds) *The Oxford Handbook of Historical Institutionalism*. First edition. Oxford handbooks in politics & international relations. Oxford; New York: Oxford University Press, pp. 1–23.

Carlsen HB, Toubøl J and Brincker B (2021) On solidarity and volunteering during the COVID-19 crisis in Denmark: the impact of social networks and social media groups on the distribution of support. *European Societies* 23(1): 122–140.

Chadwick A and Stromer-Galley J (2016) Digital Media, Power, and Democracy in Parties and Election Campaigns. *The International Journal of Press/Politics* 21(3): 283–293.

Demker M, Heidar K and Kosiara-Pedersen K (eds) (2020) *Nordic Party Members: Linkages in Troubled Times*. London: Rowman & Littlefield International; ECPR Press.

Deseriis M (2020) Two Variants of the Digital Party: The Platform Party and the Networked Party. *Partcipazione e Conflitto* 13(1). University of Salento: 896–917.

Detterbeck K (2013) The Rare Event of Choice: Party Primaries in German Land Parties. *German Politics* 22(3): 270–287.

Dommett K (2018) Roadblocks to interactive digital adoption? Elite perspectives of party practices in the United Kingdom. *Party Politics* 26(2): 135406881876119.

Dommett K and Rye D (2018) Taking up the baton? New campaigning organisations and the enactment of representative functions. *Politics* 38(4): 411–427.

Faucher F (2015) New forms of political participation. Changing demands or changing opportunities to participate in political parties? *Comparative European Politics* 13(4): 405–429.

Fioretos O, Falleti TG and Sheingate A (2016) Historical Institutionalism in Political Science. In: Fioretos O, Falleti TG, and Sheingate A (eds) *The Oxford Handbook of Historical Institutionalism*. Oxford: Oxford University Press, pp. 1–32. Available at: https://academic.oup.com/edited-volume/28116/chapter/212250111 (accessed 2 March 2025).

Fislage F and Grabow K (2020) *Innerparteiliche Beteiligung im Zeichen von Digitalisierung und Mitgliederschwund*. Parteienmonitor: Trends und Perspektiven der Parteiendemokratie, 1 January. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Fitzpatrick J (2021) The Five-Pillar Model of Parties' Migration into the Digital. In: Barberà O, Sandri G, Correa P, et al. (eds) *Digital Parties: The Challenges of Online Organisation and Participation*. Cham: Springer, pp. 23–42.

Gauja A (2015) The Individualisation of Party Politics: The Impact of Changing Internal Decision-Making Processes on Policy Development and Citizen Engagement. *The British Journal of Politics and International Relations* 17(1): 89–105.

Gauja A (2017) *Party Reform: The Causes, Challenges, and Consequences of Organizational Change*. Comparative politics. Oxford; New York: Oxford University Press.

Gauja A, Kosiara-Pedersen K and Weissenbach K (2025) Party membership and affiliation: Realizing party linkage and community in the twenty-first century. *Party Politics* 31(2). SAGE Publications Ltd: 207–216.

Gibson RK, Gillan K, Greffet F, et al. (2013) Party organizational change and ICTs: The growth of a virtual grassroots? *New Media & Society* 15(1): 31–51.

Gomez R and Ramiro L (2019) The limits of organizational innovation and multi-speed membership: Podemos and its new forms of party membership. *Party Politics* 25(4). SAGE Publications Ltd: 534–546.

Hall PA (2009) Historical Institutionalism in Rationalist and Sociological Perspective. In: Mahoney J and Thelen K (eds) *Explaining Institutional*

Change: Ambiguity, Agency, and Power. Cambridge University Press, pp. 204–223. Available at: https://www.cambridge.org/core/product/identifier/9780511806414/type/book (accessed 2 March 2025).

Harmel R and Janda K (1994) An Integrated Theory of Party Goals and Party Change. *Journal of Theoretical Politics* 6(3): 259–287.

Ignazi P (2020) The four knights of intra-party democracy: A rescue for party delegitimation. *Party Politics* 26(1): 9–20.

Innerarity D (2021) Political Decision-Making in a Pandemic. In: Delanty G (ed.) *Pandemics, Politics, and Society: Critical Perspectives on the Covid-19 Crisis*. Berlin; Boston: De Gruyter, pp. 93–103.

Koos S and Bertogg A (2020) Lokale Solidarität während der Corona-Krise: Wer gibt und wer erhält informelle Hilfe in Deutschland? *Working Paper*: 1–7.

Lupato FG and Meloni M (2025) What is Party Innovation? Definition, types, and implications of innovation in political parties. Working Paper.

Lusoli W and Ward S (2004) Digital Rank-And-File: Party Activists' Perceptions and Use of the Internet. *The British Journal of Politics and International Relations* 6(4): 453–470.

MacArthur KR (2021) Treating loneliness in the aftermath of a pandemic: threat or opportunity? In: Ryan JM (ed.) *COVID-19*. 1st edition. The COVID-19 pandemic series. Abingdon New York, NY: Routledge.

Meloni M and Lupato FG (2022) Two Steps Forward, One Step Back: The Evolution of Democratic Digital Innovations in Podemos. *South European Society and Politics* 27(2). Routledge: 253–278.

Michels D (2021) *Digitaler Wandel in Der SPD: Kommunikation, Beteiligung Und Organisation in Der Parteireform 2017–2019*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Michels D and Borucki I (2020) Die Organisationsreform der SPD 2017–2019: Jung, weiblich und digital? *Politische Vierteljahresschrift*. Epub ahead of print 1 January 2020. DOI: 10.1007/s11615-020-00271-1.

Neubaum G, Chounta I-A, Gredel E, et al. (2025) A Pandemic for the Good of Digital Literacy? An Empirical Investigation of Newly Improved Digital Skills during COVID-19 Lockdowns. In: *Proceedings of the 2025 CHI Conference on Human Factors in Computing Systems*, Yokohama Japan, 26 April 2025, pp. 1–11. ACM. Available at: https://dl.acm.org/doi/10.1145/3706598.3713148 (accessed 20 October 2025).

Nowotny H (2021) In AI We Trust: How The COVID-19 Pandemic Pushes us Deeper into Digitalization. In: Delanty G (ed.) *Pandemics, Politics, and Society: Critical Perspectives on the Covid-19 Crisis*. Berlin; Boston: De Gruyter, pp. 107–121.

Pierson P (2000) Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. *The American Political Science Review* 94(2): 251–267.

Poguntke T (2000) *Parteiorganisation Im Wandel: Gesellschaftliche Verankerung Und Organisatorische Anpassung Im Europäischen Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Pritzlaff-Scheele T and Nullmeier F (2018) Relating Face to Face. Communicative Practices and Political Decision-Making in a Changing Media Environment. In: Hepp A, Breiter A, and Hasebrink U (eds) *Communicative Figurations*. Transforming Communications – Studies in Cross-Media Research. Cham: Springer International Publishing, pp. 287–311. Available at: https://link.springer.com/10.1007/978-3-319-65584-0_12 (accessed 20 September 2024).

Raniolo F and Tarditi V (2020) Digital revolution and party innovations: An analysis of the Spanish case. *Italian Political Science Review* 50(2): 235–253.

Raniolo F, Tarditi V and Vittori D (2021) Political Parties and New ICTs: Between Tradition and Innovation. In: Barberà O, Sandri G, Correa P, et al. (eds) *Digital Parties: The Challenges of Online Organisation and Participation*. Cham: Springer, pp. 181–204.

Rovny J, Bakker R, Hooghe L, et al. (2022) Contesting Covid: The ideological bases of partisan responses to the Covid-19 pandemic. *European Journal of Political Research* 61(4): 1155–1164.

Ryan JM (2021) *COVID-19*. 1st edition. The COVID-19 pandemic series. Abingdon New York, NY: Routledge.

Sandri G, Lupato FG, Meloni M, et al. (2025) Mapping the digitalisation of European political parties. *Information, Communication & Society* 28(10): 1757–1778.

Sartori G (2005) Party Types, Organisation and Functions. *West European Politics* 28(1): 5–32.

Scarrow SE (2015) *Beyond Party Members: Changing Approaches to Partisan Mobilization*. Oxford: Oxford University Press.

Soare S, Tap P, Gherghina S, et al. (2025) Party digitalization and members' empowerment: a comparison of four Italian parties. *Mediterranean Politics*. Taylor & Francis. Epub ahead of print 2025.

Soler-i-Martí R, Ferrer-Fons M and Terren L (2020) The interdependency of online and offline activism: A case study of Fridays For Future-Barcelona in the context of the COVID-19 lockdown. *Hipertext.net* (21): 105–114.

SPD (2025) Organisationsstatut. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Available at: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Parteiorganisation/SPD_Orgastatut_2025.pdf.

Strippel C, Jokerst S, Heger K, et al. (2024) *Weizenbaum Report 2024: Politische Partizipation in Deutschland*. Weizenbaum Institute. Available at: https://www.weizenbaum-library.de/handle/id/515 (accessed 27 February 2025).

Strom K (1990) A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. *American Journal of Political Science* 34(2): 565–598.

Tampe-Mai K, Kropp C and acatech, Körber-Stiftung, Universität Stuttgart (2021) *Technikradar 2021: Corona Extra*. 1 January. Hamburg.

Thuermer G (2021) Is There Such a Thing as a Web-Native Party? Use and Role of Online Participation Tools in the Green and Pirate Parties in Germany. In: Barberà O, Sandri G, Correa P, et al. (eds) *Digital Parties: The Challenges of Online Organisation and Participation*. Cham: Springer, pp. 227–244.

van Biezen I and Poguntke T (2014) The decline of membership-based politics. *Party Politics* 20(2): 205–216.

van Biezen I, Mair P and Poguntke T (2012) Going, going, . . . gone? The decline of party membership in contemporary Europe. *European Journal of Political Research* 51(1): 24–56.

Vittori D and Barberà O (2023) Approaching the Unknown. The COVID-19 pandemic, political parties and digital adaptations: party élites' perceptions in Italy and Spain. *Frontiers in Political Science* 5. Frontiers.

Webb PD, Scarrow SE and Poguntke T (2019) Party organization and satisfaction with democracy: inside the blackbox of linkage. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*: 1–22.

Yao X, Xu Z, Škare M, et al. (2024) Aftermath on COVID-19 technological and socioeconomic changes: A meta-analytic review. *Technological Forecasting and Social Change* 202.

Ziegler S (2024) Watching the digital grassroots grow: assessing party members' social media campaigning during the 2021 German Bundestag election. *Policy Studies* 45(5): 818–838.

Ziegler S, Borucki I and Weissenbach K (2024) The digital transformation of party membership. How party members perceive online participation and adapt to it under pandemic circumstances. *Party Politics* 31(2). SAGE Publications Ltd: 251–264.

Publikation 4 (Preprint)

Bottom-up perspectives on party organisation and membership

Stine Ziegler
Philipps-Universität Marburg & Universität Duisburg-Essen
stine.ziegler@uni-marburg.de

Abstract

The linkage function of political parties is strained by declining trust in parties and low membership levels. While a growing body of literature examines alternative forms of party affiliation, little is known about how existing dues-paying members, who possess formal rights and obligations, assess such reforms. This article addresses this gap by analysing the bottom-up perspectives of members of four established German parties - CDU, SPD, B'90/Die Grünen and Die Linke - based on an online survey in 2020. The findings indicate that intra-party democracy is primarily sustained by members who are familiar with organisational routines. Although members value their exclusive participatory rights, activists, officials, and new members are more open to alternative forms of affiliation than inactive ordinary and long-term members. Beyond the German case, these dynamics may mirror broader patterns of adaptation and resistance among members of established parties in other representative democracies.

Keywords: political party, membership, party affiliation, intra-party democracy, routinisation, Germany

1 Introduction

In a party democracy, political parties ensure the legitimacy of the political system, as their prerogatives and access to state power make them crucial actors between the citizens and the state. However, they have been challenged in this role for a long time. The active creation and vitalisation of the linkage between population and politics through political parties is an ongoing issue for party scholars (van Biezen and Poguntke 2014; Butzlaff 2024; Demker et al. 2020; Gauja et al. 2025). Political parties are challenged by the overarching decline in membership and have sought to increase the reward of joining by strengthening their means of participation (Achury et al. 2020; Scarrow 2015).

In the digital age, participation can be granted at lower costs (Biancalana and Vittori 2021; Deseriis and Vittori 2019) and parties ought to find an organisational paradigm that corresponds to the altered participatory demands of the digital society (Gerbaudo 2019). On the one hand, the digital transformation has broadened the concept of party membership, fostering new forms of party affiliation (Scarrow 2015, p. 136). On the other hand, especially for the actual membership, face-to-face meetings remain crucial for fostering personal connections, trust, and

shared commitment to collective goals (Michels 2021; Wolkenstein 2020). Routines are crucial for member participation 'and a mismatch between these routines and new ways of communication may threaten the functioning of parties in the long term' (Ziegler et al. 2024).

Therefore, this article explores party members' attitudes towards intra-party democracy (IPD) and new forms of affiliation, focusing on differences by membership duration, activity, and hierarchical position. It contributes to the overarching research question: *What kinds of party reforms do members demand and support?* Based on data from the German Digital Party Membership (DigiPM) survey (2020–2021), this article elaborates on struggles over organisational power, on the balance between inclusion and exclusivity (Scarrow 2015), as well as the risk of weakening the organisational coherence (Panebianco 1988, p. 186–190). How participation is structured within the party is a question of power (Deseriis 2020).

The results of this study highlight that routinised members who are more active or hold higher positions in the party's hierarchy combine support for existing structures of intra-party democracy with a selective and pragmatic openness to organisational change. Moreover, new members are generally more satisfied with intra-party democratic structures and more open to alternative forms of membership than long-term members. Overall, the support for reform is less shaped by membership length alone than by members' degree of organisational integration and role within the party. The exclusivity of traditional membership is especially valued by those who are not quite involved in party affairs.

By emphasising member routinisation as a crucial explanatory factor for support of existing structures and future reforms, this article contributes to the literature on party organisation and new forms of membership and affiliation. It argues that successful grassroots reforms must align with the expectations and needs of party members. The findings depict that members value the collective and participatory nature of membership, suggesting a hybrid approach that uses digital tools to modernise party structures without going against members' needs and preferences.

2 Party linkage under pressure

Starting with the massive decline in party membership since the early 1990s, there has been a vital scholarly debate on how this phenomenon affects political parties and their linkage function between society and the state. Van Biezen and Poguntke (2014, p. 215) claim that 'parties have become more isolated and more removed from societal demands' by weakening the organisational linkage an active membership provides. For political parties that understand themselves as membership organisations (Bukow and Poguntke 2013) and see large bases as a source of legitimacy, the mere decline in numbers appears threatening.

The membership decline is attributed to two overarching factors: social structural changes and increasing upward mobility, which led to weaker collective identities and processes of individualisation. Second, with the rise of mass communication and public funding, members became less important as the primary (financial) resource and link to society (Katz and Mair 1995; van Biezen and Poguntke 2014, p. 206; Whiteley 2011). These factors capture only part of a more complex process. Membership decline is best understood as the outcome of dynamic interactions between macro-level environmental trends, such as digitalisation and individualisation, shifting participatory demands, the evolving affordances of digital media, and the organisational rules and norms that structure party life.

According to individualisation literature, long-term organisational membership is a misfit to more fluid and issue-driven participation patterns (Butzlaff 2024; Gauja 2015). Party membership faces competition from the rich participatory repertoire available to citizens for political expression, both offline and online (Theocharis et al. 2019), partly fulfilling functions attributed to political parties (Dommett and Rye 2018). However, political parties do not just follow the citizens' attitudes and demands by providing more individualised forms of participation, but they actively shape and foster these attitudes and the demand for them by how they involve citizens: 'Surprisingly, little attention has been paid to institutions as determinants of political participation' (Faucher 2015, p. 407).

Citizens' attitudes toward collective organisations change, but this does not necessarily mean a rejection of collective identities, nor are parties helpless. In Germany, despite the general decline in party members in society, established parties like Die Linke and B'90/Die Grünen are recently growing in terms of membership. These examples indicate that there is room to manoeuvre for political parties to successfully commit sympathisers to become dues-paying members. Furthermore, the benefits of (large) memberships (Scarrow 1994) have not been outgrown

by the costs of enrolment. In the 21st century, party members still fulfil crucial functions; be it by providing financial resources (in Germany members provide 20 to 30 percent of a party's income (Deutscher Bundestag 2025)), work force for analogue and digital election campaigns (Ziegler 2024) and linkage (Gauja et al. 2025). Shrinking membership figures do not necessarily mean that these functions cannot be fulfilled, but there is evidence that the remaining members compensate for fewer memberships by higher activity (Spier 2019). Overall, membership is not disappearing but 'becoming more dynamic and multi-dimensional' (Gauja et al. 2025, p. 208).

Members demand for impactful ways of engagement: 'They want to change society and support the goals of the party. This is the baseline of party membership' (Weber 2020, p. 503). Providing impactful participation opportunities can help to recruit members who are socio-economically closer to their supporters beyond formal membership. Greater political benefits for voters can increase the descriptive representativeness of members compared to supporters (Achury et al. 2020). Hence, increasing the rewards of membership hold the potential to strengthen linkages between citizens and the state because more diverse party members provide different perspectives and, on the other hand, their perspectives find their way into intra-party decision-making processes. Nevertheless, the configuration of intra-party democracy is crucial. More participation does not automatically lead to more democratic or representative parties (Gomez and Ramiro 2019; Rahat et al. 2008; Ignazi 2020). Therefore, a thorough examination of member participation and its integration into intra-party power structures is essential.

In conclusion, first, political parties still benefit from their members. This statement is especially true for German parties as they are not only understanding themselves as membership organisations but are also forced to organise democratically by law to be recognised as political parties. Second, the processes of individualisation and the growing repertoire of political expression are pressurising parties, leading to adaptations in membership enrolment and participation. Parties themselves shape their environment through their actions. Third, adaptations regarding member participation need to be understood as an element of intra-organisational power structures, especially through processes of centralisation.

3 Changing notions of party membership

Considering the preceding section, providing meaningful participation can help to recruit more diverse party members. The introduction of digital participatory processes might ensure party sustainability in an increasingly digitalised society. Digital platforms can improve accessibility

to party information, facilitate communication among members, enable faster decision-making processes (Thuermer 2021), and increase organisational efficiency (Michels 2021; Michels and Borucki 2020). Further, the ways of communication and linkage between citizens and parties have increased, be it through social media channels, digital newsletters or broader news audiences that are easily scalable. These developments allow for more fluid and flexible forms of party affiliation beyond membership. How affiliations are designed is up to the individual parties, but most of these efforts 'have three common characteristics: they are centralized, they are digital, and they are highly accessible' (Scarrow 2015, p. 136).

Even though party affiliates beyond formal membership are usually characterised by lower levels of commitment and engagement (Hooghe and Kölln 2020; Webb et al. 2017), they can bridge the declining organisational linkage and even out existing participatory inequalities. Kosiara-Pedersen et al. (2025, p. 14) found that Danish *social media partisans*: 'tend to include more women, to be younger, and have less long formal education than either formal members or than other supporters who do not connect in this way.' Hence, these groups are more similar to the parties' voters than to their members. Similarly, Vaccari and Valeriani (2016, p. 305) depict: 'Not only do social media contribute to hybridizing repertoires of party activism but they are also promoting a hybridization of party activists.' Yet, compared to Italy and the United Kingdom the authors find that German parties are the least successful in cultivating bonds with sympathisers who do not want to commit to a party as formal members.

From an organisational perspective, the integration of party supporters can help to integrate more citizens into the party, but it also favours a shift of power to the party elites (Deseriis 2020; Faucher 2015; Katz and Mair 1995). Affiliates beyond formally enrolled members are usually directly contacted by the national parties and invited to provide support or feedback, whereas party membership is organised in local or regional branches. The centralisation of power distribution is further reinforced by the shift towards more plebiscitary forms of intra-party democracy (Brause and Poguntke 2026). Membership ballots might strengthen membership inclusion at the expense of intra-party democracy by undermining deliberation, diffusion and pluralism (Ignazi 2020). Increasing member empowerment does not necessarily equal party democratisation, but 'might limit the organizational function of the grass-roots membership to a "cheerleading" role' (Sandri and Amjahad 2015, p. 190).

From a party leadership perspective, centralisation makes sense to be able to operate in a way they think it is best for the party without being challenged by lower-level party functionaries that have rights and duties in a democratically structured organisation. Parties as political

organisations are shaped by struggles for power amongst various actors (Panebianco 1988), thus the organisational reality is not thoroughly structured or rationalised but balances various centres of power often leading to inefficiencies (Wiesendahl 1998). However, under the impact of mass-media in general and television in particular, political parties became more professionalised and 'the party's gravitational center shift[ed] from members to the electorate' (Panebianco 1988, p. 264). Regarding internet-mediated party competition, Margetts (2006, p. 531) poses that the defining feature of *cyber parties* is that they 'use web-based technologies to strengthen their relationship between voters and party, rather than traditional notions of membership'. On the other hand, political parties still rely on amateur engagement in professionalised campaigns (Gibson 2015; Magin et al. 2016) and Social Media platforms favour decentralised and organic content spreading through 'interest-bound and like-minded peer networks' (Klinger and Svensson 2015, p. 1246) giving members crucial roles as information disseminators (Ziegler 2024).

In conclusion, political parties rely on their members and have an interest in growing or at least sustaining their membership base. In response to declining membership and support, two main organisational responses appear, that is deepening the meaning of membership by new forms of participation and broadening the understanding of membership by introducing new forms of affiliation (Sandri and Amjahad 2015, p. 194). About both responses, parties must balance demands for meaningful member participation against their strategic goals, as well as their demand for leadership and control. Accordingly, both developments are best understood as two sides of the same coin, given that the conceptualisation of party membership constitutes a crucial aspect of a party's culture (Gauja et al. 2025; Ziegler et al. 2024).

4 Hypotheses

Political parties are establishing various links to their relevant voter segments not only by recruiting formal and dues paying members but also by experimenting with new forms of party affiliation. However, the traditional membership with exclusive rights and duties is still predominant (Scarrow et al. 2022). When party membership is declining and party affiliates are supposed to bridge the lacking interest integration and aggregation, new forms of affiliation with specific rights of participation might be discussed in the future.

The processes of finding an equilibrium between centralisation through new means of communication and participation and the fragmented party organisation has been addressed from the viewpoint of party elites or changes in the party statutes regarding extended membership rights in various political parties (Butzlaff 2024; Michels 2021; Michels and Borucki 2020; Scarrow 2019). This literature serves as a backdrop for the analysis of the perception of new forms of party affiliation by the traditional party members. The perception of intra-party power dynamics by rank-and-file members remains understudied (Sandri and Amjahad 2015, p. 191), even though the members' perspective on what a party organisation should look like, also under the circumstances of declining membership figures, matters. This article aims to provide a comprehensive picture of members' perspectives on their roles in the organisation and on the invention of new forms of affiliation within their respective party.

Germany is a typical case for analysing changing notions of party membership because it is an established Western European democracy challenged by membership decline (Niedermayer 2025). On the other hand, Germany stands out because of a comparatively high trust in political parties and strong party organisations (Vaccari and Valeriani 2016). Earlier studies of party members in Germany show that the decrease in number of members is partly compensated by rising activity levels (Spier 2011, p. 98). Also, the repertoire of intra-party participation has been broadened in established German parties (Scarrow 2019, p. 168). These findings indicate that the notion of party membership moves from an identity-focused understanding to one of political influence.

The first set of hypotheses operates on the premise that the party culture comprising formal and informal routines and, more precisely, the structures of intra-party democracy are important to understand membership behaviour. As the configuration of intra-party democracy varies across parties, satisfaction with intra-party democracy is expected to vary at the party level as well. Ziegler et al. (2024) found a higher degree of adaptability during the pandemic in parties

emphasising a grassroots-oriented culture. B'90/Die Grünen and Die Linke appear to be 'less top-heavy' and more grassroots-oriented in their IPD structure than SPD and CDU that are characterised by their traditionally large memberships (Bolin et al. 2017). Connected to the work of von Alemann and Laux (2012), who show that responsiveness is rated lower in large parties, I hypothesise that:

> H1a: Members in parties with a more grassroots-oriented culture are more satisfied with intra-party democracy than members in more centralised parties.

Accounting for the heterogeneity and multi-dimensionality of party membership (Gauja 2015; Heidar 1994; Heidar and Kosiara-Pedersen 2020; Spier 2011), I argue that the satisfaction with intra-party democracy varies not only at the party level, but also at the individual level. Focussing on aspects regarding the selection of candidates and officials at different political levels, satisfaction with IPD appears to be positively linked to member activity (Sandri and Amjahad 2015, p. 207). Again with a focus on party leadership, there is evidence from Scandinavian countries suggesting that rank-and-file members are more satisfied with IPD than elected officials or members who hold an intra-party office (Bolin and Kosiara-Pedersen 2019). On the other hand, Brunsbach et al. (2024) emphasise the meaning of party socialisation for shaping the demands for member participation. Long-term members and officials have an interest in keeping their routines and pass them on to newly enrolled partisans, creating an equilibrium between demand and supply of participatory opportunities. Therefore, I hypothesise that:

> H1b: Newer members are less satisfied with intra-party democracy than long-term members.

> H1c: Members with a higher status in the party hierarchy and activists are more satisfied with intra-party democracy than inactive members.

The second set of hypotheses is based on the premise that the way how parties construct their membership impacts the willingness of party supporters to join as full dues-paying members (Achury et al. 2020). The expected benefits of party membership, especially their exclusive decision-making powers in party organisations are crucial (van Haute and Gauja 2015). Hence, regarding the opening of the party including ceding some rights to looser affiliates, I hypothesise that:

> H2a: Party members generally support a membership concept with exclusive rights and duties.

Nevertheless, there are expected variations between membership groups. Elaborating on the aforementioned importance of member socialisation in political parties, party functionaries at the local and state level are keen to maintain their understanding of party membership (Brunsbach et al. 2024). More precisely, whereas party statutes function as basic structures, specific routines of intra-party democracy are established by party functionaries who provide members with certainties about what to expect (Reichart-Dreyer 2020, p. 226). Additionally, Bloquet et al. (2022, p. 9) describe a 'hierarchical aversion toward digitalization' that is explained by the changing power dynamics inside the party, not an aversion to technology usage. Hence, I hypothesise that:

> H2b: Newer members are more open towards new forms of membership including an extension of participatory rights for non-members. Long-term members rather support the status quo.
>
> H2c: Rank-and-file members are more open towards new forms of membership including an extension of participatory rights for non-members than activists and members with a higher status in the party hierarchy.

5 Empirical study

5.1 Survey data

The analysis is based on the DigiPM dataset, which comprises panel survey data from party members of four German political parties. Starting in autumn 2020 the online panel consists of four waves over 13 months (November 2020 to November 2021). The short succession of survey waves is due to the dynamically changing situation of the COVID-19 pandemic.[1] Party members of four established German parliamentary parties were surveyed: CDU (Christian Democratic Union), SPD (Social Democratic Party), B'90/Die Grünen (Alliance 90/The Greens) and Die Linke (The Left)[2]. As the invitation to participate in the online survey was distributed by the respective party headquarters via email, veritable sampling errors for members of the CDU and SPD had to be tolerated, as only around half of the formal dues-paying members could be contacted. Consequently, due to both coverage error and non-response, the online survey is not representative of the overall party membership. Still, it provides information especially on rather active party members as responding to an invitation sent by the party headquarters can itself be interpreted as an indicator of cognitive engagement with party affairs. A detailed comparison of the composition of the initial survey wave with data from the parties' membership files (Niedermayer 2021) is provided in Appendix II.

The dataset covers the two parties with the largest membership bases (SPD and CDU) as well as a party that, despite the overarching trend of membership decline, is growing (B'90/Die Grünen). Die Linke on the other hand had been struggling with severe losses in members and votes at the time of the survey, especially in its former political heartlands in the East German Federal States. The results of these analyses for Die Linke must be interpreted against this background, even though the party has been growing recently.[3]

Hence, members from diverse party families with different trajectories of electoral success and ability for member mobilisation and integration were surveyed. All surveyed parties have in common that they (or their predecessors in case of Die Linke) were founded in the pre-digital era. Hence, they are established parties of the German party system but need to find their way to migrate into the digital (Fitzpatrick 2021). Therefore, the survey focuses on questions of participation, self-perception as party members, satisfaction with the means of intra-party

[1] For detailed information about recruitment, responses and panel mortality see Appendix I.
[2] All parties in the 19th German Bundestag were approached. FDP, AfD and CSU did not participate.
[3] In the 2025 General Election in Germany, Die Linke was surprisingly able to mobilise young voters secured its entry into the national parliament, although it had almost been written off in the run-up to the elections. A lot of new members joined Die Linke, leading to a doubling of size in only a few months.

democracy, and their perspective on their party's future. The exceptional circumstances of the COVID-19 pandemic need to be considered. Especially, information about how members participate cannot be translated into what they normally do, as routines of engagement were disrupted by the enforced digitalisation. In this vein, Ziegler et al. (2024) have demonstrated that routines are crucial for membership integration, and a mismatch between means of participation and routinised behaviour inside the party can harm the connection to the party's grassroots. Therefore, I argue that awareness of what was needed for the future of membership parties was especially high during a time when membership was at stake.

The analyses presented below are based on data from the first wave of the survey, which covered the topics mentioned above. Furthermore, the first survey wave is the one closest to regular times of members' participation, as digital party congresses had not happened yet, and members were getting used to new forms of engagement. Hence, they have crucial insights into how digital member participation could work but still evaluate the intra-party democracy against the backdrop of normal times.

5.2 Operationalisation[4]

5.2.1 Satisfaction with intra-party democracy

The scale to measure satisfaction with intra-party democracy (IPD) consists of six items including diverse elements about the inclusion of members in decision-making processes within the party: Two items cover the members' basic privileges of self-organisation and information advantage (getting information; connect to fellow members). Further, the survey covers items related to assembly-based and plebiscitary intra-party democracy (von dem Berge and Poguntke 2017). The two items connected to assembly-based IPD ask about the satisfaction with having a say in party affairs and opportunities to raise their own issues. Aspects of plebiscitary IPD cover the opportunities to decide on programmatic questions or party personnel. To capture the overall satisfaction with intra-party democracy, the six dimensions were combined into a composite mean index, which demonstrates high internal consistency (Cronbach's alpha = 0.86).

5.2.2 Openness toward new forms of membership

The items regarding the members' openness toward new forms of membership were developed for the DigiPM survey against the backdrop of Scarrow's (2015) *Multi-speed membership*

[4] A comprehensive overview of survey items included in the analyses and details on recoding procedures is provided in Appendix III.

model. They do not cover a specific form of affiliation but changing characteristics of membership and affiliation. The first item ('If non-members are given participation rights, traditional party membership loses its value') refers to the debate around the value of the classic dues-paying membership that comes with exclusive participatory rights for members (Gauja 2015). An opening to non-members often includes ceasing some exclusive membership rights in order to make new forms of affiliation more attractive and support democratic linkage through political parties (Hooghe and Kölln 2020; Scarrow 2019).

The second item ('Opening up the party to non-members is useful to convince more people to become full members') refers to the multi-speed idea: By offering different forms of affiliation, citizens can grow into the party and finally become full members. In this vein, some parties already offer trial memberships for a limited time period. Still, according to the *Multi-speed membership model,* not every affiliate evolves to be a full member.

The third item accounts for the digital aspect of the multi-speed membership party. It asks whether 'The party should enable internet-based memberships, for example via remote digital party branches.' Early experiments in this direction, with virtual party branches in German parties (Bieber 2000), ultimately failed. Nevertheless, it is possible that some members answered this question with these early examples in mind.

Lastly, the item 'The party should strive to enable non-members to participate actively and equally' is the most far-reaching item regarding the underlying change of membership. If that statement was reality and parties would include non-members equally, the classic membership would lose its main incentives, i.e. the exclusive membership rights. Accordingly, the first and last items should be interpreted in relation to each other.

5.2.3 Independent variables

New members are individuals who joined the party in 2017 or later, which means during or after the preceding General Election campaign. Hence, at the time of the survey, members had been with the party for less than four years. A distinction between three types of the position on the party hierarchy differentiates between ordinary members, members who hold a party office or serve as delegates and members who (also) hold a public office.[5] Additionally, considering that members shape routines through their participation, the level of activity is included as a

[5] This distinction emerged from an iterative process in which different categorisations were tested and refined to adequately capture distinct roles within the party organisation.

dummy variable, contrasting those who state that they are rather or very active against lower reported activity levels.

Assuming that the perception of IPD and openness to new forms of affiliation is connected to the members' belief what a party should be, the preferred organisational concept is included. The operationalisation is based on the work of the German Party Membership survey conducted by Spier et al. (2011). More precisely, Laux (2011) explains that party members have different views on what the focus of their respective party should be. In this vein she differentiates between *pragmatic voter orientation* and *membership orientation*. Whereas pragmatic voter orientation puts more emphasis on problem solution and a unified image toward the voters to promote trust in the party, membership orientation is focused on shared values among members as well as their voices being heard in party affairs.

Accounting for the transformative impact of digital transformation, the *general support for party digitalisation* is included as a composite mean index of four items (Cronbachs Alpha = 0.82). These items cover the belief in easier, faster and cheaper decision making as well as the general necessity of digitalisation for the survival of political parties.

To capture the *ideological deviation* of members in a party, the left-right self-placement was z-standardised within parties. Specifically, scores were standardised using party-specific means and standard deviations. The absolute value of the resulting z-scores is used, so higher values indicate greater ideological distance from the party-specific average left-right orientation. This variable accounts for effects of experienced political disagreement in the party (van Haute and Carty 2012; Jupskås and Kosiara-Pedersen 2020).

5.2.4 Control variables

Apart from party membership, there is a broad set of control variables: Age, gender (binary) and education as a dummy variable distinguishing between university graduates and other educational degrees. Further, as new forms of affiliation often work based on digital communication tool, internet use is included, too.

5.3 Results

5.3.1 Satisfaction with intra-party democracy

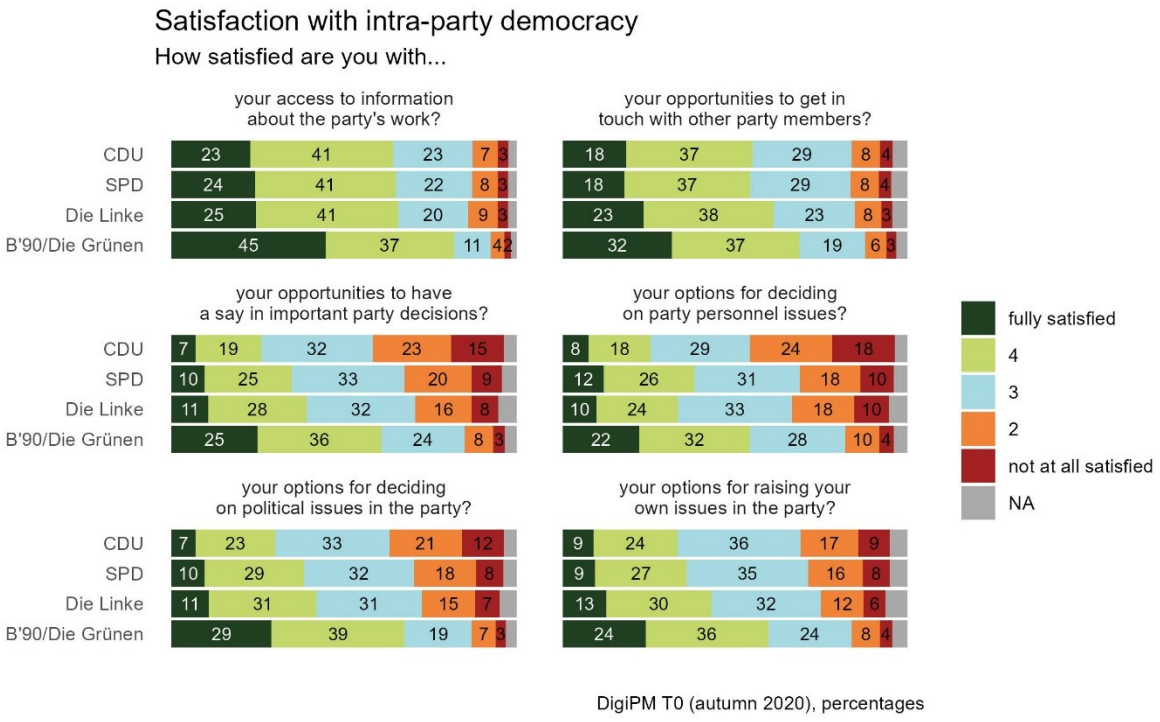

Figure 1: Items on satisfaction with intra-party democracy, percentages.

To get an understanding of the members' perspective on their role in the party, Figure 1 shows the distribution of responses across all items that comprise the index on satisfaction with IPD. Overall, party members are very satisfied with the level of information they receive and the opportunities of interaction with fellow members. About two-thirds of the members of CDU, SPD and Die Linke report that they are (fully) satisfied with their information access. With 82 % members being satisfied, B'90/Die Grünen outperform all other parties. To get in touch with fellow members appears to be easier in the smaller parties B'90/Die Grünen and Die Linke (over 60% satisfied) than in parties with larger memberships.

Across all parties, members report much lower rates of satisfaction with their integration into intra-party decision making (concerning issues or personnel) and with being heard or raising their own issues in the party than with receiving information or getting in touch with others. The level of satisfaction with assembly-based and plebiscitary aspects of IPD is rather low among CDU members whereas members of B'90/Die Grünen again outperform all other parties in all six IPD items. Notably, there is a slight deviation from this overarching pattern regarding satisfaction with the decision-making process for party personnel among members of the SPD. With 38% of SPD members reporting to be rather or fully satisfied, they report the second

highest rate after member of B'90/Die Grünen. A plausible explanation is that the SPD had gone through a membership consultation regarding their new party leaders in 2019 (Jun and Jakobs 2021) that most probably impacted their rating of IPD especially in this dimension.

Still, the finding that smaller parties are performing higher in satisfaction with IPD is supported by the overall mean scores of the IPD index by party. Table 1 shows that all parties score above the middle category again indicating a rather positive perception of IPD among their members. Comparing between parties, the satisfaction with IPD it is by far the highest for B'90/Die Grünen (3.84), the lowest for CDU members (3.14) and similar (but still significantly different) für SPD (3.31) and Die Linke (3.39).

Table 1: Means IPD index by party

Party	Mean IPD index
CDU	3.14
SPD	3.31
Die Linke	3.39
B'90/Die Grünen	3.84
Post-hoc Dunn tests (Bonferroni) confirm significant group differences between all parties.	

These descriptive findings provide hints supporting H1a, as CDU members are the least satisfied, but the SPD results suggest that large memberships might not be the key factor explaining members' satisfaction with intra-party democracy, but the actual strictures of member inclusion. Moreover, multi-variate analyses are needed to see whether the results are rather an effect of variations in the membership composition or of different structures of intra-party democracy.

Therefore, Table 2 exhibits linear regression models with the index on satisfaction with IPD being the dependent variable. These analyses control for members' attributes at the individual level and, thus, confirm the differences between the four parties studied, indicating that there are pronounced variations in how party members are included in decision-making processes. In line with the reported descriptive findings, the CDU appears to be less successful in meeting the needs of the members than the other three political parties. The SPD performs better but Die Linke and especially B'90/Die Grünen stand out with high satisfaction ratings which remain consistent when controlling for socio-demographic characteristics and party-related roles and beliefs. The finding that members of the CDU and SPD report the lowest levels of satisfaction supports Hypothesis 1a. However, the presented analyses do not allow for a clear identification of the underlying mechanisms driving this effect: be it IPD structures, party size, historical traditions, ideological orientation, or other related factors.

Next, the analysis moves from party-level to individual-level factors: Model 1 reveals a significant difference in satisfaction with IPD between new and long-term members. This effect disappears once members' activity levels are considered. Apparently, new members do not experience substantial setbacks regarding the participatory opportunities they encounter when joining. Consequently, Hypothesis 1b must be rejected. Nevertheless, these findings raise questions about potential selection effects prior to party entry. It remains unclear if party affiliates might choose not to join a party because they perceive existing intra-party democratic structures as insufficient or unattractive.

Party hierarchy produces robust effects across all four linear regression models. Individuals who hold a party office, a mandate or serve as delegates exhibit markedly higher levels of satisfaction with IPD than rank-and-file members. The effects of hierarchy are somewhat mitigated when the activity level is included but not cancelled out. Members who can be classified as activists, regardless of their office or mandate, are more satisfied with IPD than those who rarely participate. This finding highlights the importance of routinisation for member participation. It indicates that activists are able to identify and routinise participation within the repertoire provided by their party that corresponds to their needs and capacities for engagement. However, the analysis does not allow a conclusion on whether this relationship is causal in one direction or the other: activists may participate more because they perceive the party's decision-making processes as responsive and inclusive, or their heightened activity may itself generate greater responsiveness and inclusivity and with that satisfaction. Similarly, the findings regarding party hierarchy suggest that individuals who made their way through the party structures are rather satisfied with IPD rules of routines and, most probably, are keen to maintain them rather than opt for radical changes. Consequently, the results confirm the Hypothesis 1c, stating that activity and a higher status in the party hierarchy corresponds to higher satisfaction with the structures of intra-party democracy.

As the relation between party related attitudes and beliefs are rather explorative, no hypotheses have been posited. Model 3 includes voter and membership orientation, support for party digitalisation and ideological deviation. Voter and member orientation do not contribute to explaining higher degrees of satisfaction, but the support for digitalisation does. Thus, members who are more convinced of the positive impact of party digitalisation also tend to evaluate intra-party democracy more positively. Remarkably, the inclusion of constant internet use as a control variable reveals a negative relationship with satisfaction in IPD. At first glance, this result may appear contradictory. Yet it is more plausibly interpreted as an indication that support for

digitalisation is not necessarily linked to individual patterns of online behaviour. Rather, it may reflect a broader, collectively shared narrative that political parties should embrace digitalisation, irrespective of members' own digital practices.

Table 2: Linear regression on satisfaction with intra-party democracy

	Dependent variable: IPD Index			
	Model 1	**Model 2**	**Model 3**	**control**
(Intercept)	3.022***	3.005***	2.262***	2.306***
	(0.016)	(0.016)	(0.044)	(0.051)
New member	**0.045*** **	0.0260	0.007	0.018
	(0.014)	(0.014)	(0.013)	(0.014)
Hierarchy: member (reference)	**--**	**--**	**--**	**--**
Hierarchy: party office/delegate	**0.196*** **	**0.080*** **	**0.093*** **	**0.088*** **
	(0.013)	(0.015)	(0.015)	(0.015)
Hierarchy: public office	**0.259*** **	**0.093*** **	**0.106*** **	**0.100*** **
	(0.015)	(0.018)	(0.018)	(0.018)
Activist		**0.232*** **	**0.225*** **	**0.232*** **
		(0.015)	(0.014)	(0.014)
Voter orientation			-0.001	-0.002
			(0.003)	(0.003)
Member orientation			-0.005	-0.006
			(0.003)	(0.003)
Support party digitalisation			**0.200*** **	**0.203*** **
			(0.007)	(0.007)
Ideological deviation in party			**-0.060*** **	**-0.060*** **
			(0.009)	(0.009)
Age				0.001
				(0.000)
University degree				-0.007
				(0.012)
Constant internet use				**-0.052*** **
				(0.012)
Male member				**-0.075*** **
				(0.013)
Party: CDU (reference)	--	--	--	--
Party: SPD	**0.176*** **	**0.179*** **	**0.195*** **	**0.186*** **
	(0.016)	(0.016)	(0.016)	(0.016)
Party: Die Linke	**0.247*** **	**0.229*** **	**0.260*** **	**0.250*** **
	(0.024)	(0.024)	(0.023)	(0.024)
Party: B'90/Die Grünen	**0.717*** **	**0.705*** **	**0.727*** **	**0.716*** **
	(0.020)	(0.020)	(0.020)	(0.020)
Observations	20959	20959	20959	20959
R^2	0.090	0.101	0.134	0.136
AIC	51835.8	51589.9	50817.7	50759.5

Regression coefficients (standard errors); * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001

Ideological deviation has a negative effect on satisfaction with IPD, which adds up to the finding that members who are highly involved have a greater chance to be ideologically aligned with their fellow members and find their way around participatory opportunities offered to

them. In summary, satisfaction with IPD is rather related to a member's position in the party than to party-related attitudes and beliefs.

5.3.2 Openness to new membership concepts

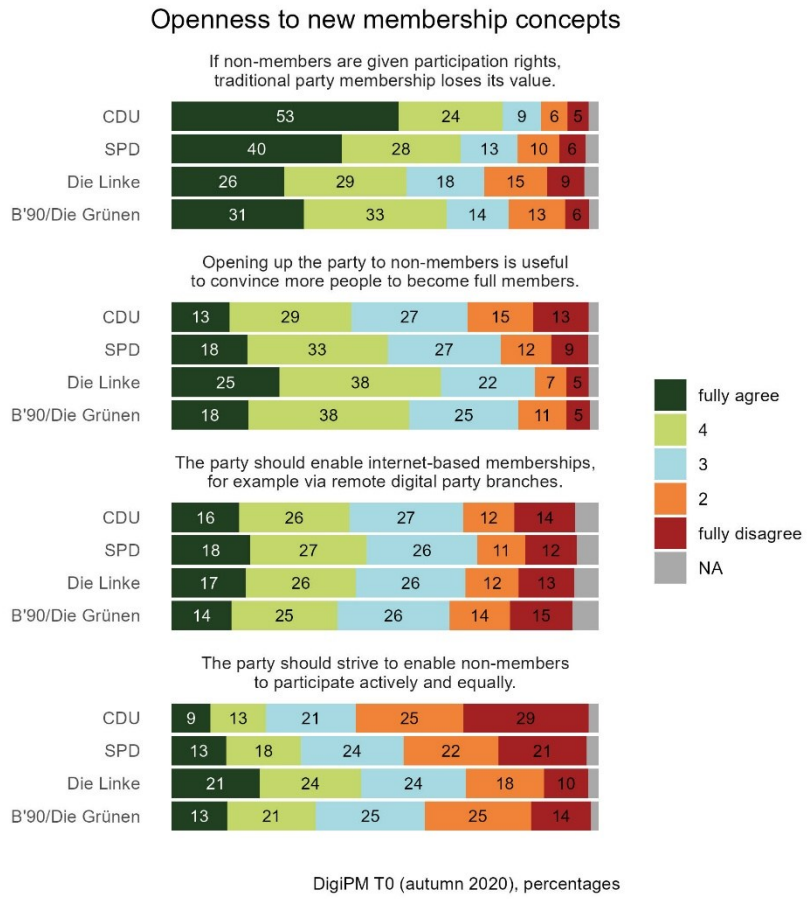

Figure 2: Party members' openness to new membership concepts by party

Next, the analysis turns to the openness of party members to new, more inclusive notions of membership. As explained above, three items address different degrees of openness in membership concepts. Figure 2 shows that members generally value their exclusive rights over non-members and are not convinced that opening up to non-members helps to recruit new members. Die Linke appears as an exception in this regard: Almost half of the survey participants are open to letting non-members participate actively and equally, and 63 % believe that the party can enlarge its membership by including non-members. The CDU, on the other hand, is the party with the strongest emphasis on traditional membership. Overall, Hypothesis 2a, stating that members generally support a membership concept with exclusive rights and duties, is supported, even though a nuanced understanding of the degree of participation members would be ready to grant to non-members is lacking. Regarding internet-based memberships, the picture is mixed. About a quarter of the surveyed members are not convinced by the idea of enabling internet-based party branches. Especially members of B'90/Die Grünen are sceptical, despite its comparatively young and tech-savvy membership. Interestingly, the difference between parties is the smallest in this item.

Table 3 displays four logistic regression analyses, one for each statement presented in Figure 2. Even though members value their exclusive rights, I hypothesise that new and long-term members evaluate the questions about changing notions of party membership differently (H2b). New members are expected to be more open to changing notions of membership than their long-term counterparts because they just made their way into the party organisation as a former loose affiliate. In line with this hypothesis, new members have a higher chance of supporting the idea of non-member inclusion in participatory processes and have a higher chance of supporting internet-based memberships, compared to long-standing members. Also, they display a higher chance to deny the idea that membership is de-valued when the party opens up to non-members. On the other hand, they are less convinced that providing new form of membership would motivate affiliates to join the party as full member. Apparently, new members tend to embrace the idea of affiliations in the sense of Scarrow's *Multi-speed membership party* that can but do not necessarily lead to become a traditional dues-paying member. Therefore, hypothesis 2b is only partly confirmed.

Again, hierarchy status and activity level are included to account for one's role inside the party. The results in Table 3 show that ordinary members tend to be less open to new forms of affiliation than members who hold a party office or a public mandate. Activists and members holding a party or public office are, on the other hand, more likely to support opening up the party than inactive and ordinary members. Hence, against expectations, the exclusivity of traditional membership is especially valued by those who are not quite involved in party affairs. Members who are embedded into party routines are more likely to demonstrate a willingness to membership-related reforms. A possible explanation is that those who regularly participate see the necessity to include more people to be able to fulfil the parties' obligations, especially at the local level. In contrast to hypothesis 2c, which claims hierarchical resistance, the results point in the opposite direction. It only holds true for internet-based memberships, which are more likely to be rejected by members holding an office or mandate and by activists.

Furthermore, the results exhibit that the support for broadening the notion of party membership corresponds to a voter-oriented conception of party organisation, whereas member orientation has no significant effects, except in the model on the risk of devaluation. More support for intra-party digitalisation is positively related to the introduction of new forms of affiliation, and especially to the introduction of internet-based membership opportunities. Ideological deviation, on the other hand, corresponds to a higher chance of rejection of membership attraction.

Table 3: Logistic regression models on the support for new membership concepts (hierarchical models in Appendix IV)

	Non-member participation rights	**Membership devaluation risk**	**Opening attracts new members**	**Internet-based membership**
(Intercept)	0.047***	2.511***	1.078*	0.757***
	(0.007)	(0.078)	(0.036)	(0.025)
New member	**1.138****	**0.969*****	1.006	**1.034*****
	(0.045)	(0.008)	(0.009)	(0.009)
Hierarchy: member (reference)	--	--	--	--
Hierarchy: party office/delegate	**1.147*****	0.960	**1.133****	**0.882****
	(0.040)	(0.010)	(0.011)	(0.011)
Hierarchy: public office	**1.221*****	1.003	**1.199*****	**0.841*****
	(0.060)	(0.051)	(0.055)	(0.040)
Activist	**1.191*****	**0.980***	**1.063*****	**0.978***
	(0.047)	(0.008)	(0.010)	(0.008)
Voter orientation	**1.074*****	**0.996***	**1.007*****	**1.010*****
	(0.008)	(0.002)	(0.002)	(0.002)
Member orientation	1.009	**1.012*****	0.998	1.001
	(0.009)	(0.002)	(0.002)	(0.002)
Support party digitalisation	**1.220*****	**0.984*****	**1.067*****	**1.183*****
	(0.026)	(0.004)	(0.005)	(0.005)
Satisfaction IPD	**0.963***	1.006	**1.012****	**0.983*****
	(0.018)	(0.004)	(0.004)	(0.004)
Ideological deviation	1.031	**0.988***	**0.980*****	0.993
	(0.026)	(0.005)	(0.006)	(0.006)
Age	**1.008*****	**0.998*****	1.000	**0.999*****
	(0.001)	(0.000)	(0.000)	(0.000)
University degree	1.035	1.007	**1.031*****	**1.034*****
	(0.034)	(0.007)	(0.007)	(0.007)
Constant internet use	**0.928***	**1.017***	**0.971*****	**1.034*****
	(0.031)	(0.007)	(0.007)	(0.007)
Male member	**1.137*****	**1.025*****	**1.037*****	**1.049*****
	(0.040)	(0.007)	(0.008)	(0.008)
Party: CDU (reference)	--	--	--	--
Party: SPD	**1.714*****	**0.904*****	**1.117*****	**1.079*****
	(0.083)	(0.008)	(0.011)	(0.010)
Party: Die Linke	**3.232*****	**0.792*****	**1.268*****	**1.053*****
	(0.211)	(0.010)	(0.018)	(0.015)
Party: B'90/Die Grünen	**2.197*****	**0.853*****	**1.164*****	0.999
	(0.128)	(0.010)	(0.014)	(0.012)
Observations	20328	20328	20328	20328
Pseudo R^2 (McFadden)	0.026	0.022	0.025	0.063
AIC	24519.6	25073.8	28756.2	27587.8

Odd Ratios (standard errors); * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001

In the previous section, I showed that higher satisfaction with democracy was positively related to party hierarchy and activism. Hence, I expected that satisfaction with IPD is an expression of the willingness to support the status quo. Considering the results for the support for new forms of affiliation, there are more nuanced insights: Controlling for all the other variables, a higher degree of satisfaction relates to a higher chance of supporting the idea of attracting new members by opening the party to non-members, but rather satisfied members are not ready to

cede some of their rights to non-members. Also, higher satisfaction with IPD is negatively related to supporting digital party branches.

In conclusion, even though there are no clear conflicts between different groups of members analysed, there are crucial findings: First, new, active and more voter-oriented members tend to be more open to new forms of affiliation than long-term, (rather) inactive and less voter-oriented members. Second, internet-based memberships are hardly popular; rather, they are supported by ordinary members and those who advocate for a higher degree of party digitalisation. Interestingly, the model for the introduction of digital party branches provides the best fit – hence, the included variables are better able to explain variance in support for the statement. Third, members who hold a party office, serve as delegates or are in public office are split in their opinion about opening up the party to non-members, but seem to be more convinced that it could help to recruit new members than the grassroots.

All models display a relatively low fit, likely due to the hypothetical nature of the survey questions. To the best of my knowledge, there have been no active discussions about introducing new forms of membership that challenge existing membership privileges. The statements presented in the survey only gave a vague idea of what the implications might be. Therefore, while the analyses provide insight into how current party members might respond to broader membership reforms, a more in-depth evaluation of actual efforts or a more nuanced survey experiment would yield a clearer understanding of the effects of more disruptive changes at the party's base.

6 Discussion and conclusion

To ensure linkage between citizens and the state, political parties are establishing different forms of party affiliation beyond formal dues-paying membership. Especially when these affiliates are given (some) participatory rights, this directly impacts the existing party membership and the power distribution inside the party organisation. This article assumes that party members are aware of the effect of granting rights to non-members on their own privileges. Hence, I examined the members' perspectives on their own roles in the party and on possible changes to notions of party membership in more detail. In this way, I aimed to answer the research question: What kind of party reforms do members demand and support? Whereas the presented analyses could not fully answer this question, they provide important insights into the bottom-up perspectives of party organisation and membership.

New members report higher levels of satisfaction with intra-party democracy (IPD) and display a higher chance of supporting alternative forms of membership than long-standing members. At the same time, more recently enrolled members are equally convinced that opening up the membership concept would substantially improve member recruitment. These findings suggest that new members are open to organisational change, but they do not seem to join the party with a strong intention to actively push for reform. The findings regarding activity and hierarchical position are particularly noteworthy: Members who are more actively engaged within the party tend to express higher satisfaction with existing IPD structures. Simultaneously, they show a greater willingness to support a partial transfer of membership privileges to non-members. However, once levels of activity and hierarchy are controlled for, openness to new forms of membership is associated with lower satisfaction with IPD. In addition, support for a new form of affiliation is related to a pragmatic voter orientation. In contrast, it is the long-standing members who do not have an active role within the party who are more likely to oppose organisational opening and who favour maintaining the status quo.

Hence, this article provides a comprehensive picture of the members' perspective on party organisation and membership. It demonstrates that member routinisation through activity or higher status in the party hierarchy corresponds with support for existing structures, combined with a realistic view on the future of party membership and a certain willingness to reform. In consequence, even though prior research showed that sudden disruptions of participatory routines hamper member engagement (Ziegler et al. 2024), that does not necessarily hold true for intentional participation reforms. Regarding digital party reforms, the results display hesitation, especially among party activists and officials. Apparently, the focus is on getting members into

the party, not necessarily change the forms of participation and resulting changes in the intra-party power structure.

Despite its contributions, the study has several limitations that point to avenues for future research. First, it lacks fine-grained evidence on how members participate in party activities and how their everyday practices shape their perceptions of intra-party democracy. Second, the data does not capture the motivations underlying members' support for, or opposition to, opening the party to non-members. While more detailed survey instruments could partially address these gaps, in-depth qualitative research at the grassroots level would be better suited to uncover the underlying practices and rationales involved. Also, based on the literature review and the findings presented, I assume that the intra-party power distribution is a crucial aspect in evaluating party reforms at the party base. Still, this assumption should be investigated more explicitly in the future. The differences between parties, especially regarding the satisfaction with intra-party democracy, are striking and demand a deeper investigation of party-level factors to understand party participatory cultures.

Acknowledgements

This work was supported by the Digital Society research program funded by the Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen under the grant number 005-1709-0003.

I thank the anonymous reviewers for their constructive feedback. Earlier versions of this manuscript benefited from comments by Oscar Barberà at the *ECPR General Conference 2025* in Thessaloniki, Marcel Lewandowsky at the *Dreiländertagung 2026* in Friedrichshafen, and participants in the respevtive conference panels. I am also grateful to Isabelle Borucki and Maximilian Brenker for their careful reading of the manuscript. Any remaining mistakes are my own.

Disclosure statement

The author reports there are no competing interests to declare.

Data availability

The data that support the findings of this study are available from the author upon reasonable request.

References

Achury, Susan, Susan E. Scarrow, Karina Kosiara-Pedersen, and Emilie van Haute. 2020. The consequences of membership incentives: Do greater political benefits attract different kinds of members? *Party Politics* 26:56–68. https://doi.org/10.1177/1354068818754603.

von Alemann, Ulrich, and Annika Laux. 2012. Die Mitglieder als Faktor innerparteilicher Willensbildung und Entscheidungsfindung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* Sonderband 2012:249–266.

von dem Berge, Benjamin, and Thomas Poguntke. 2017. Varieties of Intra-Party Democracy: Conceptualization and Index Construction. In *Organizing Political Parties: Representation, Participation, and Power*, Eds Susan E. Scarrow, Paul D. Webb, and Thomas Poguntke, 136–157. Oxford: Oxford University Press.

Biancalana, Cecilia, and Davide Vittori. 2021. Cyber-Parties' Membership Between Empowerment and Pseudo-participation: The Cases of Podemos and the Five Star Movement. In *Digital Parties: The challenges of online organisation and participation*, Eds Oscar Barberà, Giulia Sandri, Patricia Correa, and Juan Rodríguez-Teruel, 109–126. Cham: Springer.

Bieber, Christoph. 2000. Revitalizing the party system or Zeitgeist-on-line? Virtual party headquarters and virtual party branches in Germany. *Democratization* 7:59–75. https://doi.org/10.1080/13510340008403645.

van Biezen, Ingrid, and Thomas Poguntke. 2014. The decline of membership-based politics. *Party Politics* 20:205–216. https://doi.org/10.1177/1354068813519969.

Bloquet, Claire, Isabelle Borucki, and Benjamin Höhne. 2022. Digitalization in Candidate Selection. Support and Resistance Within Established Political Parties in Germany. *Frontiers in Political Science* 4:1–14. https://doi.org/10.3389/fpos.2022.815513.

Bolin, Niklas, Nicholas Aylott, Benjamin von dem Berge, and Thomas Poguntke. 2017. Patterns of Intra-Party Democracy across the World. In *Organizing Political Parties: Representation, Participation, and Power*, Eds Susan E. Scarrow, Paul D. Webb, and Thomas Poguntke, 156–184. Oxford: Oxford University Press.

Bolin, Niklas, and Karina Kosiara-Pedersen. 2019. Party Members' Perception of Intra-Party Democracy. In *Nordic Party Members*.

Brause, Simon D., and Thomas Poguntke. 2026. Measuring intra-party democracy on a global scale. *Party Politics* 32:155–164. https://doi.org/10.1177/13540688251323756.

Brunsbach, Sandra, Stefanie John, and Sebastian Bukow. 2024. Consequences of membership growth – the case of the German Green Party. *Party Politics* 31:228–238. https://doi.org/10.1177/13540688241306725.

Bukow, Sebastian, and Thomas Poguntke. 2013. Innerparteiliche Organisation und Willensbildung. In *Handbuch Parteienforschung*, Ed. Oskar Niedermayer, 179–209. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Butzlaff, Felix. 2024. Creating new participatory linkages? Political parties and democratisation in Germany, Austria, and the UK. *Party Politics* 31:217–227. https://doi.org/10.1177/13540688241306727.

Demker, Marie, Knut Heidar, and Karina Kosiara-Pedersen (Eds). 2020. *Nordic party members: Linkages in troubled times*. London: Rowman & Littlefield International; ECPR Press.

Deseriis, Marco. 2020. Two Variants of the Digital Party: The Platform Party and the Networked Party. *Partcipazione e Conflitto* 13:896–917. https://doi.org/10.1285/I20356609V13I1P896.

Deseriis, Marco, and Davide Vittori. 2019. The Impact of Online Participation Platforms on the Internal Democracy of Two Southern European Parties: Podemos and the Five Star Movement. *International Journal of Communication* 13:5696–5714.

Deutscher Bundestag. 2025. Drucksache 20/14930: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2023 (1. Teil – Bundestagsparteien).

Dommett, Katharine, and Danny Rye. 2018. Taking up the baton? New campaigning organisations and the enactment of representative functions. *Politics* 38:411–427. https://doi.org/10.1177/0263395717725934.

Faucher, Florence. 2015. New forms of political participation. Changing demands or changing opportunities to participate in political parties? *Comparative European Politics* 13:405–429. https://doi.org/10.1057/cep.2013.31.

Fitzpatrick, Jasmin. 2021. The Five-Pillar Model of Parties' Migration into the Digital. In *Digital Parties: The challenges of online organisation and participation*, Eds Oscar Barberà, Giulia Sandri, Patricia Correa, and Juan Rodríguez-Teruel, 23–42. Cham: Springer.

Gauja, Anika. 2015. The construction of party membership. *European Journal of Political Research* 54:232–248. https://doi.org/10.1111/1475-6765.12078.

Gauja, Anika, Karina Kosiara-Pedersen, and Kristina Weissenbach. 2025. Party membership and affiliation: Realizing party linkage and community in the twenty-first century. *Party Politics* 31:207–216. https://doi.org/10.1177/13540688241306730.

Gerbaudo, Paolo. 2019. The Platform Party: The Transformation of Political Organisation in the Era of Big Data. In *Digital Objects, Digital Subjects: Interdisciplinary Perspectives on Capitalism, Labour and Politics in the Age of Big Data*, Eds David Chandler, and Christian Fuchs, 187–198. London: University of Westminster Press.

Gibson, Rachel. 2015. Party change, social media and the rise of 'citizen-initiated' campaigning. *Party Politics* 21:183–197. https://doi.org/10.1177/1354068812472575.

Gomez, Raul, and Luis Ramiro. 2019. The limits of organizational innovation and multi-speed membership: Podemos and its new forms of party membership. *Party Politics* 25:534–546. https://doi.org/10.1177/1354068817742844.

van Haute, Emilie, and R. Kenneth Carty. 2012. Ideological misfits: A distinctive class of party members. *Party Politics* 18:885–895. https://doi.org/10.1177/1354068810395058.

van Haute, Emilie, and Anika Gauja. 2015. Introduction: Party membership and activism. In *Party Members and Activists*, Eds Emilie van Haute, and Anika Gauja, 1–16. London; New York: Routledge.

Heidar, Knut. 1994. The polymorphic nature of party membership. *European Journal of Political Research* 25:61–86. https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1994.tb01201.x.

Heidar, Knut, and Karina Kosiara-Pedersen. 2020. Party Workers, Ambassadors, Veterans and All the Other Party Members. In *Nordic party members: Linkages in troubled times*, Eds Marie Demker, Knut Heidar, and Karina Kosiara-Pedersen, 157–173. London: Rowman & Littlefield International; ECPR Press.

Hooghe, Marc, and Ann-Kristin Kölln. 2020. Types of party affiliation and the multi-speed party: What kind of party support is functionally equivalent to party membership? *Party Politics* 26:355–365. https://doi.org/10.1177/1354068818794220.

Ignazi, Piero. 2020. The four knights of intra-party democracy: A rescue for party delegitimation. *Party Politics* 26:9–20. https://doi.org/10.1177/1354068818754599.

Jun, Uwe, and Simon Jakobs. 2021. The Selection of Party Leaders in Germany. In *Managing Leader Selection in European Political Parties*, Eds Nicholas Aylott, and Niklas Bolin, 73–94. Cham: Springer.

Jupskås, Anders Ravik, and Karina Kosiara-Pedersen. 2020. Explaining Party Member Activism. In *Nordic party members: Linkages in troubled times*, Eds Marie Demker, Knut Heidar, and Karina Kosiara-Pedersen, 175–197. London: Rowman & Littlefield International; ECPR Press.

Katz, Richard S., and Peter Mair. 1995. Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party. *Party Politics* 1:5–28.

Klinger, Ulrike, and Jakob Svensson. 2015. The emergence of network media logic in political communication: A theoretical approach. *New Media & Society* 17:1241–1257. https://doi.org/10.1177/1461444814522952.

Kosiara-Pedersen, Karina, Emilie van Haute, and Susan E. Scarrow. 2025. Social media partisans vs. party members: political affiliation in a digital age. *West European Politics* 1–22. https://doi.org/10.1080/01402382.2025.2450581.

Laux, Annika. 2011. Was wünschen sich die Mitglieder von ihren Parteien? In *Parteimitglieder in Deutschland*, Eds Tim Spier, Markus Klein, Ulrich Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher, and Katharina Rohrbach, 157–176. Wiesbaden: VS Verlag.

Magin, Melanie, Nicole Podschuweit, Jörg Haßler, and Uta Russmann. 2016. Campaigning in the fourth age of political communication. A multi-method study on the use of Facebook by German and Austrian parties in the 2013 national election campaigns. *Information, Communication & Society* 20:1698–1719. https://doi.org/10.1080/1369118X.2016.1254269.

Margetts, Helen. 2006. Cyber-Parties. In *Handbook of party politics*, Eds Richard S Katz, and William Crotty, 528–535. London: SAGE.

Michels, Dennis. 2021. *Digitaler Wandel in der SPD: Kommunikation, Beteiligung und Organisation in der Parteireform 2017–2019*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Michels, Dennis, and Isabelle Borucki. 2020. Die Organisationsreform der SPD 2017–2019: Jung, weiblich und digital? *Politische Vierteljahresschrift* 62:121–148. https://doi.org/10.1007/s11615-020-00271-1.

Niedermayer, Oskar. 2021. Parteimitgliedschaften im Jahre 2020. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 52:373–407. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2021-2-373.

Niedermayer, Oskar. 2025. Parteimitglieder in Deutschland: Version 2025. *Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum* 1–100.

Panebianco, Angelo. 1988. *Political Parties: Organization and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.

Rahat, Gideon, Reuven Y. Hazan, and Richard S. Katz. 2008. Democracy and Political Parties: On the Uneasy Relationships between Participation, Competition and Representation. *Party Politics* 14:663–683. https://doi.org/10.1177/1354068808093405.

Reichart-Dreyer, Ingrid. 2020. Ist der Mitgliederschwund der Parteien wirklich irreversibel? Überlegungen zur Rekrutierungs- und Repräsentationsfähigkeit von Parteien. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51:212–231. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2020-1-212.

Sandri, Giulia, and Anissa Amjahad. 2015. Party membership and intra-party democracy: How do members react to organizational change within political parties?: The case of Belgium. *Partecipazione e Conflitto* 8:190–214. https://doi.org/10.1285/i20356609v8i1p190.

Scarrow, Susan E. 1994. The 'paradox of enrollment': Assessing the costs and benefits of party memberships. *European Journal of Political Research* 25:41–60.

Scarrow, Susan E. 2015. *Beyond party members: Changing approaches to partisan mobilization*. Oxford: Oxford University Press.

Scarrow, Susan E. 2019. Multi-Speed Parties and Representation: The Evolution of Party Affiliation in Germany. *German Politics* 28:162–182. https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1496239.

Scarrow, Susan E., Paul D. Webb, and Thomas Poguntke. 2022. Political Party Database Round 2 v4 (first public version). *Harvard Dataverse* V1. https://doi.org/10.7910/DVN/0JVUM8.

Spier, Tim. 2011. Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien? In *Parteimitglieder in Deutschland*, Eds Tim Spier, Markus Klein, Ulrich Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher, and Katharina Rohrbach, 97–119. Wiesbaden: VS Verlag.

Spier, Tim. 2019. Not Dead Yet? Explaining Party Member Activity in Germany. *German Politics* 28:282–303. https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1528237.

Spier, Tim, Markus Klein, Ulrich Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher, and Katharina Rohrbach (Eds). 2011. *Parteimitglieder in Deutschland* 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

Theocharis, Yannis, Joost Moor, and Jan W. Deth. 2019. Digitally Networked Participation and Lifestyle Politics as New Modes of Political Participation. *Policy & Internet* 28:1–17. https://doi.org/10.1002/poi3.231.

Thuermer, Gefion. 2021. Is There Such a Thing as a Web-Native Party? Use and Role of Online Participation Tools in the Green and Pirate Parties in Germany. In *Digital Parties: The challenges of online organisation and participation*, Eds Oscar Barberà, Giulia Sandri, Patricia Correa, and Juan Rodríguez-Teruel, 227–244. Cham: Springer.

Vaccari, Cristian, and Augusto Valeriani. 2016. Party Campaigners or Citizen Campaigners? How Social Media Deepen and Broaden Party-Related Engagement. *The International Journal of Press/Politics* 21:294–312. https://doi.org/10.1177/1940161216642152.

Webb, Paul D., Monica Poletti, and Tim Bale. 2017. So who really does the donkey work in 'multi-speed membership parties'? Comparing the election campaign activity of party members and party supporters. *Electoral Studies* 46:64–74. https://doi.org/10.1016/j.electstud.2017.02.002.

Weber, Regina. 2020. Why do young people join parties? The influence of individual resources on motivation. *Party Politics* 26:496–509. https://doi.org/10.1177/1354068818792576.

Whiteley, Paul. 2011. Is the party over? The decline of party activism and membership across the democratic world. *Party Politics* 17:21–44. https://doi.org/10.1177/1354068810365505.

Wiesendahl, Elmar. 1998. *Parteien in Perspektive: Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Wolkenstein, Fabio. 2020. *Rethinking party reform*. Oxford: Oxford University Press.

Ziegler, Stine. 2024. Watching the digital grassroots grow: assessing party members' social media campaigning during the 2021 German Bundestag election. *Policy Studies* 45:818–838. https://doi.org/10.1080/01442872.2023.2229248.

Ziegler, Stine, Isabelle Borucki, and Kristina Weissenbach. 2024. The digital transformation of party membership. How party members perceive online participation and adapt to it under pandemic circumstances. *Party Politics* 31:251–264. https://doi.org/10.1177/13540688241306726.

Appendix

I. Survey: Recruitment and responses

	total members (source: Niedermayer 2021)	members approached (T0)	**T0** (fall wave)	**T1** (spring wave)	**T2** (summer wave)	**T3** (fall wave II)
survey period			23/10/20 - 23/12/20[a]	23/03/21 - 30/04/21	24/06/21 - 31/07/21	10/11/21 -10/12/21
responses total[b]			**38,229**	**12,610**	**10,144**	**10,097**
of which assignable to one of the studied parties:			36,820	10,529	8,789	7,200
namely:						
CDU	399,110	~ 200,000	5,705	1,804	1,434	1,238
SPD	404,305	~ 213,000	20,692	5,540	4,616	3,625
B'90/Die Grünen	107,307	98,300	6,885	2,190	1,903	1,674
Die Linke	60,350	40,338	3,538	995	836	663
respondents willing to participate in follow-up surveys:			20,213			

[a] Long survey period due to successive recruitment by party headquarters
[b] Those who answered at least the first set of survey questions were counted.

II. Estimation of biases

	gender				**age group**				**regional party branch**			
	female		**under 31**		**31-50**		**51-70**		**over 70**		**East German Länder** (excl. Berlin)	
party	**population**	**survey**	**population**	**survey**	**population**	**survey**	**population**	**survey**	**population**	**survey**	**population**	**survey**
CDU	26.6	21.1	5.7	7.9	22.3	23.6	38.7	44.4	33.2	24.2	9.0	10.6
SPD	33.0	25.3	8.8	7.6	19.9	19.0	39.9	47.6	31.4	25.8	5.1	7.3
B'90/Die Grünen	41.7	37.0	18.2	12.6	34.7	28.3	40.6	50.3	6.6	8.8	7.8	8.6
Die Linke	36.6	31.3	20.1	16.9	23.2	24.2	31.4	41.8	25.3	17.1	38.3	32.3

Population is the respective party's total membership. Data source for population data: Niedermayer (2021)
Data: DigiPM survey, initial wave (T0, fall 2020)

III. Survey questions, response options and recoding of variables

Construct	Survey question	Response options	Recoding for analyses
Satisfaction with intra-party democracy	How satisfied are you with: (1) your access to information about the party's work? (2) your options for deciding on party personnel issues? (3) your options for deciding on political issues in the party? (4) your opportunities to have a say in important party decisions? (5) your options for raising your own issues in the party?" (6) your opportunities to get in touch with other party members?	end-point labelled Likert scale ranging from 1 “very dissatisfied” to 5 “very satisfied”	Composite mean index calculated across all 6 dimensions. Scale of the index ranges from 1 to 5.

Openness toward new forms of membership	What do you personally think about the following statements? (1) The party should strive to enable non-members to participate actively and equally. (2) If non-members are given participation rights traditional party membership loses its value. (3) Opening up the party to non-members is useful to convince more people to become full members. (4) The party should enable internet-based memberships for example via remote digital party branches.	end-point labelled Likert scale ranging from 1 “fully disagree” to 5 “fully agree”	Dichotomisation (for logistic regression models): 1 = agree (original response categories 4-5) 0 = disagree (original response categories 1-3)
Membership duration	How long have you been a member of this party?	year of joining (open answer)	Dichotomisation: 1 = joined party in 2017 or later 0 = joined party before 2017

Hierarchy	Do you currently hold an office or mandate, or have you done so in the past?	multiple response options: a) I currently hold an office within the party. b) I currently hold a public office. c) I have held an office within the party in the past. d) I have held a public office in the past. e) I never held any party or public office.	Three-category variable indicating respondents' highest formal role: 1 = public office 2 = party office/delegate (no public office) 3 = ordinary member (neither)
	How often have you participated in the party in the following ways over the past 12 months? … 10) Participated as a party delegate. …	Likert scale: 1 'never' 2 'very rarely' 3 'rather rarely' 4 'rather often' 5 'very often'	
Activist	How active are you currently in the party?	Scale: 1 'Very active' 2 'Fairly active' 3 'Not very active' 4 'Not active at all'	Dichotomisation: 1 = activist (original response categories 1-2) 0 = no activist (original response categories 3-4)
Voter orientation	What do you personally think about the following statements? (1) The unity of the party cannot be jeopardized by party internal discussions. (2) It should be more important for the party to solve real problems than to hold on to its fundamental values.	end-point labelled Likert scale ranging from 1 "fully disagree" to 5 "fully agree"	Both items were summed up.
Member orientation	What do you personally think about the following statements? (1) The party should focus more on the opinions of its members instead of following the opinions of voters. (2) The program of the party should not follow the zeitgeist, even if this results in a loss of electoral support	end-point labelled Likert scale ranging from 1 "fully disagree" to 5 "fully agree"	Both items were summed up.

Support party digitalisation	What do you personally think about the following statements? (1) Digital tools facilitate collaboration with the other members. (2) A party must be digital to be appealing to new members. (3) Decisions are settled faster through digital collaboration. (4) The party saves money by implementing digital tools. (5) A party can only survive in the future if it evolves digital.	end-point labelled Likert scale ranging from 1 “fully disagree” to 5 “fully agree”	Composite mean index calculated across all 5 dimensions. Scale of the index ranges from 1 to 5.
Ideological deviation	In politics, people often speak of “left” and “right.” Where would you place yourself on a scale where 1 means “left” and 11 means “right”?	end-point labelled Likert scale ranging from 1 “left” to 11 “right”	z-standardised within parties (absolute values), higher values indicate greater ideological distance from the party-specific average left-right orientation
Age	When were you born?	Year of birth (open answer)	Age was calculated from the year of birth (approximation: 2020 – year of birth)
University degree	What is your highest level of education?	1 ‘No educational qualification’ 2 ‘Secondary school diploma’ 3 ‘Intermediate school diploma’ 4 ‘(Vocational) high school diploma’ 5 ‘Apprenticeship/vocational school diploma’ 6 ‘University degree’ 7 ‘Other qualification, namely:’	Dichotomisation: 1 = university degree 0 = other diploma/degree Members reporting 1 or 7 were excluded.
Constant internet use	How often do you use the Internet, either from a computer, laptop, tablet, or smartphone?	1 ‘constantly’ 2 ‘several times a day’ 3 ‘about once a day’ 4 ‘several times a week’ 5 ‘about once a week’ 6 ‘less often’	Dichotomisation: 1 = constantly 0 = several times a day or less often

Male member	To which gender do you identify yourself?	1 ‘female’ 2 ‘male’ 3 ‘both’ 4 ‘neither’ 5 ‘other, namely:’	Due to very few mentions, non-binary gender categories are not considered in the analyses. Dichotomisation: 1 = male members 0 = female members
Party	Are you a member of a German political party?	- yes - no	Non-members are excluded from all analyses.
	Which political party are you a member of?	1 CDU 2 CSU 3 SPD 4 AfD 5 FDP 6 Die Linke 7 Bündnis 90/Die Grünen 8 other party, namely	Only members from parties that invited their members to participate were included in the analyses: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen and Die Linke

IV. Logistic regression: Hierarchical models for analyses in section 5.3.2

	Dependent variable: Non-member participation rights			
	Model 1	**Model 2**	**Model 3**	**Control**
(Intercept)	0.232***	0.062***	0.065***	0.039***
	(0.011)	(0.008)	(0.009)	(0.006)
New member	1.054	1.005	1.005	**1.138****
	(0.038)	(0.037)	(0.037)	(0.045)
Hierarchy: member (reference)	--	--	--	--
Hierarchy: party office/delegate	**1.131****	**1.147*****	**1.150*****	**1.147*****
	(0.046)	(0.047)	(0.047)	(0.047)
Hierarchy: public office	**1.216*****	**1.209*****	**1.214*****	**1.221*****
	(0.059)	(0.059)	(0.060)	(0.060)
Activist	**1.130****	**1.138****	**1.148*****	**1.191*****
	(0.044)	(0.045)	(0.045)	(0.047)
Voter orientation		**1.076*****	**1.074*****	**1.074*****
		(0.008)	(0.008)	(0.008)
Member orientation		1.0160	1.0160	1.009
		(0.009)	(0.009)	(0.009)
Support party digitalisation		**1.204*****	**1.213*****	**1.220*****
		(0.025)	(0.026)	(0.026)
Satisfaction IPD			0.965	**0.963***
			(0.018)	(0.018)
Ideological deviation			1.040	1.031
			(0.026)	(0.026)
Age				**1.008*****
				(0.001)
University degree				1.035
				(0.034)
Constant internet use				**0.928***
				(0.031)
Male member				**1.137*****
				(0.040)
Party: CDU (reference)	--	--	--	--
Party: SPD	**1.640*****	**1.714*****	**1.726*****	**1.714*****
	(0.078)	(0.082)	(0.083)	(0.083)
Party: Die Linke	**2.817*****	**3.076*****	**3.109*****	**3.232*****
	(0.180)	(0.199)	(0.202)	(0.211)
Party: B'90/Die Grünen	**1.884*****	**2.098*****	**2.148*****	**2.197*****
	(0.104)	(0.118)	(0.125)	(0.128)
Observations	20328	20328	20328	20328
Pseudo R^2 (McFadden)	0.0142	0.0220	0.0223	0.0257
AIC	24791.9	24600.1	24598.0	24519.6

Odd Ratios (standard errors); * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001

	Dependent variable: Membership devaluation risk			
	Model 1	**Model 2**	**Model 3**	**Control**
(Intercept)	4.641***	4.966***	5.001***	7.709***
	(0.232)	(0.618)	(0.664)	(1.174)
New member	0.974	1.001	1.000	**0.856*** **
	(0.036)	(0.037)	(0.037)	(0.034)
Hierarchy: member (reference)	--	--	--	--
Hierarchy: party office/delegate	0.948	0.943	0.942	0.960
	(0.039)	(0.039)	(0.039)	(0.040)
Hierarchy: public office	0.985	0.991	0.989	1.003
	(0.049)	(0.050)	(0.050)	(0.051)
Activist	0.956	0.960	0.954	**0.907***
	(0.038)	(0.038)	(0.038)	(0.037)
Voter orientation		**0.978****	**0.980****	**0.982***
		(0.007)	(0.007)	(0.008)
Member orientation		**1.053*****	**1.053*****	**1.062*****
		(0.009)	(0.009)	(0.009)
Support party digitalisation		**0.931*****	**0.925*****	**0.922*****
		(0.019)	(0.020)	(0.020)
Satisfaction IPD			1.019	1.029
			(0.020)	(0.020)
Ideological deviation			**0.932****	**0.944***
			(0.024)	(0.024)
Age				**0.989*****
				(0.001)
University degree				1.040
				(0.034)
Constant internet use				**1.086***
				(0.037)
Male member				**1.130*****
				(0.040)
Party: CDU (reference)	--	--	--	--
Party: SPD	**0.558*****	**0.552*****	**0.550*****	**0.563*****
	(0.028)	(0.028)	(0.028)	(0.028)
Party: Die Linke	**0.331*****	**0.319*****	**0.317*****	**0.307*****
	(0.022)	(0.021)	(0.021)	(0.021)
Party: B'90/Die Grünen	**0.453*****	**0.434*****	**0.429*****	**0.425*****
	(0.026)	(0.025)	(0.026)	(0.026)
Obervations	20328	20328	20328	20328
Pseudo R^2 (McFadden)	0.0143	0.0167	0.0171	0.0234
AIC	24184.2	24130.8	24125.9	23978.5
	Odd Ratios (standard errors); * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001			

	Dependent variable: Opening attracts new members			
	Model 1	**Model 2**	**Model 3**	**Control**
(Intercept)	0.598***	0.178***	0.169***	0.143***
	(0.024)	(0.020)	(0.020)	(0.020)
New member	1.041	1.004	1.002	1.027
	(0.035)	(0.034)	(0.034)	(0.038)
Hierarchy: member (reference)	--	--	--	--
Hierarchy: party office/delegate	**1.108****	**1.129****	**1.125****	**1.133****
	(0.042)	(0.043)	(0.043)	(0.043)
Hierarchy: public office	**1.177*****	**1.192*****	**1.185*****	**1.199*****
	(0.054)	(0.055)	(0.055)	(0.055)
Activist	**1.292*****	**1.291*****	**1.274*****	**1.288*****
	(0.047)	(0.047)	(0.047)	(0.048)
Voter orientation		**1.022****	**1.025*****	**1.029*****
		(0.007)	(0.007)	(0.007)
Member orientation		0.994	0.994	0.993
		(0.008)	(0.008)	(0.008)
Support party digitalisation		**1.309*****	**1.294*****	**1.310*****
		(0.025)	(0.025)	(0.026)
Satisfaction IPD			**1.050****	**1.052****
			(0.018)	(0.019)
Ideological deviation			**0.913*****	**0.919*****
			(0.022)	(0.022)
Age				0.999
				(0.001)
University degree				**1.137*****
				(0.034)
Constant internet use				**0.884*****
				(0.027)
Male member				**1.164*****
				(0.038)
Party: CDU (reference)	--	--	--	--
Party: SPD	**1.528*****	**1.582*****	**1.566*****	**1.579*****
	(0.062)	(0.065)	(0.064)	(0.065)
Party: Die Linke	**2.512*****	**2.701*****	**2.659*****	**2.695*****
	(0.152)	(0.166)	(0.164)	(0.167)
Party: B'90/Die Grünen	**1.806*****	**1.923*****	**1.863*****	**1.872*****
	(0.088)	(0.096)	(0.096)	(0.097)
Observations	20328	20328	20328	20328
Pseudo R^2 (McFadden)	0.0154	0.0234	0.0243	0.0261
AIC	27710.9	27489.9	27470.3	27427.1

Odd Ratios (standard errors); * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001

	Dependent variable: Internet-based membership			
	Model 1	**Model 2**	**Model 3**	**Control**
(Intercept)	0.853***	0.030***	0.037***	0.035***
	(0.034)	(0.004)	(0.005)	(0.005)
New member	**1.330*** **	**1.245*** **	**1.246*** **	**1.155*** **
	(0.045)	(0.043)	(0.044)	(0.044)
Hierarchy: member (reference)	--	--	--	--
Hierarchy: party office/delegate	**0.830*** **	**0.858*** **	**0.865*** **	**0.882** **
	(0.031)	(0.033)	(0.034)	(0.035)
Hierarchy: public office	**0.795*** **	**0.816*** **	**0.824*** **	**0.841*** **
	(0.036)	(0.039)	(0.039)	(0.040)
Activist	0.937	**0.926***	0.942	**0.909***
	(0.034)	(0.035)	(0.036)	(0.035)
Voter orientation		**1.034*** **	**1.035*** **	**1.043*** **
		(0.007)	(0.007)	(0.008)
Member orientation		0.998	0.998	1.004
		(0.008)	(0.008)	(0.008)
Support party digitalisation		**2.126*** **	**2.163*** **	**2.155*** **
		(0.046)	(0.047)	(0.048)
Satisfaction IPD			**0.918*** **	**0.928*** **
			(0.017)	(0.017)
Ideological deviation			**0.952***	0.965
			(0.023)	(0.024)
Age				**0.994*** **
				(0.001)
University degree				**1.164*** **
				(0.036)
Constant internet use				**1.148*** **
				(0.036)
Male member				**1.234*** **
				(0.042)
Party: CDU (reference)	--	--	--	--
Party: SPD	**1.210*** **	**1.324*** **	**1.347*** **	**1.397*** **
	(0.049)	(0.055)	(0.057)	(0.059)
Party: Die Linke	1.036	**1.205** **	**1.231*** **	**1.254*** **
	(0.061)	(0.074)	(0.076)	(0.078)
Party: B'90/Die Grünen	**0.832*** **	0.931	0.993	0.997
	(0.041)	(0.048)	(0.053)	(0.053)
Observations	20328	20328	20328	20328
Pseudo R^2 (McFadden)	0.00854	0.0609	0.0618	0.0670
AIC	27853.9	26390.7	26369.3	26229.2

Odd Ratios (standard errors); * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001